

Crim.

80

mur

Grim 80 mn Elben

C

ZUR LEHRE

VON DER

WAARENFÄLSCHUNG

HAUPTSÄCHLICH

IN GESCHICHTLICHER HINSICHT.

INAUGURAL-DISSERTATION

DER

JURISTISCHEN FAKULTÄT DER UNIVERSITÄT TÜBINGEN

BEHUFES ERLANGUNG

DER

JURISTISCHEN DOKTORWÜRDE

VORGELEGT

VON

KARL ELBEN.

DRUCK VON GEBRÜDER KRÖNER IN STUTTGART.

FÜR DEN BUCHHANDEL ZU BEZIEHEN

DURCH DIE

AKADEMISCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG VON J. C. B. MOHR

IN

FREIBURG I/B. UND TÜBINGEN.

1881.

A



Inhaltsübersicht.

	Seite
Erstes Kapitel. Römisches Recht	1
1) Das crimen falsi	2
2) Der Stellionat	3
Zweites Kapitel. Aelteres Mittelalter.	
I. Die Volksrechte	6
II. Die Kapitularien	8
Drittes Kapitel. Späteres Mittelalter.	
A. Das Delikt „der Falsch“.	
I. Einleitung	10
II. Der Falsch begangen an Münzen	12
III. Der Falsch begangen an Urkunden	15
IV. Der Falsch begangen an Mass und Gewicht	16
V. Der Falsch begangen an Waaren	18
VI. Sonstige Fälle des Delikts „der Falsch“ und Zusammenfassung des Vorhergehenden	20
VII. Die Strafe des Falschs	24
VIII. Systematische Stellung des Falschs	30
B. Die Waarenfälschung, abgesehen von ihrer Subsumtion unter das Delikt des Falschs.	
IX. Thatbestand der verschiedenen hierauf bezüglichen Bestimmungen	32
X. Strafe der Waarenfälschung	40
XI. Systematische Stellung der Waarenfälschung	41

	Seite
Viertes Kapitel. Die Waarenfälschung nach der Peinlichen Gerichtsordnung und in der folgenden Zeit.	
I. Die Peinliche Gerichtsordnung	49
II. Reichsabschiede, Reichspolizeiordnungen etc. . .	52
Fünftes Kapitel. Die Waarenfälschung nach der württembergischen Partikulargesetzgebung im 17. und 18. Jahrhundert.	
I. Präventivmassregeln	57
II. Strafbestimmungen	62
Sechstes Kapitel. Schluss	73

Erstes Kapitel.

Römisches Recht.

Unterm 14. Mai 1879 ist im Deutschen Reich, um den immer mehr sich häufenden Waarenfälschungen, speziell den Nahrungsmittelfälschungen präventiv und repressiv entgegenzutreten, das Reichsgesetz betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen erlassen worden. Die vielen Klagen und Beschwerden, die auf Erlass dieses Gesetzes hindrängten, die Gründe, die es herbeiführten, sind, wenn sie auch besonders in den letzten Jahrzehnten hervortraten, nicht neu. Die Waarenfälschung ist keine Erfindung unserer Zeit. Auch schon im römischen Recht findet sie sich erwähnt, siehe § 13 J. de l. Aquilia 4. 3: „*si quis in alienum vinum aut oleum id immiserit, quo naturalis bonitas vini vel olei corrumpetur, ex hac parte legis (Aquiliae) eum teneri*,“ eine Stelle, welche die Waarenfälschung allerdings nur unter dem Gesichtspunkt einer Sachbeschädigung, nicht als strafbares Delikt auffasst. Cfr. auch l. 27 § 15 D. ad l. Aqu. 9. 2. Spezialstrafgesetze gegen Waarenfälschung oder Lebensmittelfälschung im Besonderen hatten die Römer nicht; dieselbe fiel vielmehr unter den Begriff des Stellionats.

Wenn nun dies auch wohl nicht zu bezweifeln ist, so ist doch neben dem Stellionat auch auf den andern römischen Deliktsbegriff, unter den die Waarenfälschung hätte etwa subsumirt werden können, auf das *crimen falsi* desshalb in Kürze hier einzugehen, weil der Streit über das Verhältniss dieser

beiden Deliktsbegriffe auf die Lehre von der Fälschung und dem Betrug, und damit insbesondere auch für die Waarenfälschung bis auf die neueste Zeit von grossem Einfluss blieb.

1) Das *crimen falsi*.

Eine allgemeine Begriffsbestimmung des *crimen falsi* kennen die Römer nicht. Die Umschreibungen des *falsum* von Paulus in l. 23. D. de l. Corn. 48. 10 und von Justinian in Nov. 73 praef. sind keine Definitionen.

Um den Charakter des *crimen falsi* zu erkennen, ist von den verschiedenen Fällen auszugehen, die ihm in Folge seiner Entwicklung und Ausdehnung durch Kaiserconstitutionen und Senatusconsulte unterworfen waren. Die Hauptfälle sind: Verfälschung und Fälschung, Vernichtung, Unterschlagung eines Testaments; Unterschiebung eines unächten Testaments; Aufnahme einer Vermächtnisshinterlassung in das Testament zu Gunsten dessen, der das Testament abfasste; unbefugte Eröffnung eines Testaments eines Lebenden. — Dann eine Reihe näher bestimmter Fälle der Urkundenfälschung und des Gebrauchs unächter Urkunden. — Die Münzfälschung; das Geschehenlassen der Münzfälschung, trotz der vorhandenen Möglichkeit sie zu verhindern; Einräumung eines Raums zur Falschmünzerei u. s. f. — Dann Bestechung eines Richters, eines Zeugen; Annahme von Geld für falsches Zeugniss oder falsche Anklage; falsches Zeugniss, falsche Denunciation; absichtliche Rechtsbeugung durch den Richter; Erschleichung obrigkeitlicher Verfügungen durch wahrheitswidrige Angaben. — Fälschung und Verfälschung von Siegel, Mass und Gewicht. Annahme eines falschen Namens oder Standes. — Endlich wird noch genannt Unterschiebung eines Kindes und der Verkauf derselben Sache an mehrere.

Ausser den zuletzt genannten haben diese Fälle gemeinsam eine Beziehung zu öffentlichen oder privaten Beglaubigungsmitteln; zumeist wird eine Reihe von Gegenständen, welche als Grundlagen des Verkehrs öffentlichen Glauben geniessen, ver-

fälscht oder gefälscht. Es wird ihnen dadurch der Kredit entzogen, insofern der auf sie gesetzte Verlass untergraben wird, wenn eine Uebereinstimmung zwischen Schein und Beschaffenheit nicht mehr vorausgesetzt werden kann. Wenn auch für die genannten Fälle keine einheitliche Definition gegeben ist, so liegt ihnen doch ein einheitlicher legislativer Gesichtspunkt zu Grunde, der der Kriminalisirung eines ihnen gemeinsamen Angriffs auf öffentliche Treue und Glauben, auf die *publica fides*.

Hierüber s. insbesondere: Seeger, Kurze Aufsätze aus dem Strafrecht S. 41 ff. Merkel, Krimin. Abhandl. II, S. 16 ff. Escher, Die Lehre von dem strafbaren Betrüge S. 316 ff. 322 ff.

Unter all den als zum *crimen falsi* gehörig genannten Fällen findet sich kein Fall der Waarenfälschung. Die l. 9 pr. D. de l. Corn. 48. 10: „*lege Cornelia cavetur, ut qui in aurum vitii quid addiderit, . . . falsi crimine teneri*“ bezieht sich nicht auf Goldwaaren, sondern auf Verfertigung von Goldmünzen. (S. hiez u Escher l. c. S. 337 n. d.) Von einer Subsumtion der Waarenfälschung nach römischem Recht unter die Bestimmungen des *crimen falsi* ist überall nicht die Rede. (S. Escher l. c. S. 324. Merkel l. c. S. 17. Rosshirt, Geschichte des deutschen Strafrechts III. 44.)

2) Der Stellionat.

Ueber dieses Delikt handelt insbesondere der Digestentitel 47. 20 und der Codextitel 9. 34. Er ist dasjenige Delikt, das dem heutigen Betrug am nächsten steht. Ob er gleich diesem ausschliesslich als Vermögensdelikt anzusehen ist, ist bestritten. Rosshirt, Heffter, Luden und Seeger stützen ihre Ansicht, dass Zufügung jeglichen Rechtsnachtheils genüge, hauptsächlich auf l. 3 § 1. D. h. t.: „*si quis imposturam fecerit, vel collusionem in necem alterius, stellionatus poterit postulari*“, eine Stelle, die allgemein von einem Nachtheil, nicht aber von einem Vermögensnachtheil redet. Rosshirt widerspricht sich übrigens hiebei selbst, wenn er in seiner Geschichte III, S. 52 sagt, bei dem Stellionate werden nicht bloss Vermögensnachtheile vorausgesetzt, sondern

Verletzung an Leib und Ehre könne auch Zweck dieses Verbrechens sein; denn andererseits (l. c. S. 22) sagt er, der Stellionat sei nicht denkbar, wo eine Vermögensläsion und Aestimation nicht möglich sei. Den Vorgenannten steht die Mehrzahl der neueren Schriftsteller gegenüber, welche der Ansicht sind, dass der Stellionat den Eigenthumsverbrechen zuzuzählen sei. (S. die Citate bei Merkel l. c. S. 4.) Merkel ist es auch, der die letztere Ansicht am eingehendsten begründet. Zu bemerken ist, dass sämmtliche nach den Quellen dem Stellionat zugewiesenen Fälle sich auf Vermögensbeschädigung beziehen.

Auch in Beziehung auf den zum Stellionat gehörigen *dolus* besteht keine Einheit der Ansichten. Einerseits wird hinterlistiges Benehmen (Birnbaum), böswillige Täuschung und Betrug (Rein), betrügerische Absicht (Escher), eine die Täuschung Anderer bezweckende Wahrheitsentstellung (Hälschner), durch Wahrheitsentstellung hervorgebrachter resp. bestärkter Irrthum (Köstlin), ein Verfahren, dessen Wirklichkeit, wahre Beschaffenheit, Absicht, der Kenntniss, Ueberlegung, etwaigen Abwehr der Anderen entzogen wird (Heffter), *quaedam perfidia et improbitas, quae non ita aperte et palam agit, ut injustitiam manifeste testatam faciat* (Platner), *dolus* in der Form der Täuschung zum Nachtheil eines Andern (Ortloff), rechtswidrige Täuschung (Seeger), vorausgesetzt, andererseits verneint Merkel die Nothwendigkeit des Vorhandenseins der auf Täuschung berechneten Wahrheitsentstellung. Er sagt, die *stellionatus persecutio* finde statt wegen aller rechtswidrig in arglistiger Weise herbeigeführten Benachtheiligungen Anderer an ihrem Vermögen, welche nicht andere Kriminalklagen begründen. Diese Frage des Näheren im Einzelnen zu beurtheilen, steht, als ausserhalb des Zweckes dieser Schrift liegend, hier nicht zur Erörterung. Fest steht und ergibt sich auch aus dem Vorstehenden, dass der Stellionat beinahe ohne Ausnahme dem heutigen Betrug mehr oder minder an die Seite gestellt wird, meist unter Weglassung des Erfordernisses der gewinnsüchtigen Absicht, für dessen Aufstellung die Quellen keinen Anlass bieten.

Die Frage, die hier noch interessirt, ist, ob, was man heute

gemeinhin unter Waarenfälschung versteht, sich unter den Begriff des Stellionats subsumiren lässt, und von den Römern als Stellionat behandelt wurde. Das erstere ist der Fall, mag man den Stellionat nach der einen oder der andern der genannten Ansichten definiren, wenn nur die Waarenfälschung eine Beschädigung fremden Vermögens bezweckte und dazu geführt hat. Denn nach nunmehr allgemeiner Ansicht ist der Stellionat erst mit der eingetretenen wirklichen Benachtheiligung vollendet. (In wie weit Waarenfälschung nach heutigem Recht Beschädigung voraussetzt, wird später zu erörtern sein.) Die Waarenfälschung wurde auch von den Römern als Stellionat behandelt. Eine diesbezügliche Stelle findet sich auch im Stellionatstitel l. 3 § 1. D. h. t.: „*Sed et si quis merces supposuerit, vel obligatas averterit, vel si corruperit, aequè stellionatus reus erit.*“ Das „*corrumpere*“ dieser Stelle übersetzt Rein (Das Kriminalrecht der Römer) geradezu mit „verfälschen“. Rosshirt (Geschichte III. 45) sagt über die Waarenfälschung nach römischem Recht, diese hänge so sehr mit den Grundbegriffen der fraudulosen Beschädigung zusammen, dass hier bei den Römern offenbar nur die Grundsätze des Betrugs oder der städtischen Marktpolizei und der *cognitio extra ordinem* angewendet worden seien. Auch Merkel (l. c. S. 17) sagt, die Waarenfälschung werde von den römischen Juristen unzweifelhaft als Stellionat behandelt; so auch Heffter § 392 n. 5.

Noch möge angeführt werden, dass den Aedilen eine ausgedehnte Aufsicht über den gesamten Handels- und Marktverkehr zustand, durch welche der Waarenfälschung präventiv entgegengetreten werden konnte, ja dass sie darüber eigene Jurisdiktion hatten.

Zweites Kapitel.

Aelteres Mittelalter.

I. Die Volksrechte.

Die Volksrechte enthalten beinahe keine Bestimmungen über Waarenfälschung. Sind es schon der Bestimmungen über Münz- und Urkundenfälschung ziemlich wenig, so fehlt es vollends an näheren Bestimmungen über Waarenfälschung. Noch am eingehendsten behandelt die Fälschungsdelikte die *lex Visigothorum*. Diese ist es auch, welche einen Fall der Waarenfälschung anführt; lib. VII. 6, 3 heisst es: *qui aurum ad facienda ornamenta suscepit, et adulteraverit, sive aeris aut argenti, vel cujuscunque vilioris metalli permixtione corruperit, pro fure teneatur*. Ferner enthält sie in lib. VII. 5, 6 eine allgemeine Bestimmung über Betrügerei: *qui sibi nomen falsum imponit, vel genus mutat, aut parentes finxerit, aut aliquam imposturam fecerit, reus falsitatis habeatur*. Nach lib. VII. 6, 2 werden Falschmünzer mit Verlust des halben Vermögens zu Gunsten des Fiskus, *humiliores* mit Verlust des *status ingenuitatis*, der *servus* mit Verlust der Hand bestraft. Der tit. 5 libri cit. handelt ausführlich *de falsariis scripturarum*, und zwar findet sich die in der Reichsgesetzgebung und den Stadtrechten häufig wiederkehrende Bestimmung: „*ut falsarius judicetur*“, „*ut falsarius condemnetur*“ hier zu wiederholten Malen. Bestraft werden, *qui regias auctoritates et praeceptiones falsare praesumpserint*, etc. mit Verlust der Hälfte des Vermögens zu Gunsten des Fiskus;

minor vero persona manum perdat, per quam tantum crimen admisit. Bei Fälschungen an Privaturkunden wird der Gesichtspunkt eines Delikts gegen die Privatperson hereingezogen; Verlust eines Theils des Vermögens zu Gunsten dessen, *qui damnum pertulit, aut pati potuerit.* *Humiliores personae perpetuo, cui fraudem fecerint, addicantur ad servitutem.* *Insuper autem tam humiles, quam potentes personae centenis flagellorum erunt verberibus coercendae.*

Aus der vorhergehenden Zusammenstellung ergibt sich, dass von einer systematischen Unterscheidung zwischen Betrug und Fälschung und Zuweisung der Waarenfälschung nach der einen oder andern Seite nicht die Rede sein kann. Einerseits wird die Waarenfälschung mit dem Diebstahl zusammengestellt, und doch andererseits die *impostura* als *falsitas* bestraft, bei welcher dann hinwiederum wenigstens bei der Privaturkundenfälschung auf die Verletzung vermögensrechtlicher Interessen Bezug genommen wird.

Die Bestimmungen in den übrigen Volksrechten sind noch dürftiger. Der Waarenfälschung wird nicht gedacht. Erwähnt werden: Münzfälschung: Ed. Roth. 246. lex Longob. I. 28, 1. Ed. Theod. 90. — Urkundenfälschung: l. Ripuar. 59, 3. Ed. Roth. 243. Liutpr. 63. Theod. 90. — Grenzfälschung: Ed. Roth. 242. 243. l. Visig. X. 3, 2. Eine allgemeine Bestimmung über das *falsum* enthält das Ed. Theod. 41: *qui falsum fecerit, vel sciens falso usus fuerit, aut alterum facere suaserit, aut coegerit, capitali poena feriat.*

Der hergebrachten Ansicht, dass die Strafe der Fälschung regelmässig Verlust der Hand gewesen sei, kann nicht zugestimmt werden; siehe einerseits allerdings Ed. Roth. 246. 247, l. Longob. I. 28, 1 und l. Ripuar. 59, 3. Dagegen Ed. Theod. 90. Liutpr. leges 63. l. Visig. VI. 5, 2.

Noch ist auf ein Gesetz aus dieser Zeit hinzuweisen, das die Waarenfälschung zum Gegenstand hat, auf das alte norwegische Gulathinggesetz (angeblich von König Hakon Adelstein, gest. 963, cf. über die Entstehung dieses Gesetzes: Wilda, Strafrecht der Germanen, S. 21). Dieses bestimmt: Wer ver-

fälschte und schadhafte Waaren, deren Beschaffenheit man von aussen nicht erkennen kann, verkauft, soll diese zurücknehmen und drei Mark Brüche bezahlen (s. Wilda S. 937). In dem neuen Gulathinggesetz findet sich eine ähnliche Bestimmung (s. *leges Gulathingenses*, Ausg. der Arna-Magnäanischen Gesellschaft. S. 493). Wer gefälschtes Gold, Silber, ferner Honig, Getreide, Mehl, Butter, Salz, Leinwand etc. wissentlich verkauft, zahlt $13\frac{1}{3}$ M. an den König, „*etenim nemini liceat alium fraudare*“; wenn er sie selbst gekauft hat, und dann wohl wissend, dass sie gefälscht ist, weiter verkauft, 5 M. Letztere Strafe trifft auch den, der unwissentlich eine gefälschte Sache verkauft, wenn er nicht mit Eideshelfern seine Unschuld erweist; ausserdem muss er den nennen, der die falsche Waare ihm verkaufte. Dabei die Definition des Falschs: Das aber ist Falsch, was weise Männer für Falsch verkünden.

II. Die Kapitularien.

Den Kapitularien sind besondere Bestimmungen gegen Waarenfälschung unbekannt. Es finden sich vereinzelte Betrugsfälle, bei denen jedoch gefälschte Waaren nicht das Mittel bilden. Von Fälschungsdelikten kennen die Kapitularien die Münz- und die Urkundenfälschung. Am meisten Bestimmungen finden sich noch über die Münzfälschungen: Capit. Aquisgr. a. 817. leg. add. c. 19 (Pertz I. 213): „*de falsa moneta jubemus, ut qui eam percussisse comprobatus fuerit, manus ei amputetur*“. Dann Lotharii const. Pap. 832. c. 10 (Pertz I. 361). Edict. Pist. 864. c. 16. 17 (Pertz I. 491). In diesen wird als Strafe der Münzfälschung Verlust der Hand angedroht. Einige Bestimmungen der späteren Reichsgesetzgebung, die sich auf die Kapitularien stützen, möge gestattet sein, hier sofort anzuführen. Sie bestimmen kurz, dass der Münzfälscher, oder derjenige, der mit falscher Münze ergriffen wird, der Strafe des Falschs unterliege. Henrici Regis curia Wormat. 1231. Sent. de camb. et denar. civit. (Pertz I. 281): „*penam falsarii sustinebit*.“ Friederici II. imp. constit. pac. Magunt. 1235. c. 7 (Pertz I. 315):

„*tanquam falsarius puniatur*“. Rud. I. const. pac. in Franc. 1281. c. 9 (Pertz II. 434) und Rud. I. const. pac. 1281. c. 9 (Pertz II. 438): „*zur einen velschere*“. Rud. I. Statutum de Moneta, curia Bopardiae 1282 (Pertz II. 440): „*tanquam falsarius puniatur*.“ Bezüglich dieser Bestimmungen ist wohl anzunehmen, dass als Strafe der Münzfälschung Verlust der Hand aufrecht erhalten werden wollte. Später dagegen führte Rudolf I. eine andere Strafe ein: Rud. I. sent. contra falsatores monetae. Maguntie 1285 (Pertz II. 446): „*Et sententiatum extitit, quod falsarius falsam monetam cudens vel fabricans, si deprehensus fuerit, sit decollationis pena plectandus*.“

Ueber Urkundenfälschung enthalten die Kapitularien nur eine Bestimmung und zwar in Verbindung mit falschem Zeugnis: Karoli M. Capit. alia add. a. 803. §. 13. „*Si inventus fuerit quis, cartam falsam fecisse, aut falsum testimonium dixisse, manum perdat aut redimat*.“

Drittes Kapitel.

Späteres Mittelalter.

A. Das Delikt „der Falsch“.

I. Einleitung.

Zahllos sind in den Stadtrechten und Statuten die Bestimmungen über die verschiedenen Fälschungsdelikte, über Münzfälschung, dabei auch Urkundenfälschung, dann Mass- und Gewichtsfälschung und Waarenfälschung. Für alle diese zusammen findet sich häufig der Kollektivbegriff „der Falsch“. Auch die Waarenfälschung wird häufig als „Falsch“ bezeichnet, wenn sie auch andererseits häufig getrennt von den übrigen Fälschungen unter gewerbe- oder gesundheitspolizeilichen Bestimmungen sich findet. Ist dieser Begriff des „Falschs“ nun derselbe, wie der des römischen *falsum*, wie Köstlin (Abhandlungen S. 129. n. 3) meint? Haben die deutschen Fälschungsdelikte die *publica fides* zum Angriffsobjekt? Oder sind es äusserliche Gesichtspunkte, die die Fälschungsdelikte unter die gemeinsame Bezeichnung des Falschs zusammenführen? Wie kommen die mittelalterlichen Quellen dazu, die verschiedenen Fälschungsdelikte mit einem gemeinsamen Deliktsbegriff zu bezeichnen? Lassen sich verschiedene Gesichtspunkte in der Behandlung der Fälschungsdelikte nachweisen? Ist die Bestrafung eine gleichartige oder ähnliche? Lässt sich im Zweifel eine bestimmte Strafe, z. B.

Verlust der Hand, als Strafe der Fälschung annehmen? Was ist das Gemeinsame der verschiedenen Fälschungsdelikte, was ihr Verhältniss zu einander? Um diese Fragen zu beantworten, ist auf die einzelnen Fälschungsarten einzugehen.

Als Gegenstände der Fälschung werden genannt: Münzen, vereinzelt auch Urkunden, Mass und Gewicht, verschiedene Waaren. Im Ganzen ziemlich selten wird ganz allgemein das Fälschen, der Falsch ohne Bezeichnung eines speziellen Objekts, an dem er vorgenommen wird, unter Strafe gestellt, wenngleich die Angabe Löbner's (Massregeln gegen Verfälschung der Nahrungsmittel, S. 44), dass art. 113. C. C. C. die erste Bestimmung gewesen sei, welche nicht gegen Verfälschung einer bestimmten, namhaft gemachten Waare gerichtet gewesen sei, nicht richtig ist. Es finden sich immerhin eine Reihe allgemein gehaltener Bestimmungen, so Statuta Bremensia 1428. IV. 37 und 1433. I, 59 (Oelrichs S. 396 u. 476). So welk man eene duve edder ene andere valscheit dede wurde he darmede begrepen dar scal it ummegan, also en recht is. — Bremer Kundige Rolle 1489, art. 73: Nement schall valschen neynerleye gudt. — Goslarer Statuten. (Göschen S. 88, Z. 27.) Under weme ienegher hande dingh vunden wert dat valsch is oder dat nicht so gheve ne is also dat van rechte wesen schal, heft he iemanne des wat vorkoft, den schaden den de daran ghenomen heft, dene schal he eme irlechken: den bröke aver de daran gheschen is, den mot he irlechken na des rades gnaden unde na den dinghen also dat ghestalt is, of ne des nenne weren ne heft. — Ofner Stadtrecht c. 270 (bei Michnay und Lichner), welches handelt „Vonn den dy gelt oder ander war felschen“.

Die Regel bildet, dass einzelne Objekte, die gefälscht werden können, genannt werden, und dass dann bei den Bestimmungen, die darüber handeln, es heisst: Wer diesen oder jenen Gegenstand (Münze, Mass, Waare, etc.) fälscht, wird bestraft als um den Falsch, wobei die Strafe häufig noch besonders ausgesprochen wird, welche übrigens, wie später noch zu zeigen ist, hinsichtlich Art und Mass durchaus nicht übereinstimmt.

II. Der Falsch begangen an Münzen.

Der Thatbestand des Delikts ist verschieden umgränzt. Mehrfach ist schon der Besitz falscher Münze unter Strafe gestellt. Ssp. II. 26. Swe sin recht verworcht hevet mit düve oder mit rove, vint man under ime virdehalven (valscher) penning, it gat ime an die hant, he ne moge'r geweren hebben. — Swe an sinem rechte vulkomen is, vint man bi eme enen schilling valscher penninge, die penninge hevet he verloren unde nicht mer. Hevet he aver mer, it gat ime an die hant, he ne moge'r geweren hebben. — Ebenso Rechtsbuch nach Distinktionen IV. 17. 7, 8. (Ortloff, Sammlung deutscher Rechtsquellen. I. Bd. S. 208.) — Aehnlich Swsp. 192 und Goslarer Statuten (Göschen S. 37, 40 ff.). — Magdeburg-Breslauer systematisches Schöffengericht III. 2. 15, 16. (Laband S. 76.) „daz valsch adir valsche pfennyng in synym vorwerke vnd in synym vir pfelin gevondin syn, schuldegit man en dorumme daz is em wissintlich gevest sy, vorsachit her is, zo mag her des unschuldic werdyn uf den heilegin. Bekennyt hers, zo sal her dorumme lydin daz eyne velschers recht ist.“ (Kulm III. 53) und ebenso Magdeburger Fragen III. 7. 4. (Behrend S. 199.) — Ferner Augsburger Stadtrecht von 1276. art. 37. § 2. (Christian Meyer, S. 108.) „Bi swem man valsche phenninge vindet.“ — Prager Rechtsbuch art. 49. — Weisthum zu Cröve (Grimm II. 381): „were ess, dass jemandt begriffen würdte mit falschem gelde.“ — Rügen Statutarrecht 1310. a. 38. (Seibertz, Landes- und Rechtsgeschichte des Herzogthum Westfalen III. Bd. S. 78; im Urkundenbuch II. Bd.): „were dat also dat valsche penyng vnder eynem borghere vonden worden tho Ruden in der stat.“

Der Besitzer falscher Münze kann sich dann allerdings häufig durch Nennung dessen, von dem er die betreffende Münze erhielt, oder durch Eidesleistung dahin, dass er nicht wusste, dass die Münze falsch sei, lösen: Goslarer Statuten 37, 23. „Under welkeme manne de börghere is to Goslere valsche pen-

ninghe ghevunden werdet, de se ime ghegheven heft dene scal he bewisen, of he mach, unde mit den selven penninghen to deme gan de se ime ghegheven hevet: ne mach he des nicht don, so scal he sweren, dat he an den penninghen nicht valsches ne wiste to nemende unde to ghevende: so scal men se tosniden unde ime weder gheven. Dat ne scal nicht dikkere gheschen an emme man denne to dren malen; scüt it ime to deme werden male, so is he des valsches overwunnen unde men scal over ene richten also over enne velschere.“ — Swsp. 192. — Rechtsbuch nach Dist. IV. 17. 9. — Ruprecht von Freysing II. 57. (Maurer S. 298.) — Augsburger Stadtrecht 1276. art. 37 § 2. — Dann Magdeburger Fragen III. 7. 4.: „unschuldig werden uff den heiligen.“ — Ebenso Magdeb.-Breslauer systematisches Schöffengericht III. 2. 15, 16 und Kulm III. 53. — Prager R.-B. art. 49 (Rössler, Deutsche Rechtsdenkmäler aus Böhmen und Mähren; I. Bd. S. 114.) — Rügen Stadtrecht 1310. art. 38: „wyl he dat behalden ouer den hylghen dat he dat syn dar vmme ghegheuen hebbe.“ — Cf. auch Ssp. II. 26. § 2. i. f. — R.-B. nach Dist. IV. 17. 7, 8. i. f. — Lübisches Recht C. II. 130. C. III. 187. (Hach; das alte lübische Recht; S. 311 u. 440.)

Andere Bestimmungen reden vom Fälschen, falsch anfertigen etc. Swsp. 363. II. „Swelh munzer valsche phenninge sleht, den sol man ab die hant slahen.“ — Augsburger Stadtrecht. 1156. III. 4. (Gaupp II. 203): „monetarius in falsitate deprehensus.“ — Rechtsbuch nach Dist. IV. 17, 4. — Ruprecht v. Fr. II. 55.

In einer Reihe Bestimmungen wird das Ausgeben, in der Absicht, damit zu kaufen, als Thatbestandsmoment aufgestellt: Ssp. II. 26. § 2. „Büt de montere enen valschen penning ut, so dat he dar mede kopen wel, it gat ime an den hals.“ — Swsp. 192. — R.-B. nach Dist. IV. 17. 2. — Ruprecht v. Fr. I. 127. II. 57. — Glogauer Rechtsbuch 328. (Wasserschleben, Sammlung deutscher Rechtsquellen I. Bd. S. 41.) — Lübisches Recht. C. II. 130. C. III. 187.

Manchmal wird die Strafe davon abhängig gemacht, dass

das Delikt mit einer gewissen Anzahl von Pfennigen vorgenommen wurde, oder wird wenigstens die Strafe hiernach abgestuft: Ssp. II. 26 (s. oben S. 26). — Rechtsbuch nach Dist. IV. 17. 7, 8. — Swsp. 192. — Goslarer Statuten 37. 40. — Ruprecht v. Fr. I. 127. „peut ein münser valschnn pfenning das er damit icht kauffenn oder bezalenn wil man sol jm dy hannt abslahenn, unnd ist jr 1 ⷑ es get jm an den hals.“ — Augsburger Stadtrecht 1276. art. 37. § 2.

Vereinzelt wird auch unterschieden, ob das Delikt vom Münzmeister begangen wird, oder von einer Privatperson: Ruprecht v. Fr. II. 57. Beim Münzer Verlust der Hand: das ist darumb gesetztt das sy dy münsser wol süllenn erckennen. peut si aber ein man aus der nicht ein münser ist und ist jr V. s. unnd ist kain gueter daruntter. man sol jn hahnn.

Dagegen wird in verschiedenen Bestimmungen das Delikt als ein ausschliesslich vom Münzmeister begangenes behandelt: Ssp. II. 26. § 2. 1. Satz. — Swsp. 192 u. 363. II. — R.-B. nach Dist. IV. 17, 2 u. 4. — Augsburger Stadtrecht 1156. III. §. 4. (Gaupp II. 203.) — Glogauer Rechtsbuch 328.

Noch findet sich einige Male in Verbindung mit den Bestimmungen über Münzfälschung Folgendes festgesetzt: Swelh gemaelde ein herre an sine phenninge setzet, und setzet daz ein ander herre an die sinen die sind valsch und ist der herre ein valschaer und sol man uber in rihten als uber einen valscher. Swsp. 363. II. — Aehnlich Swsp. 192. — Ruprecht v. Fr. I. 127.

Es ist somit bezüglich der Münzfälschung theils der Besitz falscher Münze, theils das Fälschen, falsch anfertigen, theils das Ausbieten unter Strafe gestellt.

Alle die vorgenannten Quellenbestimmungen aber, wenn sie sich hinsichtlich ihres Thatbestandes und der Strafe auch unterscheiden, haben das gemeinsam, dass sie zur Bezeichnung des Delikts nach der Art seiner Begehung die Worte der Falsch, falsch anfertigen, fälschen, Fälscher und nach Falsches Recht gebrauchen. Ueber Anhaltspunkte, die die Münzfälschung als unter dem Gesichtspunkt der *publica fides* aufgefasst erscheinen

lassen, sowie über die Art der Bestrafung wird später noch die Rede sein.

III. Der Falsch begangen an Urkunden.

Die Bestimmungen über Urkundenfälschung sind weit weniger zahlreich, als die über Münzfälschung. Der Swsp. 369 enthält ausser einer Aufzählung von Möglichkeiten, Urkunden zu fälschen und dies zu erkennen folgende Bestimmungen: Swelh schriber ein leige ist der valsche hantveste oder valsche brieve schribet, wirt er dez beweret selbe dritte daz er wol wiste daz ez valchz waz, daz er da schreip, da sol man im die hant umbe ab slahen. (Dieselbe Strafe, die sich auch für Münzfälschung findet, s. oben S. 12 u. 13.) — Das Magdeburg-Breslauer systematische Schöffengericht III, 2. 35, 36 (u. Kulm III. 72, 73) behandeln ebenfalls die Urkundenfälschung: Wirt eyn man begriffin mit eyne valschin brife den her gemachit hot uf gelt uf eynyn andirn man, obir den sal man richtin als obir eynyn velscher, ab her des vorzugit wirt alz recht ist (bei der Münzfälschung, s. oben S. 13, lydin daz eynis velschers recht ist).

Die wenigen Quellen, welche von der Urkundenfälschung reden, sind zugleich durchweg solche, welche auch die Münzfälschung kennen; und zwar ist der Thatbestand jedesmal ein ähnlicher, insofern als beim Magdeburg-Breslauer Schöffengericht das Vorfinden falscher Pfennige und das Begriffenwerden mit einem falschen Briefe, beim Swsp. das Schreiben falscher Briefe und, allerdings neben einem weiter gehenden Thatbestand, auch das Schlagen falscher Münze unter Strafe gestellt wird. Auch stimmt die jedesmalige Strafdrohung überein. Auch das Brünner Schöffengericht, das art. 542 (s. Rössler II. S. 257) einen Fall der Urkundenfälschung, art. 543 einen Fall der Münzfälschung enthält, behandelt beide Fälschungsarten übereinstimmend. Trotzdem dürfte es nicht richtig sein, die Urkundenfälschung als von den mittelalterlichen Quellen, überhaupt als vollständig mit der Münzfälschung zusammengehörig aufgefasst zu behandeln, wie

es Hälschner (System II. S. 339 ff.) thut, indem er bei der Lehre von der Fälschung nach den Quellen des Mittelalters Münz- und Urkundenfälschung stets zusammen nennt; eben weil die Urkundenfälschung in nur ganz wenigen Bestimmungen vorkommt, die Münzfälschung dagegen in weit zahlreicheren Stellen und mit durchaus in sich verschiedenem Thatbestand behandelt wird.

IV. Der Falsch begangen an Mass und Gewicht.

Von allen Gegenständen, an denen Fälschungen begangen werden, wird in den Quellen des Mittelalters und den sich daran anschliessenden Mass und Gewicht am häufigsten genannt. Allerdings wird in diesen häufig der Besitz „unrechten“ Masses als Mittel zu Uebervortheilungen angesehen und daher die Fälschung von Mass und Gewicht unter dem Gesichtspunkte eines Vermögensdelikts, des Betrugs betrachtet, oder wird mit gewerbepolizeilichen Bestimmungen die Führung von unrechtem Mass getroffen; aber es findet sich doch andererseits eine grosse Reihe Stellen, die ebenso wie bei der Münzfälschung den Thäter „als Fälscher“ oder „nach Falsches Recht“ bestrafen, welche die Fälschung an Mass und Gewicht gerade behandeln, wie die an Münzen, an Urkunden, welche somit den Beweis liefern, dass die mittelalterlichen Quellen nicht streng scheiden, auf der einen Seite Münz-, Urkundenfälschung als *contra publicam fidem*, andererseits Mass- und Waarenfälschung als Vermögensdelikt.

Augsburger Stadtrecht 1276 art. 8. § 27 i. f.: „Unde swa man diu gestemphten geloete also niht rehtiu vindet, daz haizent valschiu geloete, unde sol ez der vogt rihten nach valsches rehte.“ Ebenso art. 64. § 1, art. 65. — Stadtrecht von Dattenried 1358 a. 28 (Gaupp, Stadtrechte des Mittelalters II. 181): „*tanquam falsarius emendabit.*“ — Recht der Stadt Colmar 1293 a. 28 (Gaupp I. 120): swa dekein unreht mes oder dekein unreht gelöte funden wirt damitte man koufet oder vercofet, daz sol man alzden fals bessern. — Berner Handfeste 1218 a. 19 (Gaupp II. 48): *apud quemcunque postea major vel minor*

mensura vel pondus inventum fuerit, tanquam fur et falsarius judicetur. — Ebenso Rechtsbuch nach Dist. V. 10, 6. — München St. R. von 1347. a. 329 (Auer S. 128): swer an seinem mazz nicht hat fronzaichen, und auch nicht gericht ist, der püzzet daz für valsch. — Rechtsbuch nach Dist. V. 20, 6: dy hocken X suln or brymel an rechten gesaczten mosze verkauffen; unde wo sy dy felschen, do richtet man obir czu hute unde czu hore. — Brünn Stadtrecht, Anf. XIV. J.H. a. 105 X (Rössler, deutsche Rechtsdenkmäler aus Böhmen und Mähren, Bd. II. S. 365): wir wellen wo ein weinschenc di mazze nicht fulle oder velsch, dem schol man den daumen abslahen, oder geb davur ein mark. — Regensburger St. R. Freyb. V. 97. — Fischingen, Weisthum, Grimm I. 320. Abs. 3. — Mörfeld, Grimm I. 490: wer falsch gewicht, ehlen oder maass giebet, oder sonsten einen falsch brauchet. — Gebhardswil, Grimm V. 163. §. 59. — Lausanne, Grimm V. 2. § 11. — Basler Dienstmannenrecht, Grimm IV. 475. § 3: swa si (Mass, Gewicht) unrechte stant, dast der vals. da verteilet man in lip unde guot. — Dithmarsches Landrecht von 1539. a. 198 (Michelsen, Sammlung altdithmarscher Rechtsquellen S. 155): Weret, dat dar ock jümment velscherie an (punden vnde wachten) dede — Statuten von Geithayn 1553 (Walch II. 202): Besitz von zu klein und falsch Mass, Strafe „nach falsches rechte“. — Die Langensalzaer Statuten von 1556 (Walch III. 290) setzen auf das „Machen“ von „falsch“ Mass und Gewicht „eine redliche, tapfere Geldbusse, Gefängniss oder Landesverweisung“. — Nach den Statuten der Stadt Greussen 1556 art. 43 wird, wer unrecht Mass oder Gewicht „wissentlich oder betrieglich“ gebraucht, „nach grosse vnd gelegenheit des geübten falsches“ bestraft.

Ausserdem findet sich der Gebrauch oder auch nur der Besitz von falsch Mass, falsch Gewicht etc. noch in einer Reihe von Bestimmungen unter Strafe gestellt; so Murten, St. Rodel 29. Freiheitsbrief 25 (Gaupp II. 157 u. 165). — Frankfurter Stadtrecht 1297. § 16 (Gengler, deutsche Stadtrechte des Mittelalters, S. 116). — Lübisches Recht C. I. 45 f.; C. II. 128. 129.

131; C. III. 99. 120. 188. — Winterberg, Stadtrecht 1331 (Walch VI. 259). — Selse 1310 (Grimm, Weisth. I. 763) a. 29. — Chatelblanc 1303 (Grimm I. 846. Abs. 9). — Niederroden (Grimm IV. 545, 11). — Osan 1595 (Grimm II. 348). — Lieben-scheid (Grimm IV. 587, 3). — Fislisbach (Grimm V. 103. § 1). Reichwartshausen (Grimm V. 234. § 3). — Wassenberg 1441 (Grimm V. 342. § 4 und VI. 772). — Grossenhayn 1545 (Walch VII. 29). — Frankenhausen 1534. a. 25 (Michelsen S. 489).

V. Der Falsch begangen an Waaren.

Gegen die Verschlechterung einer Waare unter Belassung des Scheins als einer guten, gegen den Handel mit schlechter Waare, der der Schein einer guten Waare gegeben wird, wird zwar in den mittelalterlichen Quellen theils durch polizeiliche Massregeln und polizeiliche Strafen entgegengetreten, theils werden gewisse Manipulationen mit Waaren, die man heute als Waarenfälschung bezeichnen würde, so z. B. gegen das Mischen oder „Ärgern“ des Weins, Strafbestimmungen aufgestellt, ohne dass von Falsches Recht oder fälschen die Rede wäre; es finden sich aber doch manche Bestimmungen, in denen mit denselben Worten von der Fälschung der Waaren geredet wird, wie bei der Münz-, bei Mass-, bei Urkundenfälschung.

Rechtsbuch nach Dist. V. 8, 4: waz man falsches uff deme hantwercke findet an tuche, an wollen, an czu winczingen gengen, daz sol man alles uffenbar burnen, unde dene bessern noch falsches rechte. — Ibid. V. 9, 3: Safferan sal ouch nymant fuchten mit wassere, noch mit oley noch mit keynerley sachen, noch legen in dy fuchten kellere uff dy erde, uff daz er fuchtig-keit czu im czy . . . wer hirobir tud, daz ist eyn falsch, und man schol das richten noch valscher recht czu hut und czu har, und wirt rechtloz und erloz, und di war schol man brennen. — Ferner ibid. V. 5, 1 und 6, V. 7, 2, V. 8, 2, V. 9, 1—4 und 22, V. 10, 2 und 4, V. 12, 1, V. 15, 1. — Im Rechtsbuch Rup-rechts v. Fr. handelt II. Buch c. 57 von dem der falsche münss aus geitt, das unmittelbar folgende Kapitel von dem der

valsch smaltz gen marckt treggt. Letzteres Kapitel beginnt: Ob man ettwas valsch gen marckt treggt, es sey schmaltz oder annder wirt der valsch darjnn gefundenn so sol man etc. — Ruprecht v. Fr. II. 59: Chaufft aber ein man honig oder was es ist und lät es zu enem sten vnd velscht es, der selbig in seiner gewalt vnnd wirt des vberwundnn, so sol er dem richtter gebnn LX vnd V ſ dn. oder man jm dy hannt abslagen. ditz ist recht. — Lübisches Recht C. II. 132: We so uan den hantworchten ualsch werk maket de schal wedden tein schillinghe vnde dat valsche werk schal man bernen. C. III. 207. — Regensburger Statut über Anfertigung von Tüchern (Freyb. V. 94) von 1259, gesetzet, darumbe daz man gutev tuch hie ze Regenspurch web und bereit, und den valsh wer. — Augsburger Stadtrecht 1276. art 14. § 11. Unde sol auh kein lodwaeber noh niemen, weder geistlich noh waerltlich, kain tuch ziugen wan von einvaltiger wolle. Swaer iht anders darzu tut, wirt er des bewaert, daz haizzet valsch, unde sol daz buzzen als reht ist. Ibid. § 13: so er hüte würken wil, die suln halp wulle unde halp har sin, unde sol auch die dafur verkaufen. Swaer anders iht würket unde man daz hinz im bringet, daz soll er büzzen als umbe den valsch. Ferner ibid. § 18: Wurket der hueter kainen andern viltz wan der reht wullin ist, daz sol der vogt hinz im rihten als umbe den valsch. — Soester Schrae 1350. a. 27 (Seibertz, Urk.-Buch Bd. II. S. 391): Wey vulen wyn to ghuden wine duyt, weyrt hey das ouer gayn, also eyn recht is dey heuet syn lyf vorboret. (Der unmittelbar vorhergehende Artikel handelt vom „falsch Geld machen“.) — Züricher Richtbrief von 1304. V. 21. ff. (Archiv f. schweiz. Geschichte V. 244): Swer klingenower vür lantwin verkouft, der git der stat zehen pfunt ze buoze. Mag er der nit geleisten, der ist des velsches schuldig. — Ibid. 73: Wirt ein gra tuoch vervelschet, der es tuot, der git der stat ein pfunt ze buoze. — Goslarer Statuten 88, 27 (s. oben S. 11). — Freiburger Stadtrecht 1520 (cit. bei Osenbrüggen, Alam. Strafrecht, S. 336): Welcher sin kouffmanswar oder guot, es syg korn, habern, win, tuch, specerey, apoteck, oder anders gevarlich und betrugklich felschet, vermischet, und

denselben unredlich zusätz gibt, den wöllen wir nach gelegenheit, an eren und guot strafen, und es möcht so grob und grösslich beschehen, einer wurd am leben darumb gestraft. — Dann Geithayn Statut (Walch II. 201). — Weisthum zu Gensheim (Grimm V. 243. § 10): ob ein wirt hie were, der wein mischt oder felscht, . . . der were unsern gn. h. verfallen leib und gut und der gemein nach irem wolgefallen.

Eine ganze Reihe Bestimmungen reden dann noch vom Handel mit „falscher Waare“ insbesondere vom „falschen Speisekauf“, ohne dass diese Bestimmungen in nähere Beziehung zum Delikt des Falschs treten würden, (über diese s. unten S. 33).

Von den letzteren abgesehen zeigen die vorhergehenden Quellenstellen, dass in einer ziemlichen Reihe von Bestimmungen die Waarenfälschung als Delikt des Falsches behandelt wird, als um den Falsch gestraft wird, also demselben Deliktsbegriff subsumirt wird, dem auch Münzfälschung, Urkundenfälschung beigezählt werden.

Was den Thatbestand der verschiedenen Stellen betrifft, so ist auch hier, wie bei der Münzfälschung keine Uebereinstimmung unter den verschiedenen Bestimmungen vorhanden. Bald wird der Besitz, das Vorfindenlassen, bald das Fälschen, falsch Werk machen, Feuchten, Mischen, bald das Ausbieten, Verkaufen erfordert und unter Strafe gestellt.

VI. Sonstige Fälle des Delikts „der Falsch“ und Zusammenfassung des Vorhergehenden.

1. Die mittelalterlichen Quellen gehen noch weiter und behandeln vereinzelt selbst Fälle als Delikt des Falschs, in denen es sich weder um eine Veränderung einer Sache unter Belassung ihres früheren Aussehens handelt, noch um Herstellung eines andern Scheines als der wahren Beschaffenheit der Waare entspricht, in denen vielmehr die Falschheit nur in der geübten Unwahrheit, der Täuschung gefunden werden kann, da eine substantielle Veränderung irgend eines Gegenstandes nicht vorliegt.

Einzelne Betrugsfälle haben sich auf diese Weise zum „Falsch“ verirrt; so in drei Schweizer Quellen, der Berner Handfeste art. 19 (Gaupp II. 48.): *Qui justam mensuram non dederit, sicut falsarius punietur.* — Züricher Richtebrief v. 1304. V. 17. Der win misset, git der niht das reht, wirt er sin überwunden, so ist er des velsches schuldig. † Luzerner Rathsbuch v. 1417 (bei Segesser, Rechtsgeschichte II. S. 647): „wer einz für dz ander verkoufte (meylanschi tuoch für swebschi tuoch) dz soll sin vnd ist ein offen valsch.“

Die Wormser Reformation endlich von 1498 geht soweit in l. VI. p. II. t. 20 festzusetzen: „Dessgleichen so einer sich nennt oder trüge für einen Doktor oder Ritter und doch nit Doktor oder Ritter, der were auch schuldig der pene des falsch“; eine Stelle, welche in hervorragender Weise unter einer auch sonst dann und wann zu bemerkenden Einwirkung des römischen Rechts steht; cf. l. 27. § 2. D. de l. Corn. de falsis 48. 10. *Qui se pro milite gessit vel illicitis insignibus usus est, vel falso diplomate vias commeavit, pro admissi qualitate gravissime puniendus est.*

2. Eine Definition des Falschs findet sich nicht aufgestellt; will man also sehen, was die Quellen des Mittelalters unter Falsch verstehen, so ist die Frage zu beantworten, was all den im Vorhergehenden genannten Delikten gemeinsam ist.

Das erste ist, dass sie alle an einem körperlichen Gegenstand vorgenommen werden, abgesehen von den unter 1. soeben citirten wenigen Stellen, die sich aber mehr oder minder, wie es scheint, unter den „Falsch“ verirrt haben.

Das andere ist die Begehungsart. Es wird ein körperlicher Gegenstand wissentlich so hergestellt, dass sein Wesen und der ihm verliehene Schein nicht übereinstimmen, oder es wird ein ächter Gegenstand derart wissentlich verändert, dass der ihm belassene Schein der Aechtheit den früheren Gegenstand noch vorzustellen geeignet ist, während dieser seinem Wesen, Gehalt nach ein anderer, unächter geworden ist. Dies ist es, was die Sprache unter Fälschen und Verfälschen versteht. Sachen werden gefälscht, Personen betrogen. Die gefälschte Sache aber kann

das Mittel zum Betrüge sein. Mit gefälschten Münzen, die als ächt ausgegeben werden, mit Gewichten, die nicht die richtige Schwere haben, kann gleichermassen ein Betrug begangen werden, wie durch den Verkauf einer als ächt ausgegebenen gefälschten Waare. Alle diese Dinge werden nach dem Sprachgebrauch „gefälscht“, „verfälscht“.

Dieser nun ist es auch, der in den mittelalterlichen Quellen die rechtswidrige täuschende Veränderung an Münzen unter denselben Begriff bringt, wie die an Waaren. Bei diesen ist so gut von „Fälschen“, von „Falsches Recht“ die Rede, wie bei der Münze. Nicht bloss dann reden die Quellen von „Fälschen“, wenn es sich um Fälle des römischen *falsum* mit seinem Angriffsobjekt der *publica fides* handelt. Sie reden von Fälschen da, wo die deutsche Sprache auch von Fälschen redet; ein davon gesonderter juristischer Begriff der Falschheit begangen an der *publica fides* ist ihnen fremd, (so auch Hälschner System II. S. 340).

Liesse sich nun aber nicht sagen, dass für alle die verschiedenen Fälle des mittelalterlichen Falschs doch ein gemeinsamer systematischer Gesichtspunkt bestehe, dass auch bei Mass- und Gewichtsfälschung, bei der Waarenfälschung der Verkehr zu einem Vertrauen auf die Aechtheit nöthige, kurz, dass auch hier als Angriffspunkt die *publica fides* zu bezeichnen sei? Ueber die theoretische Möglichkeit dieser Konstruktion wird im Schlusskapitel die Rede sein. Hier handelt es sich darum, ob die mittelalterlichen Quellen diesen Gesichtspunkt für die verschiedenen Fälle des Falschs, auch für die Mass- und Waarenfälschung kannten. Aus Hälschner ist hiezum anzuführen, dass er sich dahin ausspricht (System II S. 339), es sei die Fälschung in den Rechtsquellen des Mittelalters auch in Fällen angenommen worden, wo, wie besonders bei der öfter erwähnten Weinverfälschung, von einer Verletzung der *publica fides* nicht die Rede sein könne. Weiter führt er aus (S. 341), dass sich in den Quellen von der Fälschung in dem Sinne als eines Delikts gegen die *publica fides* als ein wesentlich anderes, nur gegen das Vermögensrecht der Privatperson gerichtetes Vergehen die Waaren-

fälschung unterscheide. Es lassen sich, sagt er (l. c. S. 342), trotz der schwankenden Gränzbestimmungen, im Ganzen betrachtet doch zwei Klassen von Fälschungen deutlich unterscheiden, solche, bei denen der Gesichtspunkt der verletzten *fides publica* entscheidend sei, und solche, welche nur eine betrügerliche Vermögensbeschädigung enthalten. Hälschner ist somit der entschiedenen Ansicht, dass die Quellen die *publica fides* nicht als gemeinsamen Angriffspunkt für die verschiedenen Fälle des Falschs kannten.

Für eine solch weite Auffassung des Gesichtspunkts der *publica fides*, ausgedehnt auch auf Mass- und Waarenfälschung, bieten nun die Quellen allerdings keinen Anhalt. Eine Bezeichnung oder auch nur Andeutung einer systematischen Auffassung ist ihnen überhaupt ziemlich fremd. Vollends aber fehlt bei den Bestimmungen über Waarenfälschung, auch denen, die sie als „Falsch“ bezeichnen und behandeln, ein derartiger systematischer Hinweis. Die Quellen gehen, wenn sie von Fälschen, von Falsch reden, gar nicht von dem Angriffsobjekt aus. Was diese Delikte vereinigt, ist der Sprachgebrauch und ihre Begehungsart. Diejenigen Delikte, die durch ein Handeln vollführt werden, das die deutsche Sprache als Fälschen oder Verfälschen bezeichnet, heissen im Mittelalter „der Falsch“.

Sind diese Ausführungen richtig und stützt man sich auf die vorangeführten Quellen, so kann man Köstlin's Ansicht nicht beistimmen. Er will auch für die Fälschung im deutschen Sinne die *publica fides* als Angriffsobjekt aufrechterhalten wissen (Abhandlungen S. 128), aber nicht etwa in dem Sinne, dass auch bezüglich der Mass- und Waarenfälschung als Angriffsobjekt die *publica fides* aufzufassen wäre. Waarenfälschung zieht er nicht zur Fälschung. Er sagt ausdrücklich (S. 137), Waarenveränderungen zur Fälschung zu ziehen, sei weder dem römischen Rechte noch der grossen Mehrzahl der deutschen Rechte des Mittelalters entsprechend, eine Ansicht, die den vorangeführten Quellen widerspricht. Er will keinen wesentlichen Unterschied zwischen dem römischen falsum und dem deutschen Falsch gelten lassen und behauptet, dass die vielfach kursirende Meinung, als ob Fälschung

im deutschen Sinn bloss Sachen zum Objekt habe, durchaus keinen Grund in den deutschen Rechtsquellen habe.

Mit den vorstehenden Ausführungen soll nun nicht gesagt sein, dass der Falsch von den Quellen auch in allen seinen Beziehungen gleich behandelt worden sei. Es wurde vielmehr je nach dem grösseren oder geringeren Werthe des angegriffenen Gegenstands, nach der grösseren oder geringeren Strafwürdigkeit auch die Strafe abgestuft und damit anerkannt, dass innere Unterschiede zwischen den einzelnen Fälschungsdelikten vorliegen. Hievon im Folgenden:

VII. Die Strafe des Falschs.

Als Strafe des Falschs findet sich bald Todesstrafe, bald Verlust der Hand, Strafe zu Haut und Haar, oder Geldstrafe, bald heisst es kurz, der Thäter soll bestraft werden „nach Falsches Rechte“.

1. Die Todesstrafe findet sich vorzüglich bei der Münzfälschung, weniger bei Mass- und Waarenfälschung.

Die hauptsächlichsten Bestimmungen, in denen die Münzfälschung Todesstrafe angedroht ist, sind folgende. Nach Ssp. II. 26 Todesstrafe, wenn der Münzer selbst falsche Münze ausbietet; ebenso Swsp. 192. 363, wenn er mehr ausbietet als $\frac{1}{2}$ Pfund. — Rechtsbuch nach Dist. IV. 17, 2: „is ged om an sinen lip.“ IV. 13, 4: „man schol in brinnen in einer kufen.“ Augsburger Stadtrecht 1276, art. 87. § 1: „Bi swem man vindet golt oder silber daz uber halp falsch ist, swa man des die warheit vindet, den sol man umbe den valsch hennen.“ — Ruprecht v. Fr. I. 127: „ist jr I ǣ es get jm an den hals.“ ibid. II. 55: „versiednn.“ — Hamburger Stadtrecht (Lappenberg, Hamburgische Rechtsalterthümer Bd. 1) 1270, XII. 7: „in der kopen bernen.“ 1292. P. VII: „seden.“ 1497, O. 18: „seden.“ — Glogauer Rechtsbuch 328 (Wasserschleben I. 41): „vorleusset seinen hals.“ — Bremer Statuten 1433, II. 102 (Oelrichs S. 550): „enen valscher schal men seden umme valsche pfenninghe.“ — Regensburger Stadtrecht (Freyb. V. 55): „man sol einen velscher

der münss in oel versieden.“ — Cröve, Weisthum (Grimm II. 381). Begriffen werden mit falschem Gelde, Strafe: Verbrennen; wenn vom Münzer begangen: Sieden im Kessel.

✓ Bei Fälschung von Mass und Gewicht findet sich die Todesstrafe angedroht in Swsp. 370. — Stadtrecht von Lüneburg c. 81 (Kraut S. 73): „Hedde ein Mahn twee Schepeln, de eine luettich, de ander groth, dath ginge ehme ahn sines suelves Hals.“ — Schwerin, Stadtrecht 12. J.H. (Gengler 432) § 7: Zweierlei Mass, „de grote intomehten, und mit der klenen uhtomehten, de schal verdamet werden an den Hals“. — Alflen, Weisthum, Grimm II. 411: verbrennen. X

Bei der Waarenfälschung findet sich Androhung der Todesstrafe, bei der Fälschung von Gold- oder Silberwaaren durch den Goldschmied im Rechtsbuch nach Dist. V. 10 (hierüber s. noch unten unter Ziff. 3 S. 27). — Dann im Freiburger Stadtrecht von 1520 (s. oben unter V. S. 19 u. 20). — Soester Schrae a. 27 (oben V. S. 19). — Weisthum zu Gensheim (Grimm V. 243 s. oben V. S. 20). — Hiezu kommen dann noch die Stellen, die die Waarenfälschung mit der Strafe des Diebstahls belegen (citirt unten unter VIII. S. 31), sofern wenigstens für den grossen Diebstahl das Erhängen, resp. bei Weibern, das Lebendigbegraben oder Ertränken als regelmässige Strafe anzunehmen ist.

2. Der Verlust der Hand, welcher von den Meisten als die eigentliche Strafe des Falschs angesehen wird, findet sich ebenfalls wie die Todesstrafe vorzugsweise bei der Münz- und Urkundenfälschung: Ssp. II, 26. — Swsp. 192. — Ruprecht v. Fr. I. 127 (cf. auch II. 55); bei diesen je nach der gefälschten Summe an den Hals oder an die Hand. — In Swsp. 369 als Strafe der Urkundenfälschung. — Rechtsbuch nach Dist. IV. 17, 8. Besitz von mehr als ein Schilling falscher Pfennige. — Goslarer Statuten S. 38, 1 ebenso, und als Strafe des Münzers S. 37, 36. — Augsburger Stadtrecht 1156 III. § 4.

✓ Bei Mass- und Gewichtsfälschung findet sich Verlust der Hand angedroht im Augsburger Stadtrecht 1276 art. 64. § 1: Zweimaliges Betreffenlassen mit unrechtem Gelöthe „so sol er den valsch hince ime rihten, also daz er im die hant sol abe

heizzen slahen, ern gaebe im danne zaehen phunt nah gnaden“. — Brünner Stadtrecht c. 84 (Rössler II. 362): Geldstrafe unter Umständen Verlust der Hand; ibid. c. 105: Wenn der Weinschenk die Masse fälscht, Verlust des Daumens oder Lösen mit einer Mark. — Dann findet sich die Strafe des Verlusts der Hand bei der Anfertigung falscher Schlüssel im Prager Rechtsbuch a. 57, Brünner Stadtrecht a. 69. Brünner Schöffenbuch a. 548 (Rössler I. 116, II. 360, 259).

X Der Verlust der Hand ist auch bei der Waarenfälschung, jedoch vereinzelt, angedroht: Ruprecht v. Freis. II. 59: „Chaufft aber ain man honig oder was es ist vnd lät es zu enem sten vnd velscht es, der selbig in seiner gewalt vnnd wirt des vberwundnn, so sol er dem richtter gebnn LX vnd V ſ dn. oder man jm dy hannt abslagen.“ — Regensburger Statut 1259 (Freyb. V. 94): satz, darumbe daz man gutev tuch hie ze Regenspurch web und bereit, und den valsch wer. „It schülen die scherer allen laeuten gutev tuch bereiten, swer den lavten daz versagt, und den satz damit breche, der geb drev pfunt oder die hant“ u. s. f.

3. Leibesstrafe oder Busse findet sich nun umgekehrt nicht bei der Münzfälschung, dann und wann bei der Mass- und Gewichtsfälschung, sehr zahlreich aber bei der Waarenfälschung.

X Bei Mass- und Gewichtsfälschung: Rechtsbuch nach Dist. V. 20, 6: „wo sy dy (gesaczten mosze) felschen do richtet man obir czu hute unde czu hore, oder mit den drin windischen marken czu lozen, und werden rechtloz alle dy das tun.“ — Bischoffs- und Dienstmannenrecht zu Basel 1260. 62 (Grimm IV. 475). — Dettwiller Weisthum 1380 (Grimm V. 481. 9). — Regensburger Statut 1303 (Freyb. V. 97. Abs. 4). — Dithmarsches Landrecht art. 198: „Weret dat dar ock jümmment velscherie an dede de schal darvor beteren dörtlich march.“ — Waadt Weisthum (Grimm V. 2). Siehe auch die Citate oben unter IV. S. 17—18.

Strafe zu Haut und Haar oder Busse bei der Waarenfälschung (soweit diese als Falsch und nicht als Polizeidelikt

behandelt wird) findet sich im Rechtsbuch nach Dist. V. 9, 3: „man schol das richten nach valscher recht czu hut und czu har“ ibidem V. 5. 1 u. 6. V. 7. 2. V. 8. 2. V. 9. 1—4 u. 22. V. 12. 1. V. 15. 1. — Ruprecht v. Fr. II. 58. — Lübisches Recht C. II. 132. C III. 207. — Züricher Richtebrief V. 21 ff. u. 73 u. a. m., siehe auch die Citate oben unter V. S. 18 ff.

Aus den hier angeführten Quellenbelegen zeigt sich, dass der Begriff des Falschs nicht hinderte, die als Delikt des Falschs zusammengefassten Verbrechenarten nach dem Werth der gefälschten Gegenstände, den sie in ihrer Aechtheit für den Verkehr haben, verschieden zu behandeln, die Münzfälschung, die Urkundenfälschung mit Todesstrafe oder Abhauen der Hand, die Waarenfälschung im Ganzen selten mit Todesstrafe oder Verlust der Hand, meist dagegen mit Strafe zu Haut und Haar oder Busse, die Mass- und Gewichts-fälschung dazwischen in einer Mittelstellung.

Bezeichnend ist in dieser Beziehung die dist. 2. im Rechtsbuch nach Distinktionen V, 10. Das Rechtsbuch nach Dist. bestraft den Falsch in Beziehung auf Münzen theils mit dem Tode, theils Verlust der Hand (IV. 17.), dagegen den Falsch in Beziehung auf Mass, Gewicht und Waaren zu Haut und Haar (V. 20. 6. V. 9. 3). In dist. cit. heisst es nun vom Goldschmied, der der Mark Silber mehr zusetzt als ein Loth Pfennige, bei der Verfertigung seiner Silberarbeiten: „der tut ein valsch, als in den capitel hyvorne stet von den munczern“, also einen andern Falsch, als der ist, bei dem andere Waaren gefälscht werden.

4. Was ist nun aber die Strafe des „Falschs“, wenn sie in den Quellen nicht ausdrücklich angeführt ist? Heisst es ja doch sehr häufig als Strafsanktion nur, er soll bestraft werden „nach Falsches Recht“, „als um den Falsch“ u. s. f.

So bei der Münzfälschung: Magdeburg-Breslauer Schöffengericht III. 2. 15, 16 (lydin das eynes velschers recht ist). Ibid. III, 2. 35, 36. (Kulm III. 53, III. 72). — Goslarer Statuten S. 37, 31. — Magdeburger Fragen III. 7. 4. — Wormser Reformation 1498 l. VI, p. II. t. 14. u. 20.

Bei der Mass- und Gewichtsfälschung: Augsburger Stadtrecht 1276 art. 8. § 27, art. 65, art. 124. § 1 (dem vogte den valsch). — Stadtrecht von Colmar 1293 art. 28 (alz den fals bessern). — Stadtrecht von Dattenried 1358 art. 28. — Münchener Stadtrecht art. 329. — Rechtsbuch nach Dist. V. 10. 6. Der Goldschmied, der zweierlei Wagen hat, soll gerichtet werden nach Falsches Recht oder nach Diebheit. — Berner Handfeste 1218 art. 19 (*tanquam fur et falsarius judicatur*). — Frankenhauser Statuten 1534 VI (Michelsen S. 480).

Bei der Waarenfälschung: Rechtsbuch nach Dist. V. 8. 4 u. a. — Augsburger Stadtrecht 1276 art. 14. § 11. § 13. § 18. — Züricher Richtebrief von 1304 V. 21—24.

Um die aufgeworfene Frage zu beantworten, ist einmal darauf hinzuweisen, dass, wie schon ausgeführt, eine Reihe ganz verschiedener Strafen (Todesstrafe, Verlust der Hand, Strafe zu Haut und Haar, Busse) für den Falsch genannt werden, dann dass eine Reihe Stellen genau sagen, was unter der Strafe des Falschs gemeint sei; Swsp. 363. II: „rihten als ober einen valscher, daz ist er sol im daz haupt ab slahen.“ — Goslarer Statuten, Göschen 38, 20: „dene vorradere unde dene velschere scal men in Kopen bernen.“ — Bamberger Stadtrecht § 146: „vber den felscher schol man richten mit dem fuer.“ — Eltvil Weisthum 1383 (Grimm I. 547): „dem felscher deilet man den Kessel, in darinne zu sieden.“ — Hamburger Stadtrecht 1270 XII. 7: „Enen valscher schal men in der kopen bernen“ (während allerdings das Stadtrecht von 1292 u. 1497 noch den einschränkenden Beisatz hat: „umme ualsche penninghe“). — Ofener Stadtrecht c. 270 dem Fälscher allgemein: „czu pusz das fewr“. — Ruprecht von Fr. II. 54: „wer ainem sein jnsigl stilt . . . so sol man vber jn richttnn als vber ain velscher. jst sein vber XII dn. dy er mit dem jnnsigel gewungnn hat, so sol man jn versiednn. ist sein aber mynnder. man sol jn durch dy zenntt prennen.“ — Basel, Dienstmannenrecht (Grimm IV. 475): „swa si (masze) unrehte stant, dast der vals, da ver teilet man in lip und guot.“ — Auch in Luzern war die Strafe für „offen valsch“ Strafe an Leib und Gut (cfr. Segesser, Rechts-

besitz
different.

geschichte von Luzern II. 646), die aber in der Anwendung durch hohe Geldstrafe ersetzt wurde. — Rechtsbuch nach Dist. V. 9, 3. „Wer hirobir tud, daz ist eyn falsch, und man schol das richten noch valscher recht czu hut und czu har, und wirt rechtloz und erloz“. Ibidem V. 5, 1. V. 7, 2. V. 9, 1—4 u. 22.

Nach diesen Stellen dürfte wohl kaum anzunehmen sein, wie es hergebrachte Ansicht ist, dass überall da, wo von „Richten nach Falsches Recht“ die Rede ist, Verlust der Hand gemeint sei, da diese Stellen andere Strafen, zumeist Tod durchs Feuer bestimmen. Bezüglich der einzelnen Quellen, welche kurzweg Strafe „nach Falsches Recht“ androhen, ergibt eine Vergleichung der betreffenden Stelle mit andern Bestimmungen des betreffenden Rechtes häufig ein Resultat, theils dahin, dass an anderer Stelle die Strafe nach Falsches Recht genau angeführt ist, theils dahin, dass mehrere verschiedene Strafen für den Falsch an anderen Stellen desselben Rechts genannt sind, woraus hervorgeht, dass das betr. Recht den Verlust der Hand nicht als die einzige und darum auch nicht ohne weiteres als die im Zweifel anzunehmende Strafe kannte.

Die Goslarer Statuten, die bei der Münzfälschung „nach Falsches Recht“ strafen, sagen an anderer Stelle (Göschel 38. 20) ausdrücklich: dene velschere scal men in kopen bernen. — In dem Augsburger Stadtrecht von 1276, in dem sich art. 8 § 27, art. 14 § 11, § 13, § 18, art. 65, art. 124 § 1 „Strafe als um den Falsch“ angedroht findet, heisst es art. 37 § 1: „Bi swem man vindet golt oder silber daz uber halp valsch ist, swa man des die wahrheit vindet, den sol man umbe den valsch hengen.“ Ebendasselbst finden sich dann noch andere Strafen gegen den „bi swem man valsche phenninge vindet“, „bereden mit sinen zwein vingern“, „rihten mit der schreiat unde durch die zên brennen“ und allerdings auch Verlust der Hand oder 10 Pf. Busse bei zweimaligem Ergreifenlassen mit falschem Gelöthe (art. 64 § 1). — Das Rechtsbuch nach Dist., das öfters Strafe nach Falsches Recht androht, setzt an andern Stellen Strafe zu Haut und Haar als Strafe des Falsches fest, s. V. 5, 1, V. 7, 2. V. 9, 1—4 u. 22. — Das Münchener Stadtrecht, das

art. 329 sagt: „swer an seinem mazz nicht hat fronzaichen und auch nicht gericht ist, der püzzet daz für valsch“, bestraft dagegen art. 280 ausdrücklich den Besitz von unrechtem Mass oder Gelöthe mit 10 sol. pfenning dem Richter, der Stadt ebensoviel.

Es wird somit, wo eine Quelle nach Falsches Recht bestraft wissen will, zunächst darauf ankommen, ob nicht an anderer Stelle derselben Quelle die Strafe nach Falsches Recht ausdrücklich bestimmt ist; dann aber, ob sich nicht in derselben Quelle verschiedene Strafen für Falsches Recht finden, je nach den Gegenständen, die gefälscht wurden. Die Quellen unterscheiden mannigfache Abstufungen bei der Bestrafung der Fälschung. In derselben Quelle findet sich Todesstrafe, Verlust der Hand, Strafe zu Haut und Haar oder Busse für den Falsch oft nebeneinander. Jedenfalls aber ist es nicht richtig als regelmässige Strafe des Falschs im Zweifel Handverlust anzunehmen, da diese Strafe nicht einmal die am häufigsten angedrohte ist.

VIII. Systematische Stellung des Falschs.

Aus der im Vorhergehenden dargelegten Verschiedenheit in der Bestrafung des Falschs ergibt sich, dass es verschiedene Gesichtspunkte sein mussten, unter denen die verschiedenen unter der Bezeichnung Falsch zusammengestellten Delikte aufgefasst wurden. Aber auch andere Anhaltspunkte als die Strafe zeigen eine Verschiedenheit in der Anschauungsweise. Dass nicht genügende Anhaltspunkte vorliegen, welche das Delikt des Falschs mit allen seinen Arten seinem Wesen nach bezüglich der Münzfälschung wie bezüglich der Waarenfälschung als unter dem gemeinsamen Gesichtspunkt einer Verletzung der *publica fides* aufgefasst erscheinen liessen, ist schon oben ausgeführt. (VI. 2. S. 22 ff.) Aber es findet sich, obgleich den Quellen des Mittelalters ein systematisches Eintheilen nach den Angriffsobjekten der einzelnen Delikte nicht geläufig ist, doch auf der einen Seite der Gesichtspunkt der Verletzung der

publica fides, der Gesichtspunkt der Gemeingefährlichkeit bei der Münzfälschung, auch abgesehen von der hier angedrohten härteren Bestrafung, und Bezugnahme auf vermögensrechtliches Interesse bei der Waarenfälschung, der Mass- und Gewichts-fälschung, auch soweit diese als Fälschung und nicht als Betrug oder Polizeidelikt von den betreffenden Quellen behandelt werden.

Bezüglich der Münzfälschung siehe Weisthum zu Cröve (Grimm II. 381). „Auch were ess, dass jemandt begriffen würdte mit falschem gelde, damit des reichs vnd fürsten müntze gefelschet wurde, die brent man an dem hoegericht an einem stile.“ — Nach dem Augsburger Stadtrecht von 1276, art. 37. § 1 wird über den Münzfälscher gerichtet „der stat unde dem lande“ und es hat desshalb „der vogt mit sime gute niht ze schaffene“. — Brünner Schöffebuch art. 543 (Rössler II. 258) „*falsitas denariorum, pro qua non uni loco, sed quodammodo pluribus damnum infertur.*“ — Glosse zum Hamburger Stadtrecht von 1497. O. 18. „geue jemandt sodane (valsche) penninge vth, wetende erer valscheit, den schal men handeln als deue der gantzen welt.“

Andererseits die Waaren- und Massfälschung mit einer Beziehung auf vermögensrechtliches Interesse: Goslarer Statuten 88, 27. „Under weme ienegher hande dingh vunden wert dat valsch is oder dat nicht so gheve ne is alse dat van rechte wesen schal, heft he iemanne des wat vorkoft, den schaden den de daran ghenomen heft, dene schal he eme irlechken.“ etc. — In dem Regensburger Statut von 1259 (Freyb. V. 95) über Anfertigung von Tüchern „satz darumbe daz man den valsch wer“ heisst es „It schülen die scheraer allen laeuten gutev tuch bereiten, swer den lavten daz versagt und den satz damit breche, der geb drev pfunt oder die hant“. — Ruprecht v. Fr. II. 58. „Ob man ettwas valsch gen marckt tregtt . . ., wirt der valsch darjnn gefundenn so sol man dem richter Xs. gebnn vnnd sol dem klager sein guot gerecht vnd guet machnn als er es an geuarlich gesehenn hat.“

Ferner findet sich die Waaren- und Massfälschung häufig zusammengestellt mit dem Diebstahl: Freiburger Stiftungsbrief

1120. 38. — Berner Handfeste 1218. 19. — Handfeste von Freiburg im Uechtland. 1249. 85. — Burgdorfer Handfeste 1316. 125. — Statuta Bremensia 1302. 113. (Oelrichs S. 134). — Lübisches Recht C. I. 45. C. III. 373. — Hamburger Stadtrecht 1270. IX. 22. — 1292. M. 18. — 1497. O. 15. — 1603. IV. 8. — Rechtsbuch nach Dist. V. 10. 6.

Den Hauptanhalt für den Gesichtspunkt, unter dem man die Bestimmungen über Fälschung aufzufassen hat, gibt jedoch stets die Strafe. Die angeführten anderweitigen Momente sind, wenn auch weniger bezüglich der Stellen, welche die Fälschung an Waaren und Massen dem Diebstahl gleichstellen, so doch bezüglich derer, welche die Münzfälschung als *contra publicam fidem* aufgefasst erscheinen lassen, immerhin nur einzelne und dann findet sich eben auch eine Beziehung auf den Gesichtspunkt des Vermögensdelikts bei der Münz- und Urkundenfälschung, der Gesichtspunkt eines Delikts gegen die Grundlagen des Staats bei der Waarenfälschung; siehe einerseits: Ruprecht v. Fr. II. 54. „ist sein vber XII dn. dy er mit dem jnnsigel gewungnn hat...“ — Statuta Bremensia 1428. IV. 37. stellt die Fälschung überhaupt mit dem Diebstahl gleich. „So welk man eene duve edder ene andere valschheit dede etc.“ — Andererseits: Dithmarsches Landrecht 1447 § 23, das denjenigen, der Fleisch von krepirtem Vieh verkauft, als offenbaren Landesverräther bestraft.

B. Die Waarenfälschung, abgesehen von ihrer Subsumtion unter das Delikt des Falschs.

IX. Thatbestand der verschiedenen hierauf bezüglichen Bestimmungen.

Im Vorhergehenden wurde erörtert, wie die Quellen des Mittelalters die Waarenfälschung häufig mit der Münz-, Urkunden-, Mass- und Gewichtsfälschung unter der Bezeichnung

als Delikt „der Falsch“ zusammennehmen, wie aber doch, insbesondere durch die geringere Strafe, sich Unterschiede ergeben.

Im Folgenden ist nun auf die zahlreichen Bestimmungen der mittelalterlichen Quellen über Waarenfälschung, Verkauf gefälschter Waaren etc. einzugehen, welche die Waarenfälschung nicht mit den übrigen Fälschungen zusammenstellen, welche von einer Subsumirung der Waarenfälschung unter den Begriff „Falsch“ absehen, welche die Waarenfälschung in besonderen Gesetzen unter Strafe stellen, bei deren Behandlung insbesondere gewerbe- und gesundheitspolizeiliche Rücksichten vorherrschen.

1. Die meisten Quellen, die sich hierauf beziehen, nennen bestimmte Gegenstände, hauptsächlich Wein, an denen die Fälschung vorgenommen wird. Im Ganzen vereinzelt sind die Stellen, die allgemein alle Waaren, jegliches Ding etc. als möglichen Gegenstand nennen. Ausser den früher schon genannten Bremer kundige Rolle 1489. 73 und Goslarer Statuten 88. 27 (s. oben S. 11) sind hier anzuführen: Lübisches Recht C. II. 132. C. III. 207: „We so uan den hantworchten ualsch werk maket, de schall wedden tein schillinghe.“ — Magdeburger Fragen I. 1. 11: „Ouch mogen sy (dy ratlute der stad) vorbyten valschen kouffschacz unde busze doruff seczen.“ — Ofener Stadtrecht 1421. c. 104: „Dy kramer sülln nichte anders handeln, den rechte kramerey, und das zu krameren gehort, und das ein rechts und nicht falsches guet sey. . . . Wer do wider thuet, der soll seiner puess nicht missen.“

Am nächsten diesen allgemeinen Bestimmungen stehen die zahlreichen Stellen über den Handel derer, „die da Hoken heissen“ mit unrechtem, falschem Speisekauf, Meynkauf, unrechter Leibesnahrung. Rechtsbuch nach Dist. V. 20. 2 u. 4: „obir allerhande lewte, die mit valschin spisekawff begriffen werdin . . . wetten dorumb hawt und har, abir drei schillinge. — Ssp. II. 13. 3. — Swsp. 1 u. 174. — Dsp. 110. — Magdeburg-Görlitzer Recht von 1304. § 2 (Tzschoppe S. 449). — Ruprecht v. Fr. I. 113. — Magdeburg-Breslauer Rechtsmittheilungen 1261. §. 5 (Tzschoppe S. 352). — Sächsisches Weichbildrecht (Thüngen art. 37) (zu Haut und Haar oder 30 Schil-

linge). — Leipziger Schöffenurtheil (Wasserschleben 1. S. 417). — Magdeburg-Breslauer Schöffenrecht I. 6 (36 Schilling). — Glogauer Rechtsbuch art. 350. — Magdeburger Fragen. I. 1, 8 u. 12. — Grottkauer Rechtsmittheilungen 1324. § 8 (Tzschoppe S. 506). — Landshut 1334. § 2 (Tzschoppe S. 537). — Schweidnitz-Ratibor 1293. § 22 (Tzschoppe S. 422); so auch der schon in spätere Zeit fallende Bönningheimer Rugzettel (Reyscher Statutarrechte S. 453). — Von welchen Gesichtspunkten der Burgherr, die Rathmannen etc., die in diesen Fällen zu urtheilen hatten, auszugehen und zu entscheiden hatten, ob falscher Speisekauf vorliege, ist in den genannten Bestimmungen nicht dargelegt.

2. Nähere Anhaltspunkte bieten die Quellen, welche Waarenveränderung an einem bestimmten Gegenstand begangen unter Strafe stellen, hauptsächlich die zahlreichen Bestimmungen dieser Art, welche sich auf die Getränke, insbesondere den Wein beziehen. Allgemein von der Getränkemischung handelt: München, Stadtrecht 1347. art. 335: „Swër daz trinchen mischet, swelherlay trinchen daz sey, der geit dem richter zehen schilling pfenning, der stat als vil.“

Bei der Weinfälschung, deren Erfinder (!) nach Peter Frank (medizinische Polizei Bd. 8, S. 165) und Immanuel Weber (*de crimine adulteratorum vinorum* p. 9) ein Geistlicher Namens Martinus Bavarus, vom Schwarzwald gebürtig, sein soll, sehen eine Anzahl Quellen hinsichtlich des Thatbestands als genügend an das Mischen des Weins, zumeist unter Bezugnahme auf den Schankwirth: München 1347. art. 336. — Freiburg im Uechtlande, Handfeste 1249. art. 85: „*Quicumque tabernarius vinum limphaverit, aut aliquo modo falsificaverit, pro latrone habetur.*“ — Burgdorfer Handfeste 1316. art. 125. — Schweidnitzer Handfeste 1328. § 18 (Tzschoppe S. 521). — Augsburger Stadtrecht 1276. art. 116 § 4. — Regensburger Statuten 1320 (Freyb. V. 1). „Swër ainen wein vnder den anndern geuzzet.“ — Nordhausen Statut 1350. C. II. 82 (Förstemann III. 3. 62). — Einsiedeln, Hofrodel 1493 (Grimm I. 156. art. 16). „Es sol ouch deheiner, wenn im der win vff than wirt, weder durch sich selbs

noch durch sin husgesind denn selbigen win enndern noch mit dar in schütten annders dann beliben laussen.“

Andere Stellen setzen ausdrücklich voraus, dass guter Wein mit schlechterem gemischt werde, so der ausführlich vom Weinhandel redende Züricher Richtebrief von 1304 (zum Theil schon oben als unter der Bezeichnung als „Falsch“ erwähnt), V. 24: „Der ergern win danne unsern lantwin under andern win mischet, der git der stat ze buoze zehen phunt;“ eine Bestimmung, die auffällt, da schon der Züricher Wein ein greuliches Getränk gewesen sein muss, denn die Züricher mussten noch ums Jahr 1450 ihre Kelterbäume aus den längsten und dicksten Stämmen des Waldes nehmen, so hart waren die Trauben (s. Wackernagel in Haupts Zeitschrift für deutsches Alterthum Bd. III. S. 266). — Auch in Ulm bestanden ähnliche Bestimmungen (s. Jäger, Ulm im Mittelalter S. 458). Vereinzelt findet sich der bezeichnende Ausdruck „den Wein ärgern“: Schweidnitz 1328. Handfeste § 18: „gemenget odir gemisket, odir geergert in keyner Wis.“

Andere Stellen bestrafen das Beimengen von Zusätzen oder das Schenken von Weinen, in denen sich Zusätze finden. München, art. 383: „Von ungerechtem wein.“ „Swelher gast neckerwein herfür, darinn man waidaschen vindet, der geit von iedem aimer dem richter XII dn., der stat LX dn.“ — Der Züricher Richtebrief V. 18 nennt das Weinmachen oder Vermehren mit Alaun oder Kalk. — Das Rechtsbuch von Memmingen 1396. 40. Abs. 3 (Freyb. V. 304) bestimmt: „Es sol ouch niemant kain win wisentklich kauffen, den er schenken well, der mit waidäschen gemachet sie oder jm da mit liesse machen, wer das tät, der veruallet zehen pfunt haller vnd ain jär von der stat.“ In ächtem Lokalpatriotismus heisst es dann weiter: „Er mag jn aber wol anderswa hinfüren.“ — Auch in der Ordnung über die Weinbereitung von Kaiser Friedrich III. vom 6. August 1487 und der Erneuerung derselben durch Maximilian I. vom 24. August 1497 (s. Sammlung der Reichsabschiede von Koch, Thl. I. S. 282, Thl. II. S. 54) wird bestimmt, dass man „die Winbeer ohn alles gemächt oder zusaz aussgepresst; . . . vnd auch fürter denselben Weinen kainerley gemächt oder zusaz, wie man die erdencken oder für-

nemen möcht, mit nichte nit thun“ soll. In derselben Zeit verbieten die Heilbronner Statuten das „Weinmachen“ (Jäger, Heilbronn S. 254).

Der Ausführung der Bestimmungen, welche das Beimischen von Zusätzen in den Wein verboten, stand hindernd im Wege, dass gerade um jene Zeit das Verfertigen von Kunstweinen, von sog. Rappas, Lutertrank u. a. sehr verbreitet war, da diese Kunstweine die Stelle der heutigen gebrannten Getränke vertraten. Diese Weine „Alandwin, Salvaywin, Wermutwin, vnd ander dergleichen Wurzwin; dessgleichen die Beerwin, Kempwin vnd Sponwin“, wie es in der Weinordnung Kaiser Friedrichs III. heisst, waren durchaus erlaubt und konnten ihrer allgemeinen Verbreitung halber nicht verboten werden. Künstlicher Wein wurde für besser gehalten als natürlicher. Mit allen möglichen Zuthaten und Gewürzen wurde der Lutertrank gebraut; so findet sich in Haupts Zeitschrift l. c. ein altes Rezept über dessen Bereitung, für jeden Monat besonders, mit der Anweisung: „man sol si ovch uastende trinchin, nach mvose aller tegelich.“ Nach diesem Rezept waren Salbey, Pfeffer, Wermuth, Honig, Ingwer, Zweige des Weissdorns, Lorbeer, Schafgarbe, Betonienkraut, Liebstöckel, Odermennig, Flöhkraut u. a. m. dem Wein beizumengen, um ihn schmackhaft zu machen. „Der disis lutirtranches spvlgit,“ heisst es dort, „der wirt vil gesvnt.“

3. Ueber die Waarenfälschung begangen am Bier finden sich weniger Bestimmungen, da ein fester Begriff dessen, was Bier ist, sich nicht wohl aufstellen lässt. Es wurde häufig vorgeschrieben, in welcher Weise das Bier zu bereiten sei, wie viel Wasser beigegossen werden dürfe; z. B. Rechtsbuch von Memmingen 1396 (Freyb. V. 304) — Frankenhäuser Statut III. 1 (Michelsen S. 477); oder es wird einfach das Brauen schlechten Bieres unter Strafe gestellt; so schon Augsburger Stadtrecht 1156. VI. 2: „*quando tabernarius vilem facit cerevisiam*“, Strafe: „*quinque solidos praefecto*“, bei der 2. Wiederholung: „*cute et crinibus*.“ (Doch finden sich auch Bestimmungen, welche von einem Mischen des Bieres handeln; so Dithmarsches Landrecht 1539 c. 237: wenn man „middelbere by dem Hamborger beere, dat

dar mede to füllende“ findet; Strafe: Konfiskation und 30 M. lübisch.

4. In Beziehung auf sonstige Nahrungs- und Genussmittel werden als Gegenstände der Waarenfälschung noch genannt: der Saffran; einmal Rechtsbuch nach Dist. V. 9, 3 (s. oben S. 18). — Münchener Stadtrecht 1347 a. 424: „Es sol auch chain chramer noch anders iemant falschen saffran chauffen noch vail haben; in wes gewalt man in darüber vindt, der geit der stat zehen pfunt, dem richter ains.“ — Regensburg 1306 (Freyb. V. 24): „valzchen saffran noch chauffen noch verchavffen.“ — Honig und Schmalz; Ruprecht v. Fr. II. 58. 59 (s. oben S. 19). — Salz, Bremer kundige Rolle 1433. 77: „Ock en schall me nynerleye Solt in lunenborger tunnen doen, den alleyno Lunenborger Solt, by verluste des gudes.“ — Ueber Fälschungen der Bäckereiwaaren. Regensburg, Statut 1320 (Freyb. V. 26): „Mein herren gepitent den pechen, daz si allez getreide, Rokken, Waitzen, Gerste und Habern wesunder pachen und ez nicht mischen, Swer Ez aber tate, der muz alz oft ein pfunt geben.“ — In einem Weisthum zu Cappel (Grimm I. 417) heisst es: „man spricht ouch zu dem rechten, das die simelwecken söllent lutter simel sin . . .“ — Meist wurde jedoch der Fälschung derartiger Waaren mehr durch Vorschriften über die Anfertigung, Zubereitung, über zulässigen Gewinn, durch Visitationen etc. vorgebeugt als durch Strafvorschriften.

5. Häufig sind auch die Bestimmungen, welche den Handel mit verdorbenen Waaren, insbesondere mit verdorbenen Fleischwaaren, unter dem Anscheine unverdorbenener verbieten, so das dithmarsche Landrecht von 1447 § 23 (Michelsen S. 10): Wer krepirtes Vieh zu Markte trägt etc., der soll bestraft werden „als vnse landes openbarer vorreyder, vnde so schalme em ok richten.“ (In dem 2. dithmarschen Landrecht ist diese Strafdrohung weggefallen.) — Rechtsbuch nach Dist. V. 5, 1 ff. — Recht der Stadt Hagenau 1164 § 26 (Gaupp I. 100): „*Macellatores sanas et recentes carnes vendere precipimus, ut si leprosas, vel quocunque modo commaculatas vendiderint, a conjuratis civitatis in causa quicunque convictus a ceterorum consorcio extra*

ville ambitum removeatur.“ Frankfurter Stadtrecht 1297. § 14 (Gengler S. 116): „*Quicumque carnifex vendit scienter rancidas vel putridas carnes, solvet tres libras den. pro emenda, nisi dicat emptori, carnes tales sunt.*“ — Aehnliche Bestimmungen: Augsburger Stadtrecht 1276. art. 103. — Nordhausen A. 170, B. 60, C. II. 17 (Förstemann III. 1, 67. 2, 13. 3, 53). — Bremer Kundige Rolle c. 75 (Verkauf alter Butter für frische).

Mehrfach findet sich die Bestimmung, dass schlechtes, fin- niges Fleisch ausserhalb der gewöhnlichen Fleischbänke an be- sonderer Stelle zu verkaufen sei, so dass also hierdurch der Käufer auf die schlechte Qualität aufmerksam gemacht wurde; so Rechtsbuch nach Dist. V. 5, 2 ff. — Augsburger Stadtrecht 1276. art. 103. — Handfeste von Freiburg im Uechtland 1249 a. 87. — Burgdorfer Handfeste 1316 a. 129. — Heilbronn, Rechts- brief (Jäger I. 58). — Dingrodel von Kirchzarten 1395 (Grimm I. 334). — Regensburg, Statuten 1320 (Freyb. V. 9). — Bamberger Stadtrecht § 406. 408 (Zöpl. S. 113). — Gera, Statuten 1487 (Walch II. 103).

6. Ueber die Fälschung begangen an Tüchern, Hüten, Pelzen etc. handeln ausser den oben (s. S. 18. 19) unter dem Begriff des „Falschs“ schon genannten Rechtsbuch nach Dist., Augsburger Stadtrecht von 1276, Regensburger Statut über Anfertigung von Tüchern, Züricher Richtebrief, ferner noch das Brünner Schöffenbuch c. 257 (Rössler II. 120) „*pannus falsis crinibus infectus est cremandus.*“ — Brünner Stadtrecht c. 108 (Rössler II. 366): „Von valschem tuech. Wo man ein tuch vail vint, da har czu genumen ist, daz schol man pruen.“ — Prager Statutenbuch c. 45 (Rössler I. 32): „di wambeis sullen auch vngefelst sein.“ Strafe: Konfiskation. — Heilbronn, Rechtsbrief Rudolfs von Habsburg (Jäger I. 58). Tuch aus betrüglicher Wolle gewoben wurde öffentlich verbrannt und überdiess eine beliebige Strafe durch Schultheiss und Rathmannen angesetzt. — Das Statut von Nordhausen 1308. § 56 (Förstemann III. 2, 13) bestimmt: „Swelch lowere mit aschen leder gerwit de git eine marc.“ — München, Stadtrecht a. 443 verbietet das Leder- würken mit Alaun. — Nach dem Ofener Stadtrecht von 1421

c. 173 sollen die Kürschner keinen alten Pelz unter neue Arbeit thun (Konfiskation und drei Mark). — Memminger Stadtrecht 1396 (Freyb. V. 296): „Wir haben ouch gesetzt, das niemant kainerlay wachs, es sie stockwachs, kertzun wachs, notwachs oder ander wachs nit lütern noch mischen soll;“ „fünf pfund haller pen vnd ain jār von der stat.“

7. Ueber Fälschung von Gold- und Silberwaaren ist schon erwähnt: Rechtsbuch nach Dist. V. 10 (s. oben unter VII, Z. 1 i. f. S. 25 und Z. 3 i. f. S. 27). Noch sind anzuführen: Nordhausen Statut C. 1350 § 42 (Förstemann III. 3, 55): „Eyn icklich goltsmed sal an nichte vorwerke dan lotig silber eder he vorlusch eyne mark an di stat vnd sal deme sinen schaden lege der des schaden entphangen hat.“ — Wiener Goldschmiedordnung 1366 (bei Michnay, Ofner Stadtrecht S. 77): „Es sol auch nyemant gold, noch guldein kleinat, auswendig röter machen, noch vergulden, noch chainen valschen stayn in gold legen. Auch sol nyemant chupher, messing, eysen, noch dhainen pfening, noch dhainer anderlay gesmeid vergulden, noch versilbern, er lasse dann daran ain offen vrkund, das man wol gesehen müg, was es sey.“

8. Die meisten Stellen, die von der Waarenfälschung handeln, setzen Absicht, bewusstes Fälschen voraus, so diejenigen, die ein Mischen, Mengen, Aendern als Thatbestandsmerkmal festsetzen. Andere Stellen sagen ausdrücklich, es müsse scienter (Frankfurter Stadtrecht 1297 § 14), geuarlich vnd betrugklich (Freiburger Stadtrecht s. bei Osenbrüggen), wissentlich (Memminger R.B. 1396, 40, 3) gehandelt worden sein.

Andere Stellen reden dagegen von einem Betroffenwerden mit falschem Speisekaufe, von einem Vorfinden eines gefälschten Gegenstandes oder eines verbotenen Zusatzes, z. B. Waidasche im Weine, und scheinen somit ein bewusstes Fälschen resp. Feilhalten gefälschter Gegenstände nicht zu verlangen; siehe Ruprecht v. Fr. II. 58. — Rechtsbuch n. Dist. V. 20, 2. — München, Stadtrecht a. 383 u. a. — Hieher gehören dann auch die Fälle, welche eine Konfiskation oder Zerstören der falschen Waare unbedingt vorschreiben: Brünner Schöffebuch c. 257.

— Brünner Stadtrecht c. 108. — Prager Statutenbuch c. 45.
— Nach andern Stellen kann sich der, bei dem gefälschte Waare gefunden wird, durch Nennung seines Gewährsmannes befreien, der dann für ihn einzutreten hat (so Goslarer Statuten 88, 32 u. a.) oder hat er zu schwören, dass er nichts Falsches an dem Gute wusste, so lübisches Recht C. III, 208. „Kopet jement valsch gud buten landes vnd wil he dat sweren vp den hilghen dat he dar nicht valsches ane wiste do he dat kofte so en dorff he dar nene not vmbe liden.“ Ebenso Lüb. R. C. II, 132.

X. Strafe der Waarenfälschung.

Dass die Waarenfälschung, soweit sie als Delikt des Falschs aufgefasst und desshalb mit Münz- und Massfälschung zusammengestellt wird, vereinzelt mit dem Tode oder Verlust der Hand bestraft wurde, ist schon angeführt; ebenso, dass sich diesen Stellen diejenigen anschliessen, die die Waarenfälschung mit der Strafe des Diebstahls belegen (s. oben VII. Z. 1 u. 2, i. f. S. 25 u. 26). Weitaus die Mehrzahl der Stellen über Waarenfälschung bestraft zu Haut und Haar oder entsprechend der Auffassung als eines Delikts gegen gewerbepolizeiliche Vorschriften mit Geldstrafe.

Es finden sich dann aber noch eine Reihe weiterer Strafmittel, die theils als Haupt-, theils als Nebenstrafen verhängt wurden, so mehrfach die Ausweisung auf bestimmte Zeit: Strassburger Statut v. 1249 a. 18 (Gaupp I. 88). — Augsburger Stadtrecht 1276 art. 103, Rechtsbuch von Memmingen 1396 c. 36, 4 u. c. 40, 3 (Freyb. V. 296 u. 304).

Ebenso die Gewerbeentziehung auf bestimmte Zeit: Handfeste von Freiburg im Uechtlande 1249 a. 87 ff. (Gaupp II. S. 98). — Stadtrecht von München 1347 a. 336. Der Weinschenk, der den Wein mischt, „geit dem richter 1 pfunt pfenning, der stat 1 pfunt pfenning, und sol ungeschenkt sein, üntz im die purger wider erlaubent.“ — Lübisches Recht C. II, 208, C. III, 189 (bezüglich der Bäcker, die „ungheue brot“ haben.

— Vestenrecht zu Hagen (Grimm III. 36, § 19, bezüglich des Weinschenks).

Eine sehr häufige Nebenstrafe ist die der Einziehung der gefälschten Waare: Dithmarsches Landrecht c. 237 (Michelsen S. 169): „So de Slüter by jemande vom middelbere by deme Hamborger beere, dat dar mede to füllende, finden, so schölen öhn de slüter dat beer nemen vnde beholden.“ — Prager Statutenbuch 1318 a. 45 (Rössler I. 32): „ein vngerechtes oder ein gefelstes wambeis, wo man das fvnde, das sol man nemen, vnd des sol halbe dem richter geburn vnd halb den sneydern.“ — Ofen, Stadtrecht a. 104: „der sol verloren haben dy hab, dy er wider recht gehandelt hat, vnd sol verfallen sein dem gericht ein margk gesmeidigs silbers.“

Oefers wird derartige minder gute Waare den Armen gegeben: Augsburger Stadtrecht 1156 a. VI § 2: „*insuper eadem (vilis) cerevisia destruetur vel pauperibus gratis erogetur*“. — Freiburg im Uechtlande 1249 c. 89. — Vestenrecht zu Hagen (Grimm III. 36, § 19). — Hofrodel von Einsiedeln (Grimm I. 150). — Stadtrecht von Arnstadt c. 111 (Michelsen S. 68). — Auch in Ulm wurde schlecht, sauer befundenes Brod den Armen gegeben (cf. Jäger, Ulm, S. 621).

Andere Bestimmungen verlangen das Unbrauchbarmachen der gefälschten Waare. Brünner Schöffenbuch c. 257. — Brünner Stadtrecht c. 108. — Regensburger Statuten 1320 (Freyb. V. S. 24) (falschen Saffran verbrennen). — Heilbronn, Rechtsbrief Kaiser Rudolfs (Jäger, Heilbronn S. 58). (Tuch aus betrüglicher Wolle gewoben, öffentlich verbrannt.) — Nach der Weinbauordnung Kaiser Friedrichs III. und Maximilians I. ist den Fässern, in denen gemachter oder mit Zusätzen versehener Wein gefunden wird, der Boden auszuschlagen und der Wein zu verschütten.

XI. Systematische Stellung der Waarenfälschung.

Bei vielen der Bestimmungen über Waarenfälschung im Mittelalter, ja nicht nur über Waarenfälschung allein, sondern

auch gesandter
Verkauf
zu Alin der prae!

bei allen verschiedenen Fälschungen lässt sich häufig nicht mit Bestimmtheit sagen, von welchen Gesichtspunkten die einzelne Quelle ausgeht. Doch bieten Höhe der Strafen, ausgesprochene Verpflichtung zum Schadensersatz, Stellung inmitten von lauter Verbrechen, oder nur Polizeibestimmungen, oder auch vereinzelt direkte Anführung des Grundes, der den Gesetzgeber zur Aufstellung einer Strafbestimmung veranlasste, Anhaltspunkte. Dass die Bezeichnung der Waarenfälschung als „Falsch“, und hiemit die Nebeneinanderstellung mit Urkunden- und Münzfälschung an sich nicht genügt, die so bezeichneten Bestimmungen über Waarenfälschung als unter demselben Gesichtspunkte, wie Münzfälschung aufgestellt zu betrachten, ergibt sich aus den früheren dahin gehenden Ausführungen, dass die Zusammenfassung mehrerer Delikte unter die Bezeichnung des „Falschs“ eine äusserliche ist, dass den Quellen wenigstens nicht zum Bewusstsein gekommen ist, dass man auch bei der Waarenfälschung von Vertrauensbruch, von Angriff gegen den Verlass auf die Aechtheit reden kann, so dass die *publica fides* als Angriffsobjekt für die verschiedenen als Falsch bezeichneten Delikte angesehen werden könnte.

Auffallend ist allerdings, dass immerhin einige Stellen die Waarenfälschung, und zwar nicht nur die der Gold- und Silberwaaren, mit dem Tode oder Verlust der Hand bestrafen (s. oben VII, Z. 1 u. 2. i. f. S. 25. 26). Dass einige Quellen, welche die Waarenfälschung als Fälschungsdelikt behandeln, den Gesichtspunkt eines Vermögensdelikts hereinziehen, insbesondere sie mit dem Diebstahl zusammenstellen, dass andererseits das Dithmarsche Landrecht den, der Fleisch von krepirtem Vieh verkauft, als offenbaren Landesverräther bestraft, ist schon angeführt.

Auch bei Stellen, die die Waarenfälschung nicht mit dem Falsch zusammen nehmen, findet sich eine Bezugnahme auf ein vermögensrechtliches Interesse, so Nordhausen Statut 1350, § 42 (Förstemann III. 3, 55): „deme sinen schaden lege, der des schaden entphangen hat.“ Die grosse Mehrzahl der Quellen aber behandelt die Waarenfälschung durch Aufstellung gewerbe-

polizeilicher Bestimmungen oder fasst sie unter dem Gesichtspunkt der Gesundheitsbeschädigung auf. Auf diese beiden Gesichtspunkte ist hier näher einzugehen und dann wird noch auf eine weitere Bestimmung, die in den über die Waarenfälschung handelnden Stellen öfters wiederkehrt, hinzuweisen sein, auf eine aufgestellte Verpflichtung zur Wahrheitsangabe.

1. Bei den Quellen, die gewerbepolizeiliche Bestimmungen gegen die Waarenfälschung treffen, sind strafrechtliche Bestimmungen nicht ausgeschlossen, aber sie finden sich zumeist inmitten von Präventivmassregeln, aufgestellt zur Aufrechterhaltung und Kontrolle der Ordnung in Handel und Gewerbe. Das Zunftwesen war hiebei von grosser Bedeutung, insofern durch die strenge Kontrolle über die Mitglieder der Zunft der Waarenfälschung entgegengetreten werden konnte, wenngleich andererseits hiefür die Zunftordnungen nicht ausreichten, insofern z. B. Mangels einer Weinverkäuferzunft gar nicht alle zur Fälschung geeigneten Objekte getroffen werden konnten. Es werden gewerbepolizeiliche Vorschriften gegeben über den Handel mit Waaren im Allgemeinen, oder für die einzelnen Gewerbe besonders. Es wird insbesondere dem Handel mit gefälschten, verdorbenen, schlechten Waaren entgegengetreten, und diesen verschiedenen Vorschriften finden sich dann auch da und dort Strafdrohungen beigefügt gegen die Uebertretung derselben. Sie haben aber gemeinsam, dass die Waarenfälschung in ihnen als Delikt gegen die Gewerbevorschriften, als unter mehr polizeilichen, insbesondere marktpolizeilichen Gesichtspunkten aufgefasst erscheint.

Häufig hat der Wirth, der Wein schenken will, der Bäcker u. a., ehe er sein Gewerbe beginnen darf, öffentlich zu geloben, dass er ächte, reine Waare geben werde; dass die Waare, die er verkaufen werde, ächt und gut sei: Münchner Stadtrecht 1347. art. 336: „Ez sol niemant hie schenken, er geb e den ratgeben sein treu, daz er chainen wein misch, und daz er von ainem zapfen schenk in dem haus und darauz, und daz er dem poten auz dem haus bey nacht und bey tag den pesten wein ungemischten geb, und daz gesetzet mazz vollez an gevaerde;

und swer darüber sein treue pricht“, etc. — Nördlinger Statuten 1318 art. 48 (wer Oel auf den Markt brachte musste schwören, dass es rein sei). — Nach den Nordhäuser Statuten von 1350 art. 84 musste jeder Fremde, der in Nordhausen Wein oder anderes Getränke schenken wollte „zcu den heilien sweren daz he alle der stat gewonheit halde als eyn borger“. Die Bäcker und Fleischer daselbst mussten vor Antritt ihres Gewerbes schwören, die Innung zu bewahren und stets redlichen Kauf zu geben (Förstemann III. 3 S. 71, art. 105. 106). — Regensburger Statuten v. 1320 (Freyb. V. 1.) — Einsiedeln, Hofrodel v. 1493 § 16 (Grimm I. 155). — In Ulm musste jeder Weinschenk und Wirth acht Tage vor und nach Martini vor den Stadtrechnern erscheinen und schwören, dass seine Weine ächt seien und weder er, noch sein Weib, noch seine Kinder und Ehehalten, noch sonst jemand in seinem Namen ein Gemächt von Waidaschen, oder waidäscherigter Lauge von Kalk, Senf, Senfkorn, Speck, Scharlachkraut, noch von Birnen- und Aepfelmast, Bleiweiss, Quecksilber, Springkorn oder Vitriol gemacht, auch kein Wasser noch einen geringeren Wein unter einen besseren und theuern gethan habe, auch nicht wisse, dass jemand, ehe er den Wein zu Esslingen oder anderswo gekauft habe, darein gethan habe, und dass er seinen Wein ausschenken wolle, so wie er ihn in den Keller gebracht habe (Jäger, Ulm S. 458). — Auch in Esslingen mussten Ende des 15. Jahrhunderts die Weinverkäufer jährlich schwören, keinen „gemachten Wein“ zu verkaufen (Pfaff, Esslingen S. 181).

Oft wurden die Waaren, ehe sie verkauft werden durften, einer Besichtigung unterworfen, ob es rechtschaffene Waare, brauchbares, tüchtiges Kaufmannsgut, ob sie fertig oder unfertig sei. Es war dies das Amt theils besonders aufgestellter Personen, z. B. besonderer Weinbeschauer, oder Marktmeister, theils auch mehrfach der Rathmannen im Allgemeinen oder der „geschworenen Meister“, der Zunftmeister. — Nordhausen, Statut 1350 § 84 b (Förstemann III. 3. 63) „Welch burger wyn mete edir vremde bir wil uf tun der sal sin vaz zcu vore er her uf tut besen laze di kemere edir di amen meistere“, cfr. ibidem § 85.

— Ofen Stadtrecht 104. „Der kramer zechmaister mit sambt den anderen, dy darzu von der statwegen erwelt vnd gesetzt sein, sullen mit gantzem vleis pey yrem ayd wartung haben auf dy nachgeschriben ding. Zum ersten, das kein saffran sol unbeschaut weder gekauft noch verkauft werden“ etc. — Memmingen, R.-B. 1396 c. 49 (Freyb. V. 316). — Züricher Richtebrief 1304 V. 71. — Bamberger Stadtrecht § 424. — Prager Rechtsbuch art. 93. Prager Statutarrecht art. 58. 4. — Wiener Goldschmiedeordnung 1366 (bei Michnay und Lichner, Ofner Stadtrecht S. 77 Anm.)

Häufig finden sich derartige Bestimmungen im 16. Jahrhundert wieder: Frankenhausen, Statuten 1534 art. XX. (Michelsen, Rechtsdenkmale aus Thüringen S. 472). — Stadtrecht von Arnstadt 1543 § 66—68 (ibidem S. 56). — Frankenhausen, Statuten 1558 art. 46 (Walch I. 224). — Greussen 1556 (Walch VII. 100). — Geithayn, Statuten 1553 (Walch II. 201). — Salzschieff, Weisthum 1506 (Grimm III. 377, Abs. 3).

Oft wird dann den Händlern je nach der Qualität der besichtigten Waare sofort der Preis festgesetzt, zu dem sie verkaufen dürfen und müssen: Vestenrecht zu Hagen (Grimm III, 36 § 19) „wey hyr win offte fremdt byer inbrenget tho verkopen, dey sall dat vorerst dem richter proven laten und dey richter sall em den wyn off byer setten wat et werth sy.“ — Einsiedeln, Hofrodel (Grimm I. 155 § 16). — Wasserburg (Grimm VI. 407 §§ 7, 12, 28). — Villen (Grimm VI. 711 § 2), — Gera, Statuten 1487 art. 16 (Walch II. 102).

Andere Quellen beugen dem Handel mit gefälschten Waaren durch Aufstellung einer ganz allgemeinen Aufsicht über alle „res venales“ vor: Emser Stadtrecht von 1212 art. 25 (Gaupp II. 222): „Statuimus ut sex ydonei cives juramento confirment, quod disponant de mercatu . . . sicut melius sciverint.“ — Nürnberger Privilegium 1313 art. 6 (Gaupp I. 180). — Strassburger Statut von 1249 art. 18 (Gaupp I. 87). — Stadtrecht v. Augsburg 1156 art. VI. § 1, 2 (Gaupp II. 204).

Dass in einigen Quellen der Bierfälschung durch genaue Brauerordnungen über die Zubereitung desselben entgegen-

getreten wurde, ist schon erwähnt; derartige Bestimmungen finden sich aber auch bei andern Waaren. Rechtsbuch n. Dist. V. 10: „Waz eyn goldsmet adder silberborner ymande bornet von phenningen, adder von silberin gefesse, adder welcherley daz ist, do sal her der marg nicht mehr czusecczen wen eyn lod, by deme eyde, den her geschworn had.“ — Nordhausen, Statut 1350. art. 62 (Förstemann III, 3. 57) „Eyn icklich kannengizer waz der machet uff den kouf, daz sal he zenen machen, also daz he zcu zehen pfunden zenes eyn pfunt blyes setze.“

2. Von der Gesundheitsbeschädigung gehen insbesondere spätere Quellen aus. So beginnt ein Erlass Kaiser Friedrichs III. vom 6. August 1487 (s. Datt, de pace imperii publica III. cap. XIV. § 42. S. 635): „Wir werden geleuplich bericht, wie durch die vnzimlichen gemecht, in die wein getan, menig Mannss vnd Frawen persone in swer Kranckheit, vnd etlich vom leben zum tod kumen, das erpermlich zu hören, vnd ein vnmenschlich ding ist.“ In der Rotenburger Weinordnung Kaiser Friedrichs von 1487 (Koch, Sammlung der Reichsabschiede, Frankfurt 1747. I. S. 282) heisst es, man habe diese Ordnung vorgenommen „nachdem vil schedlicher und geverlicher Gemacht der Wein bissher dermassen fürgenommen, vnd geübt worden sind, dass den Menschen, und zuvorab dem wyptlichen Geschlecht vermelten Win niesend vil vnd merglich Beswården, Kranckheit und Siechtump, Abgangk und Verderbung der Menschen, als das vil treffenlich Doktor der Arzney, und ander der Ding Erfaren sagend, doruss entstanden und erwachsen ist.“ Von diesem Gesichtspunkt gehen auch die verschiedenen Verordnungen Maximilians I. über Weinfälschung aus (cf. R.-A. zu Lindau 1497, § 27, Weinordnung zu Freiburg 1497) und auch Herzog Ulrich von Württemberg untersagt in seinem Fürstenthume jede Weinmischung, weil das Gemächt der Weine so schädlich geschehe, dass die Menschen dadurch mancherlei Gebrechen und sogar tödtliche Krankheiten zu erleiden hätten, wie sich das kürzlich in Ulm gezeigt habe. (Pfaff, Geschichte Esslingens. S. 183.)

Noch dürften eine Reihe Stellen von der Gesundheitsbe-

schädigung ausgehen, wenn sie dieses Moment auch nicht ausdrücklich aussprechen, insbesondere die Bestimmungen über den Verkauf verdorbener Waaren (s. oben IX. Z. 5. S. 37 f.). Dieser Gesichtspunkt spricht sich auch in einer Stelle in S. Brants Narrenschiff aus, woselbst (c. 102, Zarncke S. 446) über die Weinfälschung also geklagt wird: Ich kann den Wust nicht allen nennen, den die Fälscher darein brennen, dass er nur die Farb behalt und lass kein Menschen werden alt.

3. Eine Bestimmung, die in den Quellen des Mittelalters mehrfach wiederkehrt, ist die Verpflichtung des Verkäufers, den Käufer über Qualität seiner Waaren aufzuklären, ein Gesichtspunkt, der als ein Ansatz zu einem gesetzlich aufgestellten Recht auf Wahrheit, als Kehrseite der Verpflichtung zur Wahrheit aufgefasst werden kann, welches Recht später in der Theorie wiederkehrt, und sich zu behaupten versucht, bis es von der neueren Theorie aufgegeben wurde.

Die betreffenden Stellen sind: Prager Statutarrecht c. 58. 1365 (Rössler I. S. 39. i. f.): „Auch haben wir ausgetragen, das die gewantsneyder rechte mase schullen gewen, vnd auch ain gewant pey seym rechten nomen, als es vom recht genannt ist, vorkauffen,“ eine Stelle, die allerdings zunächst nur eine falsche Benennung verbietet. — Dann Frankfurter Stadtrecht 1297. § 14. (Gengler S. 116) „*Item quicunque carnifex vendit scienter rancidas vel putridas carnes, solvet tres libras den. pro emenda, nisi dicat emptori, carnes tales sunt.*“ — Augsburger Stadtrecht 1276. art. 103. „Ez ensol auch kain gast der fleish her in dise stat fueret niemen kain phinnik fleisch gaeben, wan mit wizzen. Tut er ez daruber daz er ez iemen git unde es im niht enseit, der ist dem vogte unde dem clager der bezzerunge schuldic.“ — Ibid. art. 14. § 93: „so er hüte würgen will, die suln halp wolle unde halp har sin, unde sol auch die dafur verkaufen.“ — Regensburger Statuten (Freyb. V. 1.) „Ez sol auch ein ieglich man der die selben Hailprunner und elsazzer schenchet, bei seinem Aid vnd bei seinen trewen sagen, daz ez rechtt Hailprunner vnd Elsazzer sein.“ — So auch in einigen Reichsgesetzen: Kaiser Friedrich III. bestimmt 1475 „dass nye-

mand weder geistlich noch weltlich dehein Wein machen soll, bei aidts Pflicht, anders, dann er gewachsen sy, aussgenommen allain Senffwein, die etlich Jar zu machen zugelassen worden syn, doch also, dass die vnter kein ander Wein vermischt, sondern für sich selbs verkaufft vnd den kauffern gesagt wurde, dass es Senffwein wäre,“ und in der Weinbauordnung von 1487 schreibt er vor, dass die Weinverkäufer den „geswibelten Wein“ „auch also für geswibelt verkauffen, dass den Köffern eröffnen“ sollen.

Auch die zahlreichen Bestimmungen, welche vorschreiben, dass das verdorbene Fleisch an besonderer Stelle ausserhalb der gewöhnlichen Fleischbänke zu verkaufen sei (vergl. oben S. 38), oder wie es in den Geraer Statuten von 1487 (Walch II. 103) heisst, „und ein weis tuch sichtiglich darunter, und soll ein Schlachtmesser darzu stecken“, weisen darauf hin, dass der Verkäufer verpflichtet sei, die besondere Qualität seiner Waare erkennbar zu machen.

Das Ofener Stadtrecht von 1421 c. 83. schreibt eine Verpflichtung zur Wahrheitsangabe nur vor, wenn der Verkäufer gefragt wird. „Es sol der kaufman oder gwant sneider sein gwant pey seinem rechten namen sagen vnd nennen, so er das verkauffen oder versneiden wil, vnd nicht vnder eines anderenn gewantz namen; es wer den, das er vmb den namen des gewantz nicht gefragt wurd.“

Es wird von diesen Bestimmungen im Schlusskapitel nochmals die Rede sein.

Viertes Kapitel.

Die Waarenfälschung nach der Peinlichen Gerichtsordnung und in der folgenden Zeit.

I. Die Peinliche Gerichtsordnung.

Von Reichsgesetzen vor der C. C. C. sind schon erwähnt die Weinbauordnungen Kaiser Friedrichs III. und Maximilians von 1487 und 1497 und deren Bestätigungen durch die R.-A. zu Worms 1495 § 41, zu Augsburg 1500 tit. 34 (s. oben 3. Kap. IX. Z. 2. XI. Z. 2. S. 35. 46).

Die C. C. C. bestimmt in Art. 113: „Item welcher bösslicher vnnd geuerlicher weiss, mass, wag, gewicht, specerey oder ander kauffmanschaft felscht, vnd die für gerecht gebraucht vnd aussgibt, der soll zu peinlicher straff angenommen, jm das land verboten, oder an seinem leib als mit ruten ausschawen oder dergleichen, nach gelegenheyt vnd gestalt der überfarung, gestrafft werden, vnnd es möcht solcher falsch als oft grösslich vnd bosshafftig geschehen, dass der thätter zum todt gestrafft werden soll. . . .“

Köstlin (l. c. S. 137) sagt nun, die C. C. C. ziehe mithin durch diesen Artikel alle Art von Waarenveränderung zur Fälschung, was weder dem römischen Rechte noch der grossen Mehrzahl der deutschen Rechte des Mittelalters entspreche. Der Sache nach sei Waarenveränderung, worunter die *publica fides*

nicht leide, nur Betrug, was denn auch die P. G.-O. durch die angedrohte Strafe (zu Haut und Haar) indirekt anerkenne.

Im Vorhergehenden wurde ausgeführt, wie die Quellen des Mittelalters von der Art und Weise der Begehung sämtlicher Fälschungsdelikte ausgehend, von dem auf alle die verschiedenen Fälschungen anwendbaren und von der deutschen Sprache angewandten Worte Fälschen geleitet, ein gemeinsames Delikt des Falschs aufstellten, das sie aber doch der grösseren und geringeren Strafbarkeit der darunter fallenden Fälle gemäss mit verschiedenen Strafen bedrohten; es wurde angeführt, wie es gerade meist nur die angedrohte Strafe ist, die innerhalb des Falschs verschiedene Auffassungen erkennen lässt; dass Ausdrücke, die auf eine bestimmte systematische Stellung hinweisen würden, welche die Münzfälschung unter dem Gesichtspunkt der *publica fides* und im Gegensatz dazu die Waarenfälschung als Betrug erscheinen liessen, ziemlich selten sind. Sind diese Ausführungen richtig, so lässt sich Köstlin nicht beipflichten. Die C. C. C. behandelt in aufeinanderfolgenden Artikeln: art. 111: Straff der müntzfelscher vnd auch dero so on habend freiheynt müntzen. art. 112. Straff der jhenen so falsch siegel, brieff, vrbar, renth oder zinsbücher, oder register machen. art. 113. Straff der fälscher mit mass, wag vnd kauffmannschafft. Die Fälschung der Kaufmannschaft, die Waarenfälschung, behandelt sie so sehr als Fälschungsdelikt, dass sie von einer Benachtheiligung eines Andern gänzlich absieht. Sie zieht die Waarenfälschung zur Fälschung nicht im Gegensatz zu den Quellen des Mittelalters, sondern gleichermassen, wie diese, und sie zieht sie zur Fälschung nicht als zu dem Delikt begangen an der *publica fides*, wie es Köstlin anzunehmen scheint; vielmehr behandelt sie die Waarenfälschung wie die meisten der mittelalterlichen Quellen als einen Theil des Gesamtdelikts, das durch Fälschen begangen wird und daher in den Quellen des Mittelalters der „Falsch“ heisst; ja so wenig erscheint ihr die Fälschung im Allgemeinen ausschliesslich als ein Delikt *contra publicam fidem*, dass sie sogar bei der Münzfälschung auf vermögensrechtliches Interesse Bezug nimmt, davon redet, dass das Fälschen begangen werde, dadurch

dass betrüglicher Weise eines andern Zeichen darauf geschlagen werde, dass sie zum Thatbestand der Münzfälschung verlangt, dass die gefälschte Münze „widerumb geuerlich vnd bosshafftiglich dem nechsten zu nachtheyl“ wissentlich ausgegeben werde. Auch die Urkundenfälschung wird an Leib oder Leben gestraft, je nachdem die Fälschung „vil oder wenig bosshafftig vnd schedlich geschicht“.

Gerade aber wie die Quellen des Mittelalters erkennt auch die C. C. C. eine verschiedene Strafwürdigkeit der verschiedenen Delikte an, und bestimmt desshalb für die Münzfälschung Strafe mit dem Feuer vom Leben zum Tod, für Urkundenfälschung Strafe an Leib oder Leben, setzt für den Fälscher der Kaufmannschaft fest, „der soll zu peinlicher straff angenommen, jm das land verbotten, oder an seinem leib als mit ruten ausschawen oder dergleichen, nach gelegenheyт vnd gestalt der überfarung gestrafft werden“, ohne dass man desshalb sagen könnte, sie bringe hiemit indirekt zum Ausdruck, dass die Münzfälschung gegen die *publica fides* verstosse, dass die Waarenfälschung ein Vermögensdelikt sei, dies um so weniger als einmal bei der Münzfälschung der Gesichtspunkt der Benachtheiligung des Nächsten herangezogen wird, und als sie ferner auch bei der Waarenfälschung, wenn „solcher falsch oft grösslich vnd boss-hafftig geschehe“ Todesstrafe androht, und als auch bei Münzdelikten sich eine geringere Strafe findet, indem derjenige, welcher der Münze ihre rechte Schwere gefährlicher Weise nimmt, „gefengklich eingelegt vnd nach radt an leib oder gut, nach gestalt der sachen“ gestraft wird.

Die C. C. C. schliesst sich somit in der Lehre von der Fälschung durchaus dem einheimischen Recht an (so Hälschner, System II. S. 342). Nur insofern könnte man einen Gegensatz finden, als in der C. C. C. allgemein „Spezerey oder andere Kaufmannschaft“ als Gegenstand der Waarenfälschung bezeichnet wird, während die mittelalterlichen Quellen meist bestimmte einzelne Gegenstände nennen; doch ist auch diese allgemeine Bezeichnung nicht neu, da auch die mittelalterlichen Quellen vereinzelt „jegliches Ding“, „Kaufmannswaare“, „Krämerei und was zur Krämerei

gehört“ als Gegenstand der Waarenfälschung nennen (s. oben 3. Kap. I und IX. Ziff. 1. S. 11 und 33).

II. Reichsabschiede, Reichspolizeiordnungen etc.

1. Auch die Reichsabschiede und Reichspolizeiordnungen unterscheiden nicht zwischen einem gegen die *publica fides* gerichteten Delikt der Fälschung, begangen an Münzen, Urkunden, andererseits einer Fälschung an Waaren im Sinne eines damit begangenen Betrugs. Schon die äussere Bezeichnung des Delikts weist öfters auf den Mangel einer genauen Trennung und Unterscheidung zwischen Betrug und Fälschung hin. Die Waarenfälschung wird mehrmals durch Verbindung beider Worte als „Falsch und Betrug“ bezeichnet; so heisst es im Reichsabschied von 1594 § 128: „Beneben diesem ist auch noch weiteres fürkommen, dass allerhand Falsch und Betrug in den Seyden-Farben durch vortheilhafftige Färber und Kauffleut in vielen Orten im Reich, da solche Handlung ist, geübt wird“ u. s. w. (cf. Sammlung der Reichsabschiede von Koch, Frankfurt 1747); ebenso R.-A. 1603 § 64. — Der R.-A. von Augsburg 1551 § 85 unterscheidet zwischen der Sache, die gefälscht und dem Käufer, der betrogen wird. „Als Uns auch glaublich angelangt, dass sich des Marckgin und Arragonischen Saffrans halben, beschwerliche Mängel, Gefahr und Vorthail erregen, also, dass der Marckgin Saffran durch Befeuchtung in den Misten unreiner als vor Alters aus Frankreich, desgleichen der Arragonisch Saffran, welcher sonst viel besser seyn soll, als die andern, aus Arragonien weit geschmirter und feister, als hiebevör beschehen, gebracht, das Gut damit gefälscht und der Kauffer gefährdet wird, auch weder recht noch billich, dass einer Oly, Schmaltz, oder andere Unsauberkeit für Saffran bezahlen soll. Dieweil dann solches ein öffentlicher nachtheiliger Betrug, und zu besorgen, diese Gefahr und nachtheilige Beschwerung werde je länger je mehr einreissen und grösser werden; So setzen, statuiren und gebieten Wir“ etc.

Die R.-P.-O. von Augsburg 1548 tit. 16 und Frankfurt 1577

tit. 16 bestraft im Titel „von Verfälschung der Wein“ das Fälschen, das Schmieren; behandelt also die Weinfälschung mit dem Thatbestand eines Fälschungsdelikts und doch nennt sie andererseits dann selbst dieses Delikt einen schädlichen Betrug. „Wo auch hinfüro einiger Kauffmann, Schiff oder Fuhrmann oder jemand anders, wie der Namen haben möcht, den Wein mit Kalck oder dergleichen schädlichen Zusatz, oder Einschläg bereiten, schmieren oder fälschen würde, der soll gleicher Weiss nach Gestalt seiner Ueberfahung nicht allein mit Verwirkung und Confiscirung des Weins, sondern auch an seiner Ehren, Leib oder Gut härtiglich gestrafft werden, und einer jeden Obrigkeit hiemit ernstlich aufgelegt sein, solchen schädlichen Betrug zu fürkommen, und die Ueberfahrer ernstlich zu straffen.“ Ebenso Reichsschluss von 1670 (Koch IV p. 77). — Ebenso verbietet die R.-P.-O. von 1577 von Frankfurt tit. 24 § 1 schon das Feilhalten und Verkaufen gefärbten Ingwers, jedoch unter ausdrücklicher Anführung, dass mit dem gefälschten Ingwer Betrug gemeinem Nutzen zum Nachtheil begangen werde. „Es ist weiter an uns viel Klagens gelangt, dass mit dem Ingwer, Pfeffer, Safferig, und anderm Gewürtz, allerley Vorthails und Betrugs, gemeinem Nutz zu Nachtheil gebraucht: So wollen wir, dass hinfüro kein gefärbter, sondern allein weisser, ungefärbter Ingwer im Reich feyl gehabt oder verkaufft, noch auch dem Zucker, Pfeffer, Safferig, oder anderer Gewürtz oder Specereyen andere Materien eingemischt werden sollen, und das bey Peen derselben Verwirckung und Confiscation, wie wir dann desshalben im H. Reich Teutscher Nation sondere Kayserl. Mandata und Gebotts-Brieff ausgehen und verkünden lassen wollen.“ Dieselbe Bestimmung R.P.O. zu Augsburg 1530 tit. 29 und 1548 tit. 23.

In der R.-P.-O. von 1548 tit. 35 und ebenso R.-P.-O. 1577 tit. 36 findet sich ein Verbot der Verfertigung von Gold- und Silberwaaren mit zu geringem Gold- resp. Silbergehalt. Nachdem hier vorgeschrieben ist, dass jede Goldschmiedarbeit 14 Loth feines Silber halten und vor der Ablieferung der obrigkeitlichen Probe unterworfen werden müsse, heisst es: „Wo aber er die Lieferung auf die Schau nicht thun, oder das verarbeitet Silber

Eingeworben

nicht vierzehn Loth feines Silber zu halten befunden, als dann soll der Goldschmied, von der Oberkeit, nach Gestalt des Werckes und Betrugs gestrafft werden.“ Auch hier also ist die Strafe unabhängig von einem gegen eine bestimmte Person begangenen Betruge und doch wird das Delikt Betrug genannt.

Die Bezeichnung der Waarenfälschung als Betrug ist in den R.-P.-O. eine weit häufigere, als in den partikularrechtlichen Quellen, ohne dass jedoch diese Auffassung der Waarenfälschung derart zum Durchbruch gekommen wäre, dass auch in den Thatbestand das Erforderniss einer erfolgten Vermögensbeschädigung aufgenommen worden wäre. Die häufige Vermögensbeschädigung, der häufige Betrug scheint aber der Grund der Kriminalisirung der Waarenfälschung zu sein; daher die beinahe regelmässige Bezeichnung als Betrug und die Anführung des geübten Betrugs in der jedesmaligen Einleitung, den jedesmaligen Motiven.

Ausser der C. C. C. behandeln die Reichsgesetze die Waarenfälschung nicht allgemein als an jeglicher Waare möglich; sie greifen vielmehr einzelne Gegenstände heraus, welche besonders häufig gefälscht wurden, und bezüglich deren desshalb genauere Bestimmungen, genauere Kontrolle angebracht erschien, so insbesondere bezüglich des Weins, dann bezüglich der Farben, Saffran, Pfeffer, Ingwer, Zucker, aber auch bezüglich der Specereyen im Allgemeinen (s. R.-P.-O. 1577 tit. 24). Dass nur bezüglich dieser Waaren Bestimmungen getroffen wurden, erklärt sich theils aus der Häufigkeit der bei ihnen vorgekommenen Gefährlichkeiten und Betrügereien, theils dadurch, dass für die gesammte „Kaufmannschaft“ allgemeine Bestimmungen in der C. C. C. enthalten waren, theils auch dadurch, dass über eine Reihe mit Waaren, insbesondere auch mit Lebensmitteln handelnder Verkäufer, die durch das Zunftwesen gebotene Aufsicht gehandhabt wurde.

Die Strafen, welche die Reichsgesetze androhen, sind wie in den partikularen Quellen, Strafe an Ehre, Leib und Gut, Verlust der Zunftrechte, insbesondere aber die Konfiskation, wie auch überhaupt von den R.-A. und R.-P.-O. zu sagen ist, dass

sie sich, wie die C. C. C., im Allgemeinen auf demselben Boden mit den partikularrechtlichen Quellen bewegen.

2. Auch in den übrigen Quellen dieser Zeit findet sich keine genaue Scheidung zwischen Betrug und Fälschung und darum auch keine Stellungnahme bezüglich der Waarenfälschung nach der einen oder andern Seite. — Wie in einigen der citirten Reichspolizeiordnungen findet sich auch hier schon in der äusseren Bezeichnung des Delikts eine Zusammenstellung von „Falsch und Betrug“ in einer und derselben Stelle.

Seit Eingreifen der Reichspolizeiordnungen und Reichsabschiede sind übrigens in den partikulären Quellen weit weniger Bestimmungen über Waarenfälschung zu finden. Ausführlich handelt allein davon die Tyroler Landesordnung von 1532 und ihre Wiederholungen von 1538 und 1574. Sie setzt als Thatbestand das Verkaufen für gute Waare fest, ohne dass von einer bestimmten Vermögensbeschädigung die Rede wäre, andererseits soll doch die Strafe nach dem angerichteten Schaden abgestuft werden, und wird davon geredet, dass der gemeine Mann durch die verlegene Spezerei betrogen werde. Sie setzt Strafe gleich wie ein Falsch fest, und nennt das Delikt Betrug und Falsch. Sie bestimmt (VI. 12): „Nach dem auf die Märckt vnd zu andern Zeyten des Jars durch Kaufleut, Spetzger, Sophoyer, vnd annder Landtfarer vil verlegner Spetzerey in diss Land allenthalben geführt vnd der gemain Mann betrogen wirdt, Nämlich das die Kaufleut die Wurmblöcher der verlegnen Innngwer mit Ziegelmel verstreichen, Ferben, Und sunst die gemain Spetzerey in vil Weg Mischen, Fälschen, vnd betrüglich Zusatz gebrauchen, Vnd söliche Verlegne gemischte, gefälschte vnd böse Waar für gut vnd in hohem Gellt verkauffen, Dem nach Ordnen wir, das zu Abstellung sölichs Betrugs vnd Falschs in allen Obrigkaiten, Stetten vnd Gerichten geschickt verstenndig vnd Erber Mann verordent Auch der obgemelt Betrug erkündiget, der Obrigkait angezeigt, abgestellt, Vnd durch die Obrigkait wie im Achtenden Buch im Dreissigsten Titel geordent ist, Gleich wie ain Falsch gestrafft werden.“ [Dieselbe Zusammenstellung von Falsch und Betrug findet sich auch im B. VI. tit. 11 bezüglich

Mass und Gewicht und tit. 23 bezüglich Waaren, insbes. Wein, Getreide, Schmaltz, Fleisch etc. Der tit. 14 hat Bestimmungen über Goldschmiede und Zinngiesser. „Hungerisch Gold“ soll auch nur für „Hungerisch“ hergegeben werden, „Venedigisch“ nur für „Venedigisch“. Dabei werden geschworene Probirer verordnet, welche an Gold, Silber und Zinnwaaren der Stadt Zeichen zu schlagen haben „Darmit menniglich wisse, was er kaufft vnd jm gemacht vnd gearbeit, vnd niemand darinn betrogen werde, Bey Peen des Falschs“ etc. Der gen. Titel 30 des achten Buchs, der die Strafe des Falschs enthält, behandelt ausser Anführung der Strafe ebenfalls die Waarenfälschung. „Der Laicherey halben Nach dem die in Keuffen, Verkeuffen, Wechsslen, Tauschen, durch Vermischung vnd Fälschung der Waaren, Auch Vermischung der Wein, Und da ain Wein für den anndern gegeben wirdet, Auch durch falsche Spil vnnd in vil annder weg beschehen Soll in Erkanntnuss des Richters vnd der Rechtsprecher steen nach gelegenhait aines yeden Laicherey Vnnd wie Er Schaden gethon hat, Ob dieselb Person den Tod, oder annder Straff am Leib oder Gut verschuldt hab.“ Das Gebrauchmachen von falschem Gewicht oder Mass, wie die Fälschung der Goldwaaren, soll nach eben diesem Titel (VIII. 30) jedenfalls am Leben gestraft werden. Ebenso bestimmt tit. VIII. 19: „Kirchenprüchel (Kirchenbrecher), Prenner, Sodomiter, die mit dem Vieh wider die Natur sünden, Fälscher der Münztz, Silber vnd Golds, Deren yeder soll mit dem Pranndt gericht vnd zu Puluer verbrennt werden.“ Auch für Urkundenfälschung ist Todesstrafe durchs Feuer oder nach Umständen mit dem Schwert angedroht (tit. VIII. 22).

Die Tyroler Landesordnung kennt somit weder inhaltlich, noch auch nach der angedrohten Strafe eine scharfe Unterscheidung zwischen Betrug und Fälschung (anderer Ansicht Köstlin, Abhandlungen S. 135).

Fünftes Kapitel.

Die Waarenfälschung nach der württembergischen Partikulargesetzgebung im 17. und 18. Jahrhundert.

I. Präventivmassregeln.

Wie schon die Quellen des Mittelalters, so suchen auch die württembergischen Generalreskripte der Waarenfälschung vorzubeugen durch zahlreiche Präventivmassregeln. Der gesammte Waarenhandel wird einer weitgehenden Aufsicht unterworfen.

1. Häufig durften die Waaren überhaupt nicht verkauft werden, wenn sie nicht den „geschworenen Meistern“ vorgelegt, von diesen „für Kaufmannsgut gefunden“, „nicht für falsch und betrüglich befunden“, gutgeheissen und geschätzt waren. So bestimmt die Bierbrauerordnung vom 15. Juli 1618 § 12 (Reyscher 12, S. 696): „alles Bier, sie (die Bierbrauer) geben es hinaus oder in die Stadt, solle zuvor die Schau und Schazung bestanden haben, alsdann mag solches in gesagtem Werth in die Stadt sowohl, als aufs Land gegeben werden.“ Dann nach § 17 „solle denen verordneten Bierschauern an Aides statt eingebunden seyn, dass sie nach ihrem Verstand, das Bier niemanden zu Lieb oder Laid schätzen“ etc. Cfr. auch I. Bierordnung 1644 § 9 (Reyscher 17, I, 172). II. Bierordnung 1675 § 9 (Reyscher 13, 532). III. Bierordnung 1709 § 13 (Reyscher 17, I, 344).

Nach der VII. Landesordnung von 1621, tit. 63, Abs. 2 (R. 12, 807) ist den Amtleuten, Bürgermeistern und Gerichten

befohlen, dass sie „gute Schaw und Besichtigung, nicht allein dess Imbers, sondern aller andern Specereyen vnd Gewürtz . . anstellen, vnd so die nicht just oder vngerecht erfunden, dass sie den oder dieselben, nach gestalt der Sachen, mit hinnemung jhrer Wahr, oder in ander weg, nach jhrem verschulden, straffen,“ u. s. w. Das Gen.-Reskr. den Handel mit Gewürz betr. vom 14. Oktober 1701 (R. 13, 753) und vom 11. Juni 1737 (R. 14, 201) hat ähnliche Bestimmungen und verordnet, dass die Kramladen behufs der Gewürzschau „unversehens zu visitiren“ seien. Derartige Bestimmungen finden sich dann noch bezüglich der Bäcker (Brodtschawerordnung v. 14. Juli 1627 R. 12, 977), bezüglich der Goldarbeiten in der Goldschmiedordnung vom 29. Mai 1657 „der Büchsen und Geschau-Meister Ayd und Ordnung“ § 8 (die Geschaumeister so aller Orten geordnet werden, sollen in einem Viertel-Jahr, drey, vier, oder mehrmal, so oft es sie Noth seyn, geduncken wird, doch auf einen ohngewissen Tag ohngemehrt, ohnwissend, ohnvermerckt und ohnversehens aller Goldschmid und männiglichs, in ein oder für aller Goldschmid-Läden und Werckstätt gehen, u. s. w.), bezüglich der Zinngiesser in der VII. L.-O. tit. 54, „Kantengiesserordnung“ § 13 ff. § 24 (R. 12, 793) und II. Zinngiesserordnung vom 28. März 1713 § 5 u. 9 (R. 13, 931), bezüglich der Weber in der II. Weberordnung v. 10. Dez. 1720, cap. „Vom Amt der Schaumeister“ (R. 13, 1212), bezüglich der Tuchmacher, in der Tuchmacherordnung v. 8. Mai 1724 § 22 u. 28 (R. 13, 1265).

2. Da die Weinproduzenten kein für sich geschlossenes Gewerbe bildeten, waren derartige Schaumeister, die sonst aus der Mitte der Zunftgenossen genommen zu werden pflegten, hier nicht möglich; es wurde vielmehr durch Gen.-Reskr. vom 26. April 1706 (R. 6, 222) bestimmt, dass zur Entdeckung von Weinverfälschungen von Zeit zu Zeit und besonders bei erscheinendem Verdacht von Amtswegen durch unparteiische und gewissenhafte Personen von den zum Verkauf bestimmten Weinen Muster gefordert, und wenn ein Argwohn vorhanden, oder ein Käufer es verlangen würde, dieselben durch den Stadt- oder Amtsphysikus im Beisein unverdächtiger Urkundspersonen mit ein

oder dem andern auf deren genugsame Prüfung gnädigst authorisirten Mittel, auf die Probe gesetzt werden solle. Carl Alexander setzt nach einem Gen.-Reskr. vom 5. Oktober 1736 (R. 14, 186) „um das in dem Land fast gäntzlich ruinirte Wein-Commercium wiederum in Aufnahme und guten Stand zu bringen,“ eine besondere in dem gen. Reskript namentlich aufgeführte Wein-Deputation ein und befiehlt, dass „Alles dasjenige, so das durch eingerissene Unordnung verderbte Wein-Commercium verursacht, durch diese mit aller Mühe und äusserster Sorgfalt abgeändert in einen bessern und guten Stand gebracht, und wiederum hergestellt werden möge; allermassen Wir sie Auch hierzu dergestalten authorisiren, dass was dieselbe in causa anordnen und zum besten einrichten wird, von niemand gehindert, vielmehr aber von männiglich befördert werden solle“; und durch ein Gen.-Reskr. vom 23. Sept. 1751 § 16 (R. 17, I, 579) wird dann allen Beamten „eine genaue Absicht auf alle vorgehende Verfälschung und unerlaubte Künsteleyen mit dem Wein, nach denn schon vielmal ergangenen Verordnungen, auf das ernstlichste hiermit eingeschärfft“.

3. Eine oft wiederkehrende Klage in den Generalreskripten ist, dass der Wein so häufig mit Obstmost vermischt werde, und als reiner Wein ausgegeben werde, „wardurch aber nicht allein der frembde, sondern auch der Arme Landtmann schändlich hinderführt, Ingleichem die Arme, wohl auch Kranckhe Kindtbetterin Vnd Saugende Weiber zu höchstem Ihrem Unstatten Vnd Verderben keinen gerechten Trunckh Wein bekommen können, Ja gar wohl in schwehre Krankheiten darüber leichtlich gerathen Kan“. (So die Gen.-Ver.-O. v. 18. Sept. 1650 R. 13, 83.) Um dem entgegenzutreten, wurde nun durch gen. Generalverordnung das Obstmosten ganz verboten bis auf höchstens 3 Imi zum Hausbrauch und zum Gesälz machen. Diese Bestimmung wurde aber mehrfach geändert. Reyscher gibt an (13, 83 n. 87), dass die Obstmostbereitung den 17. August 1653 bis auf 6—8 Imi zum Hausbrauch gestattet, dagegen durch die G.-R. v. 12. August 1662 und 10. September 1664 ganz verboten, den 18. August 1665 wieder bis auf 4—5 Imi zu Gesälz erlaubt, und diese letztere

Bestimmung den 8. September 1670 bestätigt wurde. Den 28. Juli 1671 wurde das Bereiten von Obstmost (ausgen. zum Hausgebrauch, bei reichem Obstsegen und an Orten, wo kein oder wenig Wein wächst) bei 5 kr. Strafe per Imi, das Vermischen desselben mit Wein bei schwerer Ahndung verboten. Den 12. August 1672 wurde gestattet, dass Geistliche, welche Obstzehenten und keine Weinbesoldungen haben, 6 Imi Obstmost zu Gesälz und 2 Eimer zu Getränk, gemeine Bürger und Bauern, welche eigenes Obst haben, 6 Imi zu Gesälz und 1 Eimer zu Getränk, Wirthe an Orten, wo Wein wächst, bloss 8 Imi zu Gesälz bereiten dürfen. Den 10. Juli 1678 wurde die Obstmostbereitung wieder auf 4—8 Imi zum Hausgebrauch beschränkt, den 27. Juli 1697 jedoch wieder gestattet, 2 Eimer zu Getränk zu bereiten, aber unter fortdauerndem Verbot des Ausschanks und der Vermischung mit Wein, welches Verbot den 18. Oktober 1725 wiederholt wurde. Den 25. Oktober 1735 wurde auch der Verkauf von Obstmost gestattet, die Vermischung mit Wein blieb aber noch verboten (s. zum Vorhergehenden Reyscher 13, 83 n. 87). Durch Gen.-Reskr. vom 26. Oktober 1747 (R. 14, 328) wurde auch die Vermischung von Obstmost mit Wein gestattet, jedoch nur zum Hausbrauch. Durch Gen.-Reskr. v. 23. Sept. 1751 (R. 17, I. 578) wird dann verordnet, dass „all diejenige, so Obst-Most machen und einkeltern, alljährlich auf Martini bei Straff der Confiscation des verschweigenden, dem Stabsbeamten jeden Orts eine specifique Anzeige thun sollen, wie viel sie selbigen Jahrs Obst-Most erzeugt und eingelegt, . . . damit bey sich ereignendem Verdacht alsdann jedesmal ihnen nachgerechnet werden kan, wo sie mit solchem hingekommen, oder ob eine verbottene Vermischung mit dem Wein und dessen Verschluss vorgegangen.“ Durch Gen.-Reskr. vom 24. September 1768 (R. 14, 883) und 18. Oktober 1774 wird wiederholt verboten, „einen zum Commercio destinirten Wein mit Obstmost zu vermischen“ „bey Straffe der ohnausbleiblichen Confiscation“ und durch Gen.-Reskr. vom 30. Juli 1776 (R. 14, 920) wurden des Ferneren „um das ohnehin zum grösten Nachtheil des ganzen Landes darnieder-

liegende Wein-Commercium von seinem weiteren und gänzlichen Zerfall zu retten“ zur Verhütung der Vermischung des Weins mit Obstmost „ehrliche und tüchtige Männer“ als besondere Kellervisitatoren aufgestellt, welche jährlich regelmässig zweimal und ausserdem „so oft sie es nöthig erachten, besonders wann zwischen der Zeit verdächtige Data sich äussern, ohne Wiederrede oder Hinderniss des Eigenthümers zu visitiren“ haben. Die Verpflichtung zur Anzeige „einer vorhabenden Mosteinlage“ für jedermann wird im selben Reskript wiederholt und „in Absicht auf diejenige, bei welchen die heilsamste Geseze nur in so fern einen Eindruck machen, als sie im Uebertretungs-Fall vor empfindlichen Strafen sich fürchten müssen“, wird denjenigen, die diese Anzeige unterlassen, Konfiskation des Getränks angedroht. Gleichzeitiger Ausschank von Wein und Obstmost durch ein und denselben Wirth bleibt verboten. Wein mit Most zu mischen blieb nur zum Haustrunk, nicht zum Ausschank gestattet, und auch dann musste diese Mischung urkundlich vorgenommen werden. Da nun aber mehrere Städte zu geringen Weinwachs hatten, so wurde diesen gestattet, den Wein mit Most zu mischen, und diesen Mischling auszuzapfen, oder auf die Achse zu verkaufen. Es waren dies Urach, Pfullingen, Tübingen, Bebenhausen, Neidlingen, Kirchheim, Köngen, Denkendorf, Nürtingen, Neuffen und Herrenberg.

4. Häufig wurde den Gewerbetreibenden eine Verpflichtung, sich der Fälschungen zu enthalten, auch dadurch auferlegt, dass sie vor Uebernahme ihres Berufs schwören mussten, die für ihr Gewerbe gesetzte Ordnung „getreulich und ohne alle Gefährde“ halten, also, soweit eine Fälschung darin verboten war, sich dieser enthalten zu wollen; so u. a. Goldschmiedordnung 1657 cap. „Anfänglichen u. vors Erste“ § 1 u. 2, dann Gen.-Reskr. 14. Okt. 1701 § 3 bezüglich der Gewürzkrämer (R. 13, 304 u. 754); bez. der Küfer im Gen.-Reskr. v. 10. März 1696 (R. 6, 197 gegen die Mitte) u. 26. April 1706 (R. 6, 222) u. 30. Juli 1776 (R. 14, 922, 923); bezüglich der Braumeister und ihrer Knechte in der III. Bierordnung vom 30. August 1709 § 21 (R. 17, I. 347).

5. Andere Vorschriften bestimmen über die Art der Zubereitung, setzen die Mischung fest, in welcher die betreffende Waare zu verfertigen ist; so die Goldschmiedordnung von 1657; bezüglich der Zinngiesser die VII. Landesordnung tit. 54 und die II. Zinngiesserordnung von 1713 (R. 12, 792; 13, 928), bezüglich des Biers, I. Bierordnung 1644 §. 3 u. 5. II. Bierordnung 1675 § 2 u. 4 (R. 17, 173; 13, 531). (Derohalben süll zu dem brauen neben Hopfen und Wasser, anderst nichts als Gersten, Waizen, oder in Mangel dieser Früchten, und im höchsten Nothfall auch Dinckel zur Malzung gebraucht, und darvon gueth gerechter Trank und Bier gesotten. Innsonderheit aber sollen sie sich aller andern den Menschen schädlichen Kräutern und verbottenen Stuck gänzlich enthalten, hingegen ihnen Wachholder Beer, Kümmel, Salz, jedes ohne Uebermaass zu gebrauchen zugelassen seyn.) Ebenso III. Bierordnung vom 30. August 1709 § 2 u. 4 (R. 17. I, 344); dann die Tuchmacherordnung vom 8. Mai 1724 § 46 (R. 13, 1268) (weder Wolle noch Tuch soll mit der Teuffels-Farb, Camin-Russ, Eichen und Erlin Rinden, Schliff oder andern fressigen Materien gefärbt werden, sondern allein aus Galles).

II. Strafbestimmungen.

Die württembergischen Generalreskripte des 17. und 18. Jahrhunderts enthalten eine grosse Anzahl strafrechtlicher Bestimmungen über Waarenfälschung, zwar nicht gegen diese als solche, sondern gegen einzelne Fälschungen, vorzugsweise des Weins, Biers, der Goldarbeiten. Zumeist sind es Gelegenheitsgesetze, erlassen, je nachdem sich gerade ein Bedürfniss zeigte, den in der Zubereitung dieser Waaren aufgetretenen Missbräuchen zu steuern. Häufig wird in der Einleitung der betreffenden Verordnung geradezu ein eklatanter Fall der Fälschung, eine durch den Genuss schlechter Nahrungsmittel hervorgerufene Erkrankung, ein Todesfall als Grund der Verordnung angeführt.

1. Der Weinfälschung wird besonders häufig Erwäh-

nung gethan. Wie es scheint, lag hiezu auch aller Anlass vor. Wie Peter Frank in seiner „medizinischen Polizey“ (Bd. VIII. S. 175) und Immanuel Weber (*de crimine adulteratorum vinorum* p. 14) erzählt, war in den Jahren 1664, 1695, 1696 in einer Anzahl württembergischer Städte und Ortschaften eine allgemeine Krankheit ausgebrochen, die mit grausamen Koliken, Beängstigungen, Erstickungen, Herzklopfen, Zittern und Schwäche der Glieder, Lähmung der Glieder und Abzehrung verknüpft war. Mit der Krankheit seien diejenigen befallen worden, berichten Frank und Weber, die häufig Rhein-, Mosel- und Neckarwein getrunken hätten. Die Krankheit habe man daher Weinkrankheit genannt, und der Grund der Krankheit sei bald in der mit Silberglätte vorgenommenen Verfälschung gedachter Weine gefunden worden.

Gegen die Weinfälschung wurde nun in demselben Jahre, 1696, den 10. März, ein Generalreskript erlassen (R. 6, 195). Dieses führt in seinem Anfang aus, es sei „vor wenig Monathen ein Geschrey erschollen, ob solte an einigen Orten des Löbl. Schwäbischen Crayss an und über der Donau, allwo man sich insgemein des Neckerweins biss anhero mit gutem Vergnügen bedient, sich so viel ergeben haben, dass derselbe, mit dem Lythargirio, teutsch Silber-Klett, oder einer andern gefährlichen Materi tingirt und dadurch verursacht worden, dass manche ehrliche Leute, auch wohl von Condition, die sich der an sie gewohnter Wein-Händler oder Fuhrleuth bedienen, gefährlich erkranket, und durch solchen Ruf eine allgemeine diffidenz mit nicht geringem Schaden des Wein-Commercii in den Neckar-Wein gesetzt werden wollen“. Es heisst dann im Verlauf des Reskripts: „Desswegen dann Unser gnädigster zumahlen aber ernstlicher Befehl hiemit an Euch ergethet, Ihr wollet in dem Euch Gnädigst anvertrauten Stadt und Amt mit allem Nachdruck verbieten, dass niemand, was Stands und Würden der auch seyn würde, mit dergleichen gefährlichen Tincturen und andern solchen Compositionen den von GOTT ihm durch eigen Gewächs beschehrten, oder sonsten erkaufft und eingelegten Wein, tingiren, oder unter dem Praetext denselben auffzurichten,

die Säure zu vertreiben, oder selben dem Käuffer desto annehmlicher zu machen, verfälschen, sondern den Wein, wie ihne Gott wachsen lassen, in seinem Wesen lassen solle. . . . Allermassen dann diejenige, so wider diss Unser auslassendes Verbott sich mit denen Wein-Künsten attrapiren lassen werden, dergestalten ernstlich angesehen, dass forderist der falsificirte Wein als gleich in den Boden gelassen, und der Verfälscher um Ein-, Zwey und mehr Hundert Reichsthaler, auch sonsten pro re nata an Ehr, Leib und Leben ohnnachlässig und andern zu einem detestablen Exempel abgestrafft werden solle, bei welchem allem Ihr auch dahin mit allem Fleiss und bey zugewarten habender hohen Straff zu sehen habt, dass von niemand, was Condition und Würde er seye, so quocunquo modo mit Wein handelte, . . . einiger Wein ex loco abgefolgt werden möge, es sey dann dem Käuffer oder Fuhrmann ein sicheres Urkund, und Attestatum unter Eurem gemeinem Signet, welches gratis und nicht nach Favor, sondern nach der lautern Wahrheit zu geben, ertheilet worden, damit, wann etwas von dergleichen Falsificationen sich ergeben sollte, man auf einen Grund, wer der Verfälscher seye, kommen, und sich an denselben erholen oder ihne mit obengesetzter Straff ansehen könne.“

Es scheint dies Reskript nicht die erhoffte Wirkung gehabt zu haben. Schon den 26. April 1706 (R. 6, 220) erlässt Eberhard Ludwig ein erneutes Generalreskript wider die Weinfälschung, da „dergleichen schädliche Fakturen ein und anderer Orten zum höchsten Nachtheil der Menschlichen Gesundheit, und Betrug des Neben-Menschen sich wieder einschleichen wollen, und man neben der Silber-Glett auch der Pottaschen, Salis Tartari, calcinirten Weinstein, Basilien-Kraut, weiss u. schwarzer Holder-Blüth, gemeiner Garten- u. Heyden-Rösslein, Muscateller u. Scharlach-Kraut und Blumen, neben andern mehr sich bedient, und auch, um die Wein desto lieblicher zu machen, und ihnen eine Farb zu geben, Zucker, Cibeben, Gewürtz, schwarze Kirschen, Beinholtz-Beer“ etc. Genanntes Reskript Eberhard Ludwigs vom Jahr 1706 fährt dann fort: „Wann Wir nun diesem höchst-schädlichen Unwesen zu steuern, zuvorderist denjenigen

Kiefer, auss der benachbarten Stadt Esslingen, Hanns Jacob Ehrni, der bey angestellter Inquisition vor einen Haupt-Urheber solch straffbahrer Künsten, und der recht damit herumbgezogen, und solche umbs Geld anerbotten und practicirt zu haben befunden worden, auff betretten Handfest machen und Ihn zu wohlverdienter Straff, andern aber zum Exempel mit dem Schwerdt hinrichten, und dessen Weib, so Ihme in allem geholffen, und von seinen schlimmen Stücklein participirt, in ewige Gefängnüss setzen: So dann die Jenige, so sich von Ihme bethören lassen, oder auch selbst dergleichen Verfälschungen, sonderheitlich mit den geringen 1702- und 1703er Weinen vorgenommen zu haben überzeugt worden, mit willkührlicher Geld-Straff, und Suspension von ihren Officiis ansehen, und die falsificirte Wein mit Einstossung der Boden in das Wasser lauffen lassen . . . wollen; Als ist hiemit Unser Gnädigster Befehl“ etc. Zu diesem Falle „Ehrni“ war ein Gutachten der Tübinger Juristen Gabriel Schweder und Ferdinand Christoph Harpprecht eingeholt worden (s. F. Ch. Harpprehti Responsa Juris Vol. IV. p. 234 ff. resp. LXXV.), welche ihre „beywohnende rechtliche gedanckhen, wie so wohl Ehrni selbst, alss auch sein Weib, wegen ihres eine zimmlich lange zeit her, hier und dar in dem land, mit verfälschung der weine begangenen hohen und schwehren verbrechens denen Rechten gemäss sträfflich anzusehen seyn möchten,“ in längerer Ausführung niedergelegt haben. Es wird in diesem Gutachten (nro. 282) zwar auch auf das oben citirte württ. Generalreskr. von 1696 Bezug genommen, in der Hauptsache aber wird die Todesstrafe, für welche sich das Gutachten ausspricht, aus dem gemeinen Recht und namentlich der P. G.-O. art. 113 hergeleitet (s. nro. 248 ff. 251 ff. des Gutachtens).

Nach demselben Reskript von 1706 wird mit 14 fl. derjenige bestraft, der dem Wein Muskateller oder Scharlachkraut beimischt, um ihm einen Muskatellergeschmack zu geben; ebenso wer mittelst Beinholtz-Beeren, durren Kirschen, Schnallensaft u. s. w. aus weissem Wein rothen zu machen oder mit verbotenen Zuthaten ein sog. Gefährt zu geben versucht, ebenso wer „Biren oder Aepffel-Most“ zum Verkauf unter den Wein

mischt und ihn als lautern Wein den Käufern gibt; ebenso diejenigen, „so mit denen Cineribus clavellatis, oder Potaschen, nicht weniger dem calcinirten Wein-Stein ihre Wein zu verfälschen sich unterstehen.“ Eine strengere Strafe bestimmt das Generalreskript für „diejenige in Specie, so mit Gold- oder Silber-Glett, oder deren Tinctura, oder andern gefährlichen mineralischen Schmierereyen ihre oder fremde Wein furohin weiter zu falsificiren, jemanden dergleichen schlimme Facturen zuweisen, oder auch schriftlich zu communiciren, wie auch endlich mit ihren Weinen dergleichen vornehmen zu lassen, sich unterstehen werden.“ Gegen diese ist als Strafe bestimmt, dass sie, wenn „der Dolus nicht gar zu gross, nebst dem Verlust all ihrer tragender Ehren-Aembter in eine Geldt-Straff von ein, zwey, drey und mehr hundert Rthlr. genommen, andern falls aber, auch peinlich processirt, und nach befindenden Dingen so gar an Leib und Leben härtiglich und unnachlässlich, gestrafft, der Wein aber confisciret, den Fässern die Böden eingeschlagen, und selbiger gänzlich zernichtet werden.“ Den vierten Theil der Geldstrafen erhält der Denunciant „nebst Verschweigung seines Namens“, eine Bestimmung, die sich auch sonst in den Gen.-Reskr. findet (z. B. G.-R. v. 30. Juli 1776 § 22).

Der grossen Anzahl Reskripte, welche der Vermischung von Obstmost mit Wein durch Präventivmassregeln entgegen-treten, indem sie das Obstmosten theils ganz verbieten, theils nur unter Bedingungen gestatten, ist schon Erwähnung gethan. Es enthalten diese Reskripte aber auch Bestimmungen, die gegen diese Vermischung verschiedenerlei Strafe androhen, so z. B. das Gen.-Reskr. v. 30. Juli 1776 (R. 14, 925.) § 17 ff., welches die boshafte Vermischung des Weins mit Obstmost, (das, was jeder zu seinem eigenen Hausbrauch urkundlich vermischen darf, ausgenommen) ausser der Konfiskation des vermischten Weins „nach befindenden dingen“ mit einer weiteren Geld-, Leibes- oder Zuchthausstrafe bedroht.

2. Die Bierfälschung wird unter Strafe gestellt durch die I. Bierordnung v. 1644 § 12. II. B.-O. 1675 § 12. III. B.-O.

1709 § 16 (R. 17, I. 173; 13, 531; 17, I. 346). „Da das Bier in das Fass gebracht, sollen weder der Bräuer noch andere dem ausschenkenden Bier einigen Zusatz nicht thun, noch dasselbe ringern, oder in andere Weg verfälschen, so lieb ihnen ist hohe Straffen zu vermeiden. (Das Citat bei Köstlin Abh. S. 137, N. 3. „Wirt. Bierbrauer-Ordn. v. 1618 § 2, 4, 16“ ist falsch. Die einschlägigen Paragraphen sind die §§ 2, 4, 16 nicht der Bierbrauerordnung von 1618, sondern der III. Bierordnung von 1709.)

3. In den verschiedenen Gewerbeordnungen wird ebenfalls mehrfach der Fälschung der Waaren gedacht; so in der Weberordnung vom 10. Dezember 1720 (R. 13, 1211) „Es solle auch kein Meister falsche Arbeit machen, noch zu den Stücken böss Garn nehmen,“ — „nach Gebühr bestraft werden.“ Dann in der Mühl- und Müllerordnung vom 10. Januar 1729, P. 63 (R. 14, 65) „Ebener massen sollen einem jeden seine Früchte insonderheit abgemahlen, und keinem ohne seine ausdruckenliche Verwilligung unter andere vermischt, viel weniger von dem Müller verfälschet werden, gestalten . . . der Müller nebst Erstattung des Schadens . . . wegen Verfälschung . . . der in die Mühlen gebrachten rauhen Frucht von jedem Simri um dreyssig Kreutzer, und auf die glatte oder blosse Frucht dem Simri nach um Ein Gulden . . . gestrafft . . . werden solle.“

4. Ausgedehnte Bestimmungen gibt die Goldarbeiterordnung vom 29. Mai 1657 (R. 13, 304). Es sind diese um so interessanter, als hier die Strafe als um den Falsch sich wiederfindet. Es bestimmt die Goldschmiedordnung im Kap. „Anfänglichen und vors Erste“ § 2. „Aller Betrug und Falsch, der im Goldarbeiten und Goldschmid-Handwerck, mit Gold, Silber oder Edelgestein getrieben, geübt, und gebraucht werden mag, ist bey dem Ayd verboten.“ § 3 bestimmt, dass jede Silberarbeit 13 Loth fein halten müsse; geringere Arbeit wird „als um einen Falsch um zehen Gulden ohnablässig gestrafft.“ Ferner wird „als um einen Falsch“ gestraft: neben dem Ankaufen gestohlener oder verlorener Waaren durch den Goldschmid von verdächtigen Personen (§ 11), (einer Bestimmung,

die mit dem Falsch eigentlich nichts zu thun hat) das Versilbern oder Vergolden der Messingarbeit (§ 13); Versilbern oder Vergolden von Kupferarbeit, der Goldschmid liesse denn „einen offenen sichtigen Spiegel, ohngefähr eines Pfennig breits, darbey männiglich erkennen möge, dass es Kupfer seye“ (§ 18. cfr. auch § 19); dann § 24 „da aber ein Goldschmid, einen solchen Stein, damit man gelaicht, und betrogen werden mag, in einem gülden Kleinod oder Ring, unter oder neben andere hohe gute Stein versetzen und dieselben verbottener Weiss aufbringen würde, der solle nach Gelegenheit des Verbrechens, als um ein Falsch gestraft werden.“ Genannte Bestimmungen verlangen kein Ausgeben, kein Beschädigen fremden Vermögens, bestrafen schon das Fälschen, Verfälschen. Eine ganz scharfe Unterscheidung zwischen Betrug und Falsch ist aber trotzdem nicht vorhanden, denn abgesehen von der äusseren zusammenfassenden Benennung „Betrug und Falsch“ ist in § 7 l. c. auch das Ausgeben mit Beschädigung eines andern, unter die Strafe „des 3. Artikel“ d. h. die des Falschs gestellt. Dieser Paragraph bestimmt: „Würde aber ein Goldschmid eine solche ungerechte Arbeit auch ungeschauet hinausgeben, und solches kundbar, oder auf ihne erwiesen, der solle dem Beleidigten seinen Schaden abthun, und er um die zehen Gulden laut dritten Articul (— somit als um einen Falsch —) gestraft werden.“

5. Wie in den Reichspolizeiordnungen (s. oben 4. Kap. II. 1, S. 54) mehrfach der Gesichtspunkt des Betrugs hereingezogen wurde, ohne dass eine Vermögensbeschädigung auch zum Thatbestandsmerkmal erhoben worden wäre, findet sich auch in den württ. Generalreskripten ein Hereinziehen des Betrugs, die äussere Bezeichnung als Betrug, die Angabe, es habe z. B. der Zinngiesser bei seiner Arbeit Gefahr und Betrug gebraucht, ohne dass zur Bestrafung weitere Erfordernisse als das Fälschen, Anfertigen verlangt würden. Die Kantengiesserordnung, VII. L.-O. tit. 54 § 15 (R. 12, 794) bestraft den Zinngiesser, der die Ordnung über vorschriftsmässige Mischung bei Anfertigung seiner Waaren nicht hält, und also in seiner Arbeit Gefahr und Betrug gebraucht, wegen Betrugs und Falsch; ebenso

die II. Zinngiesserordnung vom 28. März 1713 § 8 (R. 13, 931) wegen Betrugs und Falsum; s. ferner die eben unter Z. 4 citirte Goldarbeiterordnung vom 29. Mai 1657. Das Gen.-Reskr. vom 26. April 1706, die Weinfälschung betreffend (R. 6, 223), das schon oben, als von den gegen die Waarenfälschungen vom württ. Recht getroffenen Präventivmassregeln gesprochen wurde, (s. oben S. 58) erwähnt ist, klagt in seinem Eingang, „dass dergleichen schädliche Facturen ein und anderer Orten zum höchsten Nachtheil der Menschlichen Gesundheit, und Betrug des Neben-Menschen sich wieder einschleichen wollen“, verweist ausdrücklich auf die Reichspolizeiordnungen, welche zwar von schädlichem Betrug reden, aber als Thatbestand sich mit dem Fälschen begnügen, und bestraft seinerseits ebenfalls schon das Fälschen, Verfälschen ohne Rücksicht auf eine eingetretene Vermögensbeschädigung eines andern. Es bestimmt, diejenigen, die ihre Weine „mit Gold- oder Silber-Glett oder deren Tinctura, oder andere gefährlichen mineralischen Schmierereyen“ fälschen „die sollen nach Anleit der heylsamen Reichs-Constitutionen de annis 1477, 1548 u. 1577 (s. oben 4. Kap. II. Z. 1, S. 53) wie nicht weniger, Inhalts der Peinlichen Halss-Gerichts-Ordnung Art. 112 et seq. 113 (s. oben 4. Kapitel I S. 49 ff.) und zumahlen Unserer in Anno 1696 in das gantze Land, mittelst öffentlichen Trucks publicirter Poenal-Constitution vor andern pro Reis Criminis falsi gehalten“ werden.

Die Auffassung der Waarenfälschung, als Vermögensdelikt, als Betrug ist in den württ. Generalreskripten nicht zum Durchbruch gelangt. Es wird zwar auf den mit der gefälschten Waare verübten Betrug Bezug genommen, aber beinahe durchgängig wird im Thatbestand das Fälschen, Mischen als genügend angesehen.

6. Bei der Mehrzahl der Generalreskripte scheint übrigens die Gesundheitsbeschädigung der Hauptgesichtspunkt gewesen zu sein, der sie veranlasste, wie sich zumeist aus ihrer Einleitung ergibt; oder wird wenigstens neben der Bezugnahme auf Betrug und Falsch auch der durch die Waarenfälschung herbeigeführte höchste Nachtheil der Gesundheit als Grund der

Verordnung angeführt. In dieser Beziehung sind einmal zu vergleichen die schon citirten Gen.-Reskr. gegen die Weinfälschung von 1696 u. 1706 (s. oben II. 1, S. 63 u. 64 f.) und dazu das schon citirte Gutachten der Juristen Schweder und Harpprecht, in welchem angeführt wird, dass die herzoglichen Leibmedici „den beständigen Beschluss“ gemacht haben, dass „sothane Weinverfälschung anders nichts sei, alss eine *universalis pernicies Generis humani a malo Daemone excogitata, ejusdemque instrumentis inspirata*, wardurch eine grosse menge leuthe theils umb ihre gesundheit, theils umb ihr leben eher gekommen.“ Dann die verschiedenen Generalreskripte gegen die Vermischung des Weins mit Obstmost, insbesondere die von 1650 u. 1776 (s. oben I. 3, S. 59—61); III. Bierordnung v. 1709 § 4 (s. oben I. 5, S. 62); Generalreskript über den Streichkäse vom 18. September 1784 (R. 14, 1016) veranlasst dadurch, dass der Tübinger Metzger Schaber mit seinen drei Kindern nach dem Genuss eines Viertelpfundes Streichkäse bedenklich erkrankte und eines der Kinder starb. Karl Herzog liess damals öffentlich bekannt machen, woran man den schlecht gewordenen Streichkäse erkennen könne, („aus dem Mangel des Zusammenhangs, indem sie gemeiniglich sehr weich werden, und gleichsam zerfliessen, als welches nicht von ihrer Mildigkeit, oder einer gutartigen Fettigkeit, sondern von einer fauligten Auflösung herzukommen pflege,“ s. Knapp, Strafgesetze S. 756) und den Ortsobrigkeiten wurde durch genanntes Reskript befohlen, die schlechte Waare wegzunehmen und die betreffenden Händler zur geschärften Strafe zu ziehen. Ferner ist zu vergleichen das Generalreskript den Handel mit Gewürz betreffend v. 14. Oktober 1701 (R. 13, 753) und v. 11. Juni 1737 (R. 14, 201), welches in seiner Einleitung klagt, dass durch dergleichen „Ohnwesen“ (verbotene Vermischungen etc.) „die arme Leuth so wol um ihr Gelt, als um ihre Gesundheit kommen“.

7. Noch ist einer in den württembergischen Generalreskripten vorkommenden Bestimmung, die auch in den Quellen des Mittelalters sich, wie oben angeführt, (s. 3. Kap. XI. 3, S. 47 f.), vorfindet, Erwähnung zu thun, der gesetzlich aufgestellten Ver-

pflichtung beim Waarenverkauf den Käufern der Wahrheit gemäss Auskunft über die Qualität der Waare zu geben. Der Umstand, dass bei einer Reihe Waaren dem Käufer füglich nicht zugemuthet werden kann, sich von der Aechtheit derselben zu überzeugen, weil dazu eine besondere Sachverständigenkenntniss gehören würde, hat auch hier dazu geführt, dem Verkäufer die Verpflichtung aufzuerlegen, den Käufer aufzuklären. So die Goldschmiedordnung vom 29. Mai 1657 § 12 (R. 13, 306), welche zwar in erster Linie eine Verpflichtung der Goldarbeiter zu gutächtlichen Aeusserungen aufstellt, aber wohl auch auf die eigene Waare des Befragten, „darvon er billich Wissen haben soll“, bezogen werden kann. „Ob ein Goldschmid von jemand befragt, und um Bericht ersucht würde, von wegen Silber-Geschirr, Kleinodien oder anderem das Goldschmid-Handwerck betreffend, darvon er billich Wissen haben soll, da soll er die Person, die ihne also ersucht, seinem besten Verstand nach treulich unterrichten und nichts verhalten, bei Straf zwey Pfund Heller.“ Dann Kantengiesserordnung in der VII. L.-O. tit. 54 § 7 (R. 12, 793) und ebenso II. Zinngiesserordnung vom 28. März 1713, § 6 (R. 13, 930) „Es solle auch ein jeder Kantengiesser, bey seinem Ayd schuldig seyn, demjenigen, so Zihngeschirr von ihm kauffen oder tauschen will, den Unterschied dess guten und geringen Zihns anzuzeigen, damit niemand und sonderlich die einfältigen, auch die so vielleicht diss Unterschieds und Zeichen nicht verständig oder Wissenschaft darvon haben, nicht betrogen werden, auch diss seinen Gesellen und Gesind, die das Zihngeschirr verkauffen, es also zu eröffnen gleicher gestalten einbinden.“

8. Was die angedrohte Strafe in den württembergischen Generalreskripten betrifft, so zeigen sie durchaus keine Uebereinstimmung. Es finden sich in den angeführten Stellen die verschiedensten Strafen von der Geldstrafe in verschiedener Höhe bis zur Todesstrafe, daneben Konfiskation der Waare, Amtsverlust u. s. w. Die Konfiskation wird, wie ja auch zweckentsprechend, besonders häufig angedroht; s. u. a. das G.-R. über

den Streichkäse v. 18. September 1784 (s. oben II. 6, S. 70); L.-O. 1621, tit. 63 und Gen.-Reskr. v. 14. Oktober 1701 und v. 11. Juni 1737, über den Handel mit Gewürz; dann Tuchmacherordnung vom 8. Mai 1724 (R. 13, 1265), welche Konfiskation der mit der Teufelsfarbe oder anderen verbotenen Materien gefärbten Tücher anordnet.

Sechstes Kapitel.

Schluss.

1. Es liegt ausserhalb des Zwecks dieser Zeilen, näher einzugehen auf die Dogmengeschichte über Betrug und Fälschung, mit der ja naturgemäss die Stellung der Waarenfälschung zusammenhängt, auf die Ansicht der italienischen Kriminalisten über das *falsum*, auf die deutsche Doktrin, welche theils dem *falsum* den Thatbestand des Betrugs unterlegte, theils den Begriff des Betrugs in den der Fälschung auflöste, welche beide Begriffe vermengte oder identifizierte; welche auch zur Vollendung des *falsum* ein *damnum alterius* verlangte, bis dann von Feuerbach, Cucumus u. a. ein allgemeines Recht auf Wahrheit konstruirt wurde, das durch den Betrug verletzt werde, ein Delikt, das dann wieder als *falsum* bezeichnet, mit dem Handeln wider das Recht auf Wahrheit theils mit theils ohne das Erforderniss einer gelungenen Täuschung als vollendet betrachtet und unter Streichung des Moments der Definition eines *praejudicium alterius* vom Betrug als Vermögensdelikt oder als einem vagen Aushilfsverbrechen unterschieden wurde, bis dann das Recht auf Wahrheit aufgegeben und als Angriffspunkt der Fälschung die *publica fides* bezeichnet wurde, — ein fortwährender Wechsel der Ansichten, der sich naturgemäss auch in den Gesetzgebungen geltend machte.

Die Geschichte dieser Doktrin ist ausführlich an anderer Stelle behandelt, und es genügt daher zu verweisen insbesondere auf Köstlin, Abhandlungen S. 138 ff. Ortloff, Lüge, Fälschung,

Betrug I. S. 105—132 u. S. 175—200. Merkel, Kriminalistische Abhandlungen II, 1 S. 1—50. Hälschner, System II. S. 343 ff.

Bezüglich der Auffassung von Fälschung und Betrug im württembergischen Strafgesetzbuch von 1839 s. Hufnagel, Commentar zu Art. 356—358 u. 359 S. 618—637 und Hufnagel, Strafgesetzbuch mit Anmerkungen S. 380. 381, ferner Ortloff, l. c. S. 206, Berner, Lehrbuch 9. Auflage S. 561, Gessler, Golt-dammers Archiv Bd. X. S. 448.

Der Standpunkt der neueren Theorie ist Auffassung der Fälschung als Delikt gegen die *publica fides* *), als gegen öffentliche Treu und Glauben, als Grundlagen des rechtlichen Verkehrs,

*) Der Begriff der *publica fides* ist in neuerer Zeit von Liszt (die falsche Aussage, Graz 1877) als ein dichterisch schönes, ideal klingendes Wort, das den berühmtesten Viel- und Schönredner des Alterthums zum Vater habe, als ein gehaltloser flüchtiger Begriff, als ein vages viel und doch wieder nichtssagendes Wort angegriffen worden. Liszt sagt bezüglich des Meineids, wenn dieser gegen die *publica fides* gehe, so sei auch jeder Angriff auf Person und Eigenthum, sei auch Rechtsverweigerung und Rechtsbeugung, seien vor allem auch Revolution und Staatsstreich Delikte gegen Treue und Glauben, denn auch sie stören die ungehemmte Entwicklung von Handel und Wandel. *Publica fides* ist aber nicht dasselbe, wie Handel und Wandel; Person und Eigenthum sind doch nicht an und für sich Träger der *publica fides*. Liszt stellt als eigene Ansicht auf, die falsche eidliche oder nicht eidliche Aussage sei ein Delikt gegen die öffentliche Verwaltung, eine Ansicht, welche schon der Entwurf der italienischen Strafgesetzgebungskommission von 1870 hatte (s. bei Liszt selbst S. 11 und 21). Ob damit etwas klareres an die Stelle des Begriffs der *publica fides* gesetzt wird, dürfte doch fraglich sein. Sind nicht auch kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Revolution und Staatsstreich gegen die öffentliche Verwaltung gerichtet? — Nicht jeder Aussage wird gleicher Glaube beigemessen. Wohl aber wird bestimmten Aussagen, welche durch ihre Form oder die besonderen Umstände, Verhältnisse ihrer Ablegung oder der Ablegenden sich auszeichnen, durch Verkehrsnotwendigkeit, Volksanschauung, Gesetz allgemeiner Glauben beigelegt. Diese zwei Arten auseinanderzuhalten, heisst nicht innerlich Zusammengehöriges auseinanderreißen, eben weil innere Unterschiede vorhanden sind. — Näher darauf einzugehen ist hier nicht der Ort.

und des Betrugs als Vermögensdelikt. S. Rosshirt, Geschichte und System III. S. 11 ff. Mittermaier zu Feuerbach § 415 N. 1. Escher, Lehre von dem strafbaren Betrug S. 352. Ortloff l. c. II. Theil S. 210 ff. 270 ff. 280 ff. Köstlin, Abhandlungen S. 121. Gessler im G.-S. 1862, Bd. 14, S. 139. Merkel l. c. S. 50 und in Holtzendorffs Handbuch III. S. 785. Hälschner, System II. 348. 353. Was speziell die Waarenfälschung anbelangt, so wird sie in der neuern Doktrin zumeist nur als strafbar anerkannt, soweit die Bestimmungen über Betrug oder andererseits der Gesundheitsbeschädigung, Körperverletzung vorliegen. Köstlin, Abhandlungen, S. 137. Köstlin, Ueber die gemeingefährliche Waarenfälschung, Archiv für Kriminalrecht 1856 S. 181 ff. 269 ff. Escher l. c. S. 314 ff. Ortloff l. c. S. 374 ff.

Ihering andererseits (Zweck im Rechte I. S. 478 ff.) tritt mit Entschiedenheit für Bestrafung der Waarenfälschung als solcher unter dem Gesichtspunkt der Gefährdung der Gesellschaft, Diskreditirung der nationalen Ehrlichkeit und Solidität im Ausland, Schmälerung des Absatzes nach Aussen ein. Die Grenzen zwischen Civil- und Kriminalunrecht bestimme der Staat selber, sagt Ihering; der Staat habe nicht den Unterschied von der Theorie, sondern diese habe denselben von ihm entgegen zu nehmen; das Kriminalunrecht beginne da, wo die Strafe durch die Interessen der Gesellschaft geboten sei, und wenn Treue und Ehrlichkeit im Verkehr sich sonst nicht aufrecht erhalten lassen, so müsse die Strafe heran. Zu lange schon habe die Gesetzgebung müssig mit zugesehen, wie Unzuverlässigkeit, Unehrlichkeit, Betrug in Vertragsverhältnissen immer frecher ihr Haupt erhoben. Der Begriff „ächt“ sei in Deutschland bei den meisten Artikeln, nicht bloss bei den Lebensmitteln, nahezu verloren gegangen; fast alles, was wir in die Hand nehmen, sei unächt, nachgemacht, gefälscht.

2. Das Reichsstrafgesetzbuch, dem preussischen folgend, kennt keinen allgemeinen Begriff der Fälschung, dem die Waarenfälschung subsumirt werden könnte. Es behandelt vielmehr in verschiedenen Abschnitten die Münzfälschung § 146—152, die Urkundenfälschung § 267—280, die Fälschung etc. von Legiti-

mationspapieren zum Zwecke besseren Fortkommens § 363 und in § 367, Z. 7 das Feilhalten oder Verkaufen von verfälschten oder verdorbenen Getränken oder Esswaaren. Einen allgemeinen Begriff der Waarenfälschung kennt das Reichsstrafgesetzbuch ebenfalls nicht. Sie blieb daher straflos, soweit sie nicht unter § 367 Z. 7 fiel oder den Thatbestand eines andern im Reichsstrafgesetzbuch oder in andern Reichsgesetzen behandelten Delikts erfüllte, oder von partikulären Gesetzen betroffen wurde.

Die bezüglichen Paragraphen des Strafgesetzbuchs, bezw. der Reichsgesetzgebung sind die §§ 324—326. 263. 264. 40. 42. 367, 7 des Strafgesetzbuchs und § 14 des Gesetzes über den Markenschutz vom 30. November 1874. Die partikularen Gesetze und Verordnungen, welche in Betracht kamen, sind in den stenographischen Berichten des Reichstags vom Jahr 1879 Band IV, S. 242 ff. Anlage E zu Aktenstück Nr. 7 zusammengestellt.

Wie weit nach diesen verschiedenen Gesetzen Waarenfälschung, speziell Lebensmittelfälschung, vor Erlass des Reichsgesetzes betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879 strafbar war, ist anderweitig ausführlich behandelt. Es genügt daher zu verweisen auf die

Motive zu dem Gesetz betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln. Stenogr. Berichte. Vorlage v. Jahr 1878, Band III, S. 768. 771—775. Aktenstück Nr. 98.

Kommissionsberichte v. Jahr 1878. Aktenstück Nr. 206. l. c. S. 1355 ff.

Motive etc. Vorlage v. J. 1879. Band IV, S. 174. 178 bis 183. Aktenstück Nr. 7.

Kommissionsberichte v. Jahr 1879. l. c. S. 557 ff. Aktenstück Nr. 59.

Dann: Fr. Meyer und Finkelnburg. Ges. v. 14. Mai 1879 S. 44 ff.

Zinn, R.-G. v. 14. Mai 1879. Einleitung S. 3 ff.

Landgraf, Der Verkehr mit Nahrungsmitteln etc. auf Grund des Reichsgesetzes v. 14. Mai 1879 S. 2 ff.

Bresgen, Der Handel mit verfälschten oder verdorbenen Getränken etc. S. 93—97 (bzgl. § 324—326 St.-G.-B.), S. 97—111 (bzgl. § 367 St.-G.-B.), S. 112—126 (bzgl. § 263), S. 126—140 (bzgl. § 287 St.-G.-B. und des Gesetzes über den Markenschutz).

Bresgen, Das Fälschungsunwesen vor dem Forum des deutschen Gesetzgebers S. 1—16.

Löbner, Die Gesetzgebung des alten und des neuen Reichs wider Verfälschung der Nahrungsmittel S. 40—60.

Scherer, Gutachten über die Stellung der verschiedenen Gesetzgebungen zur Weinfälschungsfrage S. 4 ff.

3. Als nun in neuerer Zeit durch die Erfahrungen und Fortschritte auf dem Gebiete der Chemie etc. ein Nachahmen mit täuschend ähnlichem Erfolge, insbesondere bei den Lebensmitteln, immermehr ermöglicht wurde, und wie andererseits durch den Indifferentismus des Publikums, durch die Scheu, sich selbst helfend, der Obrigkeit die Waarenfälscher als Betrüger zu überliefern, die Lebensmittelfälschung immer mehr grossgezogen wurde, machte sich auch als Reaktion hiegegen in Broschüren, Petitionen etc., welche theils das Treiben der Fälscher, der Weinfabrikanten etc. aufzudecken bestrebt waren, theils die Gesetzgebung zur Hilfe anriefen, eine lebhafte Agitation geltend (s. hiezu insbesondere Bresgen, der Handel etc. S. 1—88). Einerseits wurden die bestehenden Strafgesetze als nicht ausreichend hingestellt, andererseits hervorgehoben, dass auch eine Ausdehnung der Strafgesetze auf die Lebensmittelfälschung ohne eingeführte strenge Kontrolle durch Untersuchungsstationen nicht zum gewünschten Resultat führen könne.

Das Ausland war mit einer Reihe einschlägiger Gesetze vorangegangen. Eine Zusammenstellung derselben findet sich in den Reichstagsakten von 1879, Stenogr. Ber. IV. Bd. Aktenstück Nr. 7. Anlagen B. C. D. S. 212 ff. 218 ff. 228 ff.

Die Gesichtspunkte, von denen aus auch im Deutschen Reiche eine Erweiterung der bestehenden Gesetze verlangt wurde, waren vorzugsweise sanitäre. So sagen die Motive zur Vorlage

von 1879 (l. c. S. 174): „Das Gesamtergebniss der von der Kommission (gemeint ist die vom Reichsgesundheitsamt berufene Sachverständigenkommission) gepflogenen Erörterungen ging dahin, dass der gegenwärtige Stand der Dinge vom Standpunkt der Gesundheitspflege ein geradezu unerträglicher geworden und dass es vom Standpunkt der Gesundheitspflege nicht bloss unzulässig sei, dem Publikum positiv gesundheitsgefährliche, sondern auch ihm solche Gegenstände darzubieten, welche durch Verfälschung oder innern Verderb in ihrem Nährwerthe verringert und deshalb ihren Zweck zu erfüllen mehr oder weniger untauglich sind.“ „Der Entwurf hat nur solche Gebrauchsgegenstände in den Kreis seiner Vorschriften gezogen, welche vermöge ihrer Bestimmung mit dem menschlichen Organismus in so nahe Berührung kommen, dass sie in Folge derselben einen positiv schädlichen Einfluss auf den letztern zu äussern geeignet sind“ (l. c. S. 176). „Auch vom Standpunkt der Gesundheitspflege hat das Gesetz sein Augenmerk darauf zu richten, dass der Konsument für sein Geld nicht Lebensmittel erhalte, welche, wenn sie auch seine Gesundheit nicht gerade positiv zu schädigen geeignet sind, doch in Folge einer mit ihnen vorgenommenen Veränderung den ihrem Preise entsprechenden Nährwerth nicht haben und ihren Zweck aus diesem Grunde nicht vollauf erfüllen können. Das gesetzgeberische Motiv ist auch bei § 10. 11 sanitärer Natur, wenn auch die Gesundheitsbeschädigung nicht zum Thatbestande der hier vorgesehenen Vergehen gehört“ (l. c. 179 und ebenso Berichterstatter Dr. Zinn im Reichstage, Stenogr. Ber. Bd. I. v. 1879 S. 809).

Andererseits gehen die Motive allerdings auch davon aus, dass das vorgeschlagene Gesetz die Bestimmungen über den Betrug, also ein Vermögensdelikt zu ergänzen habe. Bei der häufigen Schwierigkeit in der Feststellung der Kausalität, bei dem Mangel unzweideutiger, jedes Missverständniss ausschliessender Erklärungen im täglichen Kleinverkehr und der dadurch hervorgerufenen Schwierigkeit des Beweises einer stattgefundenen täuschenden Handlung erscheinen die Bestimmungen über den Betrug als nicht ausreichend und wird von dem Gesetze Abhilfe

erwartet gegen „die im Kleinverkehr mit Lebensmitteln täglich vorkommenden Unredlichkeiten, welche sich dem Betrüge sehr nähern, jedenfalls vielfach moralisch ihm gleichzustellen sind.“ (Motive l. c. S. 179).

Dabei wird aber noch ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt hereingezogen, nämlich, wie es die Motive (l. c. S. 180) selbst nennen, „die Pflicht des Verkäufers zur Angabe der Wahrheit“. „Es geht der Entwurf von der Auffassung aus, dass wer Nahrungs- oder Genussmittel feilhält oder verkauft, nicht bloss jede Erregung eines Irrthums durch eines der im § 263 St.G.B. angedeuteten Mittel zu vermeiden, sondern Alles zu thun hat, um den Kauflustigen über die wirkliche Beschaffenheit der Waare ins Klare zu setzen. Ist dem Händler bekannt, dass die Waare verdorben, nachgemacht oder verfälscht ist, so muss er dies ausdrücklich sagen oder sonst erkennbar machen“ (l. c. S. 179). Aehnlich sagte der Bundesrathskommissär Dr. Finkelnburg im Reichstage (Sten. Ber. 1879, Bd. I. S. 803): „Es kommt in erster Reihe auch gar nicht an auf die Vermögensbeschädigung, sondern auf die Mystifikation der Konsumenten bezüglich des Werthes der Ernährungs- und Kräftigungsmittel, welche sie zu sich nehmen, und das ist eine Mystifikation, die für Gesunde nicht gleichgültig ist, viel weniger aber für Kranke.“ Der Berichterstatter der Reichstagskommission erklärte im Reichstage (Sten. Ber. 1879, I. Bd. S. 809): „Es ist mindestens erforderlich, dass der Verkäufer durch Gesetz gezwungen wird, die Waare, die er verkauft, nur unter der Bezeichnung zu verkaufen, die ihrer Beschaffenheit entspricht.“

Von diesem durch Gesetz aufzustellenden Gesichtspunkte der Verpflichtung zur Wahrheitsangabe war auch die dem Entwurfe zum Nahrungsmittelgesetz vorangehende Agitation vielfach ausgegangen. So sagt Bresgen (Der Handel etc. S. 185): „Es ist absolut erforderlich, dem Handelsstande die im Grund völlig selbstverständliche Verpflichtung auch durch positives Gesetz aufzulegen, nur Aechtes für Aechtes, nicht aber Unäches für Aechtes, überhaupt kein *quid pro quo* durch Anwendung arglistiger Kniffe zu verkaufen. Denn er ist gegenüber dem kaufen-

den Publikum durch die ihm unverbrüchlich obliegende Pflicht der strengen Wahrung von Treu und Glauben und durch das Gefühl für Ehre darauf hingewiesen, und vermöge seines Gewerbes darin vorzugsweise geübt, seine Waare vor der Beschaffung auf die Aechtheit zu prüfen.“ Ferner Bresgen l. c. S. 23. 46. 141. 209 u. a.; ähnlich auch: Wiener, Die Gesetzgebung gegenüber der Waarenfälschung. Nord und Süd, Bd. V. 1878. S. 115, Schlussabs.; dann Friedlieb, Die Verfälschung der Lebensmittel, S. 49.

4. Wie verhält sich nun das Reichsgesetz, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879 in seiner jetzigen Fassung zu den eben angeführten Gesichtspunkten, zu der Betrachtung der Waarenfälschung vom sanitären Standpunkt, der Betrachtung als Vermögensdelikt und zu dem Standpunkt, der bezüglich des Waarenhandels den Verkäufer zur Wahrheitsangabe gesetzlich verpflichten will; wie andererseits zu den Begriffen der Fälschung und des Betruges, wie sich diese in der Doktrin als Delikt gegen die *publica fides*, resp. gegen das Vermögen entwickelt haben?

Das Gesetz zerfällt in eine Reihe Präventivbestimmungen (§ 1—9; Recht der Polizei zum Eintritt in die Geschäftsräumlichkeiten, Entnahme von Proben, Revisionen etc.) und in eine Reihe strafrechtlicher Bestimmungen. Es ist nun hier nicht auf alle die einzelnen Paragraphen des Gesetzes, insbesondere die Präventivmassregeln vorschreibenden, sie kommentirend, näher einzugehen. Es ist dies von berufener Seite ausführlich geschehen, insbesondere von Dr. Fr. Meyer und Dr. C. Finkelnburg (Gesetz betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln etc. mit Erläuterungen, Berlin 1880); Baer (R.-G. betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln etc. mit Erl., Erlangen 1879). (Vorstehende beide besprochen in der kritischen Vierteljahrsschrift von Brinz. N. F. Bd. 3. 2. Heft S. 299.); Dr. Fr. O. v. Schwarze (Die strafrechtlichen Bestimmungen in dem Reichsgesetz vom 14. Mai 1879, zuerst im Gerichtssaal, dann in besonderem Abdruck bei Enke, Stuttgart 1879); Dr. Zinn (Reichsgesetz etc. mit Erläuterungen etc. Nördlingen 1879); ferner Dr. Landgraf (Der Verkehr mit Nah-

rungsmitteln etc. Stuttgart 1879). Zur Beantwortung der oben aufgeworfenen Fragen sind jedoch die strafrechtlichen Paragraphen des Gesetzes näher zu betrachten.

5. Der § 12 ff. handelt von dem Herstellen, beziehungsweise Verkauf u. s. f. von Lebensmitteln etc., deren Genuss, Gebrauch etc. die menschliche Gesundheit zu beschädigen, resp. zu zerstören geeignet ist. Es sind diese Paragraphen eine Ausdehnung des § 324 St.-G.-B. unter Beibehaltung des in diesem Paragraphen enthaltenen Gesichtspunkts der Gemeingefährlichkeit. Der § 324 St.-G.-B. bedroht denjenigen, welcher vorsätzlich Brunnen oder Wasserbehälter, welche zum Gebrauche Anderer dienen, oder Gegenstände, welche zum öffentlichen Verkaufe oder Verbräuche bestimmt sind, vergiftet oder denselben Stoffe beimischt, von denen ihm bekannt ist, dass sie die menschliche Gesundheit zu zerstören geeignet sind, ingleichen denjenigen, der solche vergiftete oder mit gefährlichen Stoffen vermischte Sachen wissentlich und mit Verschweigung dieser Eigenschaft verkauft, feilhält oder sonst in den Verkehr bringt. Dass bei den den § 324 St.-G.-B. ausdehnenden Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes, den §§ 12 ff., der Gesichtspunkt der Gesundheitsbeschädigung der massgebende ist, unterliegt keinem Zweifel; und wenn oben gesagt wurde, dass vom Standpunkt der Theorie die Waarenfälschung beinahe ausschliesslich als strafbar betrachtet werde, nur soweit der Gesichtspunkt des Betrugs oder andererseits der der Gesundheitsbeschädigung, Körperverletzung zutreffe, so ist dem letzteren Gesichtspunkt durch Aufstellung der § 12 ff. nachgekommen.

6. Schwieriger stellt sich die Frage bei § 10 und § 11. Diese lauten: § 10. „Mit Gefängniss bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu eintausend fünf hundred Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft: 1) wer zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genussmittel nachmacht oder verfälscht; 2) wer wissentlich Nahrungs- oder Genussmittel, welche verdorben oder nachgemacht oder verfälscht sind, unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feilhält.“ § 11.

„Ist die im § 10 Nr. 2 bezeichnete Handlung aus Fahrlässigkeit begangen worden, so tritt Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder Haft ein.“ Dass der Entwurf zum Nahrungsmittelgesetz in den Motiven diese Paragraphen als Ergänzung der Bestimmungen über Betrug und andererseits ebenfalls aus sanitären Gründen aufgestellt betrachtet, ist schon oben erwähnt.

Eine Beschädigung des Vermögens ist nicht Thatbestandsmerkmal des § 10. Eine hierauf gerichtete Absicht, oder die Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, ist ebensowenig verlangt. Allerdings werden die durch § 10 mit Strafe bedrohten Handlungen in der Regel in gewinnsüchtiger Absicht vorgenommen werden, wie dies auch die Motive (Sten. Ber. I. c. S. 180) bemerken; allein das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein dieser Absicht, resp. der Vermögensbeschädigung ist so wenig Begriffsmerkmal dieses Paragraphen, dass nicht einmal der Gegenbeweis zugelassen ist, dass nicht einmal der Nachweis, nicht in gewinnsüchtiger Absicht gehandelt zu haben, kein fremdes Vermögen beschädigt zu haben, den Angeklagten straflos macht. Es ist also nicht ausschliesslich die Schwierigkeit des Beweises der zum Betrug nothwendigen Erfordernisse — Kausalität zwischen den im Kleinverkehr mehr oder minder unbestimmt abgegebenen Erklärungen, der durch diese hervorgerufenen oder unterhaltenen Täuschung und der dadurch bewirkten Vermögensbeschädigung, — welche zur Aufstellung eines zur Ergänzung des Betrugsparagraphen bestimmten Gesetzes, eben des § 10, geführt hat. Es hätte sonst der Gesetzgeber die Konsequenz ziehen müssen, dem Angeklagten den Nachweis der mangelnden Vermögensbeschädigung und der gewinnsüchtigen Absicht zu gestatten. Der § 10 reicht weiter als der Betrug; er sieht ab von einem Angriff auf das Vermögen, er statuirt kein Vermögensdelikt.

Ebensowenig aber gehört die Absicht der Gesundheitsbeschädigung oder eine eingetretene Gesundheitsbeschädigung zum Thatbestand des Vergehens. Wenn auch der gesetzgeberische Gedanke, wie es die Motive ausdrücken, sanitärer Natur ist,

so hat doch dieser Gedanke des Gesetzgebers im Gesetze keinen Ausdruck gefunden. Bei den §§ 12—14 kommt das Moment der Gesundheitsbeschädigung, resp. der Umstand, dass die betr. Lebensmittel etc. geeignet waren, die Gesundheit zu beschädigen, in Betracht. Bei § 10 ist dies unwesentlich.

Das Wesentliche des neuen Vergehens liegt auch nicht in dem einfachen Verändern, Mischen etc. Das Verkaufen verdorbener Lebensmittel zu Dingen, zu denen sie noch brauchbar sind, sei es zur Thiernahrung, sei es z. B. als Dungmittel, das Herstellen von künstlich gefertigten, jedoch durchaus unschädlichen Genussmitteln und den Verkauf derselben an Leute, die Kunstprodukte verlangen, wird heute wohl niemand als strafwürdig betrachten. Man wird niemand verbieten wollen, künstliches Mineralwasser dem ächten vorzuziehen, künstliches als solches zu verkaufen. „Denjenigen, welcher Wein künstlich ohne Rebensaft herstellt oder Milch durch einen Zusatz von Wasser verdünnt, diese Fabrikate und Mischungen aber ausdrücklich als Kunstwein oder als mit Wasser verdünnte Milch feilhält, wird man einer strafbaren Handlung nicht zeihen dürfen“ (Mot. I. c. S. 179).

7. Worin besteht nun das Wesentliche des neuen Deliktsbegriffs? Es liegt darin, dass Unäcates für Aechtes ausgegeben wird, dass der Käufer über die Qualität des Kaufgegenstands getäuscht wird, sei es vermittelt einer ausgesprochenen Lüge oder dadurch, dass der Käufer auf dem Glauben, ächte Waare zu erhalten, von dem stillschweigenden Verkäufer, der sich der schlechten Qualität seiner Waare bewusst ist, oder bewusst sein sollte oder könnte, gelassen wird, resp. bezüglich § 10. Z. 1, darin, dass mit dieser Absicht unäcates Waare hergestellt wird. Das Wesentliche ist die Täuschung, die Lüge. Was die Motive als gesetzlich normirt verlangt haben, ist zum Gesetz erhoben worden: die Verpflichtung des Fabrikanten und Verkäufers von Lebensmitteln etc., den Konsumenten über die Qualität der zu verkaufenden Lebensmittel aufzuklären. Der strafwürdige Charakter ist begründet, wie es die Motive (I. c. S. 180) nennen, „in der fälschlichen Beschaffenheit der Waare,“ d. h. also darin,

dass man die Waare mit dem Scheine einer andern Qualität versieht, als die ist, die sie in Wirklichkeit besitzt. Auch diejenigen Lebensmittelfälschungen werden mitbetroffen, bei denen „nach den ortsüblichen Preisen für den Betrag, welcher für das gefälschte Nahrungsmittel gezahlt ist, das unverfälschte überhaupt nicht und das verfälschte auch nicht besser, als es geliefert wurde, zu haben gewesen wäre“. (Mot. l. c. 179.) Die Milchfälschung ist auch dann strafbar, wenn um den Preis, um den die verfälschte Milch verkauft wurde, ächte gar nicht zu haben ist; wer für künstliches Mineralwasser nicht mehr verlangt, als für seine Arbeit und für den Ersatz der zur Herstellung nothwendigen Ausgaben an Instrumenten etc. nach billigem Ermessen zu zahlen wäre, aber dieses Mineralwasser als ächtes natürliches verkauft, verfällt der Strafe des § 10. Ebenso gehört der Fall hieher, den der Berichterstatter Dr. Zinn im Reichstage erwähnte, als er sagte, in Zuschriften an ihn heisse es oft bezüglich der üblichen Vermischung des gemahlenen Pfeffers mit gewöhnlichem Strassenstaub „ja, mein Gott, der arme Mann will für drei Pfennige ein gewisses Quantum Pfeffer; wir können ihm nicht so viel für den Preis geben; da mischen wir noch etwas anderes hinzu, und dem armen Mann ist geholfen.“ (Sten. Ber. 1879. I. Band. S. 809.)

Mit dem Vorstehenden stimmt Meyer und Finkelnburg (l. c. S. 46) überein: „Das neue Vergehen des § 10 kann nur in Bezug auf Nahrungs- und Genussmittel begangen werden. Die Gesundheitsbeschädigung gehört nicht zum Thatbestande dieses Vergehens; nur das gesetzgeberische Motiv ist auch hier sanitärer Natur. Ebensowenig gehört die Vermögensbeschädigung zum Thatbestande des Vergehens. Das Wesentliche des neuen Vergehens ist vielmehr die Täuschung.“ Ebenso sagt Schwarze (l. c. S. 13): „Der wichtigste Unterschied zwischen dem Vergehen des Betrugs, wie es in § 263 aufgefasst worden, und der Fälschung von Nahrungsmitteln, wie sie in dem neuen Gesetze sich zeigt, beruht in dem Momente, dass der Betrug als ein Eigenthumsvergehen behandelt worden, bei welchem die gewinnsüchtige Absicht und die Beschädigung des Eigenthums als die

massgebenden Momente sich darstellen. Wenngleich nun dieselben auch bei der Fälschung in den meisten Fällen thatsächlich vorhanden sein werden, so sind sie doch betreffs des Thatbestands und der Strafbarkeit der Fälschung rechtlich gleichgültig; es hängt von ihnen ein begriffliches Moment der Fälschung nicht ab.“ Dann sagt Schwarze bezüglich des Requisits der Täuschung beim Betrug und andererseits beim neuen §. 10 (l. c. S. 14): „Allerdings verlangt auch betreffs ihrer (der Lebensmittel-fälschungen) das Gesetz eine auf Täuschung berechnete Thätigkeit des Fabrikanten etc. Allein es genügt, wenn die Thätigkeit bei Herstellung eines Gebrauchsgegenstands auf eine „Täuschung im Handel und Verkehr“ gerichtet ist. Der Thäter will die Abnehmer und Käufer seiner Fabrikate über deren eigentliche Natur täuschen. In dieser Absicht liegt das strafbare Moment. Weder die Nachmachung noch die Fälschung einer Waare, auch wenn sie zum Verkaufe bestimmt ist, erschöpft den Begriff des Vergehens. Erst durch diese Absicht, in welcher jene oder diese vorgenommen wurde, tritt die Handlung über die Grenze des Erlaubten hinaus.“

Durch die jetzige Fassung des Gesetzes wurde eine materielle Aenderung des Entwurfs und seiner Begründung in den Motiven nicht herbeigeführt. Es ist vielmehr durch § 10 gesetzlich anerkannt, dass wer Nahrungs- oder Genussmittel feilhält oder verkauft, Alles zu thun hat, um den Kauflustigen über die wirkliche Beschaffenheit der Waare ins Klare zu setzen. Er hat diese Pflicht nicht bloss auf Befragen; ist vielmehr dem Händler bekannt, dass die Waare verdorben, nachgemacht oder verfälscht ist, so muss er dies ausdrücklich sagen oder sonst erkennbar machen. Der Händler hat die gesetzliche Pflicht, in diesen Fällen die Wahrheit darzulegen und als Kehrseite dieser Pflicht hat der Käufer das Recht, beim Kaufe von Nahrungs- und Genussmitteln wahrheitsgemässe Auskunft über die Beschaffenheit der Waare zu verlangen.

8. Mit dieser Aufstellung einer Verpflichtung zur Wahrheitsangabe hat nun das neue Gesetz kein allgemeines Recht auf Wahrheit eingeführt; wohl aber ist es hinsichtlich der

Waarenfälschungen hinausgegangen über den Rahmen, den bisher zumeist die Theorie der Waarenfälschung zugewiesen hatte, indem sie diese nur strafbar fand unter dem Gesichtspunkt des Betrugs oder eines gemeingefährlichen Deliktes der Gesundheitsbeschädigung. Hätte die Gesetzgebung dieser Ansicht der Theorie einerseits folgen, — bezüglich des Gesichtspunkts der Gesundheitsbeschädigung ist sie ihr gefolgt, — andererseits aber doch gegen die, ohne vom Strafgesetzbuch genügend getroffen zu werden, sich häufenden Waarenfälschungen vorgehen wollen, so wäre es nahe gelegen, die Waarenfälschung als Vorbereitungshandlung zum Betrug unter besondere Strafbestimmungen zu stellen. Generell sämtliche Vorbereitungshandlungen zum Betrug für strafbar zu erklären, hätte jedenfalls zu weit geführt, da eine nur einigermaßen sichere Grenze dessen, was strafbar wäre und was nicht, dann nicht mehr vorhanden und damit eine gleichmässige Handhabung des Gesetzes unmöglich wäre. Es hätten vielmehr besondere spezielle Vorbereitungshandlungen für strafbar erklärt werden müssen, wie es ja im Strafgesetzbuch und anderweitig auch sonst der Fall ist (s. Meyer, L.-B. §. 40, S. 197, A. 5). Es hätte dann, ähnlich wie jetzt im § 10 des Gesetzes vom 14. Mai 1879, das Nachmachen oder Verfälschen von Nahrungs- oder Genussmitteln unter Strafe gestellt werden müssen; um jedoch diesem Gesetze seinen Charakter als Vorbereitungshandlung zum Betrug, zum Vermögensdelikt zu geben, hätte es einen Beisatz, wie „in betrügerischer Absicht“, „in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen“, „in gewinnsüchtiger Absicht“ erhalten müssen.

Einmal nun wollte aber die Gesetzgebung auch diejenigen Waarenfälschungen treffen, bei denen für den Betrag, welcher für das verfälschte Nahrungsmittel gezahlt ist, das unverfälschte überhaupt nicht und das verfälschte auch nicht besser, als es geliefert wurde, zu haben gewesen wäre. Dann aber wäre damit die Schwierigkeit des Beweises, die dem Betrugsparagraphen anhängt, und welche die Gesetzgebung, um die Waarenfälschung treffen zu können, vermeiden wollte und musste, mit herübergenommen. Die Grenze zwischen der rechtswidrigen, gewinn-

süchtigen Absicht und der Absicht des Kaufmanns, aus seinen Geschäften sich seinen Lebensverdienst zu erwerben, ist schwer zu ziehen. Der Kaufmann darf und muss, um zu leben, ausser dem Ersatz für Baarauslagen, für Anschaffung und Verarbeitung, Zubereitung, Aufbewahrung, Verpackung noch ein Plus verlangen. Wann der geforderte Preis noch als Aequivalent für Baarauslagen und Arbeit, wann als beabsichtigte rechtswidrige Bereicherung, als Vermögensbeschädigung anzusehen wäre, bliebe im einzelnen Fall praktisch schwer zu entscheiden. Allerdings werden die Waarenfälschungen zumeist, um Geld zu machen, vorgenommen; aber häufig ist eben um den für die gefälschte Waare geforderten Preis die ächte gar nicht zu haben, da der Waarenfälscher, um seinen Produkten neben den ächten Eingang zu verschaffen, im Preis hinter diesen zurückbleiben muss, und andererseits kommt mancher Fälscher zu seinen Mischungen, eben weil er bei Verkauf absolut reiner Waare um den Preis, den sonst die Waare, die denselben Namen im Handel trägt, ob sie nun gefälscht ist oder nicht, den schmierenden Genossen nicht Stand halten könnte bei der Leichtgläubigkeit des Publikums, das der grössten Reklame den grössten Glauben schenkt, wobei noch zu bedenken ist, dass die Fälscher meist die Mittel, die unächte Waare der ächten täuschend nachzumachen, haben. Auch diese Fälle sollten aber mit Recht vom Gesetze getroffen werden, wenngleich bei ihnen eine Uebervorthellung, eine Vermögensbeschädigung nicht unter allen Umständen vorliegt, oder doch schwer zu erweisen ist. Auch lässt sich der Beweis für die gewinnsüchtige Absicht, so lange die Waarenfälschung nicht durch gesetzliche Präsumtion, als in gewinnsüchtiger Absicht vorgenommen, betrachtet wird, erst durch die Preisforderung, durch das Verhältniss des Preises zum Werth der Waare im einzelnen Falle erweisen, und dieser Moment ist zu spät, wenn man der Waarenfälschung ernstlich begegnen will. Dass man aber, wenn man von dem Erforderniss der Feststellung einer betrügerischen Absicht, einer gewinnsüchtigen Absicht absieht, das einfache Fälschen nicht kriminalisiren kann, da dies allein nicht für strafbar angesehen werden kann, dass die Grenze des

Strafbaren in anderer Weise gezogen werden muss, ist klar; das Gesetz in seinem § 10 kommt diesem nach durch die Aufstellung des Moments der beabsichtigten Täuschung.

9. Indem das Gesetz eine Verpflichtung zur Wahrheitsangabe beim Handel mit Lebensmitteln etc. aufgestellt hat, hat es nichts eingeführt, was nicht auch in andern Rechtsvorschriften schon enthalten wäre. Aehnliche Verpflichtungen haben zu den verschiedensten Zeiten bestanden, und bestehen auch heute noch. Bezüglich früherer Gesetze mit derartigen Vorschriften ist einmal zu verweisen auf die schon citirten Vorschriften des Mittelalters und Württembergs (s. oben 3. Kapitel XI. Z. 3, S. 47 f. und 5. Kapitel II. Z. 7, S. 71), Vorschriften, die sich auf Waarenfälschung beziehen. Aber auch abgesehen von der Waarenfälschung bestanden und bestehen solche Bestimmungen. In dem thüringischen, preussischen, österreichischen, sächsischen, oldenburgischen Strafgesetzbuch war das wissentliche Verbreiten falscher die öffentliche Sicherheit beunruhigender Nachrichten mit Gefängnisstrafe bedroht (cfr. Ortloff l. c. S. 255), somit wenigstens nach der negativen Seite hin die Lüge verboten, ohne dass eine positive Verpflichtung zum wahr Reden statuirt wäre, weil überhaupt keine Verpflichtung zum Reden hiedurch gegeben ist. Die württembergische Strafprozessordnung Art. 162 strafte Lügen unvereidet gebliebener Zeugen vor Gericht mit Geldbusse bis zu 20 fl. oder mit Gefängnis bis zu acht Tagen. Ebenso bestimmte Art. 47 des württ. Pol.-St.-G.-B. vom 27. Dezember 1871 (aufgehoben durch G. vom 12. August 1879) „die gleiche Strafe (Geldstrafe bis zu acht Thalern oder Haft bis zu sechs Tagen) kann gegen diejenigen ausgesprochen werden, welche bei einer mündlichen Verhandlung oder in schriftlichen Eingaben in Beziehung auf einen amtlich anhängigen Gegenstand gegenüber der zuständigen Behörde wissentlich unwahre Thatsachen vorbringen.“ Von geltenden Rechtsvorschriften, die eine Pflicht zur wahrheitsgemässen Aussage aufstellen, ist vor allem auf die Bestimmungen über die Zeugnispflicht zu verweisen (C.-P.-O. § 338 ff. St.-P.-O. § 48 ff.); dann auf die Verpflichtung zur Leistung des Offen-

barungseids (C.-P.-O. § 711, 769 ff. 784). Auch das Strafgesetzbuch enthält indirekt eine Anerkennung einer Verpflichtung zur Wahrheitsangabe. Der §. 324 verbietet den Verkauf, das Feilhalten etc. vergifteter oder mit gefährlichen Stoffen vermischter Gegenstände, welche zum öffentlichen Verkaufe oder Verbrauche bestimmt sind, nur wenn der Verkauf wissentlich und mit Verschweigung der gefährlichen Eigenschaft vor sich geht. Es ist erlaubt, derartige Gegenstände zu verkaufen, aber der Verkäufer ist verpflichtet, über die Qualität der Waare von sich aus Aufklärung zu geben.

10. Die Gesetzgebung, welche diesen die Wahrheitsangabe zur Pflicht machenden Rechtsvorschriften eine neue anreihete, ging davon aus, dass hier ein öffentliches Interesse vorliege, das verlange, dass durch die Gesetzgebung die mangelnde Macht des Einzelnen, sich selbst genügend zu schützen, durch die Hülfe des Staats unterstützt werde. Und allerdings reicht der Privatschutz des Einzelnen in diesen Fällen nicht aus. Hat man doch, insbesondere im Reichstage, gegen das ganze Gesetz eingewendet, dass die heutige Wissenschaft nicht im Stande sei, bestimmt zu sagen, wann eine Waarenfälschung vorliege, wann nicht. Wenn nun schon den Sachverständigen es nicht unter allen Umständen möglich ist, Fälschungen nachzuweisen, wie kann man dann von dem Privatmann verlangen, dass er beim Einkauf seiner Waaren aufpassen soll, sagen, dass er einen etwaigen Schaden sich selbst zuzuschreiben habe. Die Waare lange wissenschaftlich untersuchen zu lassen, ganz abgesehen von den Kosten, oder gar eine Konventionalstrafe zu verabreden für den Fall, dass die Waare als gefälscht erfunden würde, ist insbesondere im Kleinverkehr nicht denkbar; dieser bringt es mit sich, dass die Lebensmittel kurz nach dem Erwerb konsumirt werden, ohne dass eine lange Prüfung vorher vorgenommen werden könnte. Das Publikum verlässt sich dabei, — es hat kein anderes Mittel, — darauf, dass, wenn es ein bestimmtes Quantum eines Lebensmittels kauft, dieses den Nährwerth habe, den ein Quantum dieser Waare, wenn sie ächt ist, haben muss. Es kann unter Umständen hiebei der beigemischte Stoff, oder nach

der Mischung die gefälschte Waare, nicht gerade unbedingt geeignet sein, die Gesundheit positiv zu schädigen, und doch trifft der § 10 zu und mit Recht. Die Nahrungsmittel haben zu nähren, zu stärken. Wird der Milch Wasser zugemischt, so entsteht daraus kein der Gesundheit positiv schädliches Getränk, aber das Kind, dem ein bestimmtes Quantum gesunder kräftiger Milch zugeführt werden soll, das aber nun in der gewässerten Milch nur halb so viel Nährstoff erhält, entbehrt der nöthigen Kraftmittel zu wachsen, zu gedeihen, während seine Erzieher sich im Glauben befinden, den nöthigen Nährstoff ihm zugeführt zu haben. Der Kranke, der durch Genuss von Wein neue Kräfte erhalten soll, wird durch den Genuss des Kunstweins nicht gekräftigt, während er kräftigenden Trank zu sich genommen zu haben glaubt und dafür sein Geld bezahlt hat. In manchen Fällen wird zwar die gefälschte Waare derart gemischt sein, dass eine positive Schädigung der Gesundheit vielleicht möglich ist, jedoch nur bei besonders disponirten Personen, oder nur bei Genuss eines besonders grossen Quantums, oder wird die Sache derart liegen, dass der eine Sachverständige annimmt, die Mischung sei geeignet, die menschliche Gesundheit zu beschädigen, der andere nicht. Auch für diese Fälle trifft der § 10 zu, der von dem Beweis der die Gesundheit zu beschädigen geeigneten Qualität absieht. Alle diese Fälle der Lebensmittelfälschung haben das gemeinsam, dass es bei ihnen in erster Linie nicht darauf ankommt, ob im konkreten Falle einmal ein Privatmann eine gefälschte Waare, ein Nahrungsmittel von geringerer Nährkraft, als er erwartet und erwarten kann, erhält; dass vielmehr durch das Ueberwuchern der Lebensmittelfälschung, durch das gewerbsmässige Fälschen das gesamte Publikum, insbesondere auch dasjenige, das im Vertrauen auf einen als solid geltenden Händler seine Lebensmittel stets bei diesem bezieht, von ihm aber, ohne es zu bemerken, getäuscht wird, anstatt wie es glaubt, Nahrungsmittel von einem bestimmten Nährwerth zu erhalten, minder kräftige, unter Umständen schädliche bekommt und daher in der eigenen Kraft nicht, wie es erwartet, gefördert und genährt wird, ohne dass

es ihm bei der Kunstfertigkeit der Fälscher möglich wäre, sich selbst genügend vorzusehen.

Alledem vorzubeugen liegt ein öffentliches Interesse vor. Dieses beruht theils auf den besprochenen sanitären Gründen, theils darauf, dass das Publikum genöthigt und gewöhnt ist, seine Lebensmittel, die es kauft, für das zu nehmen, was sie scheinen, und als was sie verkauft werden.

11. Zwar gelten nun Waaren nicht als Träger der *publica fides*, welche die Theorie in ihrer Entwicklung als Angriffsobjekt des Delikts der Fälschung erkannt hat. Wie weit aber der Kreis der Gegenstände zu ziehen sei, welche als Träger dieser zu betrachten sind, welche Gegenstände im Verkehr allgemeinen Vertrauen geniessen, welche nicht, ist nicht zum Voraus sicher. Es kommt bei den etwa in Betracht kommenden Gegenständen auf die Form, in der sie erscheinen, viel an für die Frage, ob sie allgemeinen Glauben geniessen. Ist die hergebrachte Form wenig eingehalten, bedarf es weniger Federstriche sie nachzuahmen, so sinkt auch der unbedingte Glauben an die Aechtheit des betreffenden Gegenstands. Dies gilt insbesondere auch von Urkunden, hauptsächlich den Privaturkunden, aber auch von den öffentlichen. Den Legitimationspapieren, die nicht zum Zweck des besseren Fortkommens, sondern um auf sie gestützt sich Vermögensvorthelle zu verschaffen, z. B. die Geschenke als Bierbrauer, Bäcker zu erheben, fälschlich angefertigt oder verfälscht werden, wird, zumal wenn sie, wie es ja meist in der Praxis der Fall ist, der Art und Weise ihrer Herstellung nach wenig geeignet sind, den Schein der Aechtheit zu erwecken, kein Glauben geschenkt. Die wenigsten dieser Papiere sind geeignet, die *publica fides* zu erwecken. Dies anerkennt auch die Praxis indirekt durch den niedrigen Strafansatz. Hat doch das Schwurgericht beim Landgericht Ulm (I. Vierteljahrssitzung 1880) bei sieben Fällen der öffentlichen Urkundenfälschung sechs- mal das gesetzliche Minimum, das siebente Mal einen Monat über dem gesetzlichen Minimum als Strafe festgesetzt. Noch zweifelhafter für den konkreten Fall wird die Frage bei den Privaturkunden. Welche Garantie der Aechtheit bietet eine

solche, wenn sie, ohne dass die Unterschrift beglaubigt wäre, jemand vorgelegt wird, der weder Inhalt noch Handschrift kennt? Wenn auch vielleicht im Allgemeinen die Urkunden nach Inhalt und Form öffentlichen Glauben zu beanspruchen geeignet sind, so reicht doch ein Theil derselben nahe heran bis zu denjenigen Nachahmungen, die den Schein der Aechtheit gar nicht mehr zu erwecken im Stande sind.

Andererseits dürfte es fraglich sein, ob nur Urkunden geeignet sind, das öffentliche Vertrauen zu geniessen. Ortloff (l. c. 285) nimmt dasselbe auch an von „Siegeln, Stempeln, besonderen Abzeichen und Etiketten, welche von Privatpersonen gebraucht und zur Versicherung des Publikums gegen Täuschungen und zur sicheren Erkenntniss des aufrichtigen Willens, zum Zeichen der Originalität und Ausschliesslichkeit zur Anwendung bei Rechtsgeschäften kommen“ (s. auch Gessler, Goltd. A. Bd. X S. 443). Das Markenschutzgesetz vom 30. Nov. 1874, durch welches Gewerbetreibende, deren Firma im Handelsregister eingetragen ist, das ausschliessliche Recht erlangen können, bestimmte Waarenzeichen zu führen, geht von ähnlichen Erwägungen aus. In den Motiven hiezum (Sten. Ber. 1874/75. III. Bd. S. 634) heisst es: „Waarenzeichen erhalten ihren Werth nicht durch den Handelsstand, sondern durch das Publikum; die Schätzung, welche von Seiten des letzteren den Waaren entgegengebracht wird, und das Vertrauen, welches von ihm in die Richtigkeit ihrer Bezeichnung gesetzt wird, bilden die Grundlage jenes Werths. Dass das Publikum in seiner Schätzung nicht irregeführt wird und dass sein Vertrauen nicht zum Vortheile Einzelner ausgebeutet werde, darin liegt allerdings ein öffentliches Interesse von erheblicher wirthschaftlicher Tragweite begründet.“ Aehnlich spricht sich Ortloff (l. c. S. 286) über einen derartigen gesetzlichen Schutz bestimmter Firmen gegen die Nachfertigung ihrer Abzeichen aus. „Es könnte scheinen,“ sagt er, „als ob eine Fälschung der Einzelnen eigenthümlichen Abzeichen ein Verbrechen gegen deren Rechtskreis allein sei, weil sie allein legitimirt seien, diese zu führen und Andere zur Anerkennung derselben zu bestimmen. Allein, obgleich sie zu-

nächst interessirt und durch die Nachahmung ihrer Wahrzeichen von Seiten eines Unberufenen verletzt erscheinen, so begründet jener Schutz doch auch ein allgemeines Recht auf Treue und Glauben, denn indem jedem Unbefugten die Nachahmung der Firmen Einzelner untersagt und für Uebertretung dieses Verbots eine Strafe gedroht wird, wird dadurch das Vertrauen des Publikums auf die Ausschliesslichkeit und Originalität der einzelnen Firma und von dieser auf die Aechtheit der Waaren oder sonstigen Leistungen begründet und erhalten, und das Publikum wird ebenso gegen unbefugte Nachahmungen wie die Inhaber der Firma geschützt. Die unbefugte Nachahmung von Etiketten und ähnlichen Abzeichen Einzelner wird also von dem positiven Recht von der durch die Volksanschauung tolerirten Nachahmung oder Anfertigung anderer Etiketten als strafbare Handlung herausgehoben und der Fälschung an die Seite gestellt.“ „Derartige Nachahmungen charakterisiren sich ebenso als Fälschungen, wie die anderer Werthzeichen der Privaten, wie der Siegel, Stempel, Urkunden u. s. w., indem die Treue und der allgemeine Glaube ebenso wie bei Fälschungen Dieser verletzt wird.“

Es ist nun allerdings zuzugeben, dass auf die Aechtheit der Lebensmittel im Allgemeinen kein unbedingtes Vertrauen gesetzt wird; vielmehr ist bekannt, dass die Lebensmittelfälschung in grossartigem Umfange getrieben wird. Im einzelnen Falle aber bleibt eben dem Konsumenten nichts übrig, als sich auf die Aussagen des Verkäufers verbunden mit dem Schein der Waare zu verlassen. Bei dem sofortigen Verbrauch, wie er bei Lebensmitteln die Regel ist, lässt der Verkehr eine lange Untersuchung auf die Aechtheit nicht zu; diese, vom nichtsachverständigen Publikum vorgenommen, würde auch bei den grossen Fortschritten, welche die Kunst des Fälschens gemacht hat, in der Regel zu keinem Resultate führen. Bei der grössten Vorsicht ist es dem Konsumenten nicht möglich, sich gegen Täuschungen zu schützen; der Satz „Augen offen, Beutel offen“, ist nicht durchführbar. Eine Konventionalstrafe zu berechnen für den Fall der nachgewiesenen Unächtheit ist im Kleinverkehr unmöglich. Im

guten Glauben an die Aechtheit wird das Lebensmittel genossen, und wenn auch jeder Konsument weiss, dass häufig Lebensmittel gefälscht und so verkauft werden, im einzelnen Fall hält sich der Käufer doch nicht für den Getäuschten, wenn nicht sichere Anzeichen dafür vorliegen.

Auch bei anderen Gegenständen, die allgemein als Träger der *publica fides* gelten, z. B. beim Wechsel, liegt das Vertrauen auf ihre Aechtheit nicht schon an sich in ihnen, losgelöst von dem Schutze des Strafgesetzbuchs; vielmehr wird die *publica fides* auch diesen erst verschafft durch den strengen Schutz, der ihnen dadurch gewährt wird, dass einem Nachmachen, Verfälschen durch strenge Strafen entgegengetreten wird.

12. Das öffentliche Interesse, das die Gesetzgebung veranlasste, den Verkäufer der einschlägigen Waaren zur Wahrheitsangabe bezüglich der Beschaffenheit seiner Waare zu verpflichten, und die zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr vorgenommene Fälschung der betreffenden Waare für strafbar zu erklären, liegt somit — um das Vorhergehende zusammenzufassen — theils in sanitären Gründen, theils auf der Erwägung, dass das Publikum beim Kauf seiner Lebensmittel genöthigt ist, sich auf den Schein der Waare und die Aussagen des Käufers zu verlassen, und dass es in diesem Vertrauen mangels eigener Macht gesetzlich zu schützen ist.

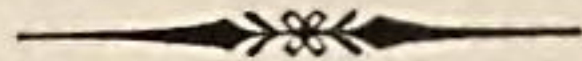
Dass die Gesetzgebung berechtigt ist, derartige Bestimmungen im öffentlichen Interesse zu treffen, lässt sich wohl nicht bestreiten. Wo der Privatschutz nicht ausreicht, der Privatmann sich auch durch Vorsicht nicht selbst helfen kann, ist die Gesetzgebung berechtigt, wenn nicht verpflichtet, helfend einzugreifen.

13. Indem nun die Gesetzgebung bei der Statuirung des Gesetzes gegen die Nahrungsmittelfälschung und speziell des § 10 desselben von dem Thatbestandsmoment einer Vermögensbeschädigung, wie einer Gesundheitsbeschädigung gänzlich absieht, ist sie zurückgekehrt zu dem deutschrechtlichen Standpunkt der Behandlung der Fälschungsdelikte. Ausgehend vom Sprachbegriff der Fälschung wird zunächst anerkannt, dass die Fälschung

eines körperlichen Gegenstandes bedarf, der gefälscht oder verfälscht wird (Münze, Urkunde, Mass, Gewicht, Waare etc.); dass das Fälschen an sich aber keine strafbare Handlung ist; dass für die Kriminalisirung der verschiedenen Fälschungen verschiedene Gesichtspunkte sprechen. Der gemeinsame Umstand, dass ein körperlicher Gegenstand gefälscht wird, und der gemeinsame Name ist ein äusserlicher Zusammenhang. Strafwürdig wird die Fälschung erst, wenn andere Gesichtspunkte hinzutreten, die sie strafwürdig erscheinen lassen, und die systematische Stellung der Fälschung ist dann verschieden, je nach der Verschiedenheit dieser Gesichtspunkte, wie auch die Höhe der Strafe für die verschiedenen Fälle der Fälschung sich ergibt aus der grösseren oder geringeren Strafwürdigkeit, welche durch diese verschiedenen Gesichtspunkte der Fälschung beigelegt wird. Gemeinsam ist diesen Gesichtspunkten der grössere oder geringere Werth, den der Verkehr auf die Aechtheit der betreffenden Gegenstände legt. Der Grund, warum der Aechtheit ein besonderer Werth beigelegt wird, ist ein verschiedener bei den verschiedenen Fällen und involvirt die Verschiedenheit der systematischen Stellung der verschiedenen Fälschungsfälle, die aber alle, losgelöst von dem Thatbestandsmoment der Beschädigung fremden Vermögens, doch wiederum das gemeinsam haben, dass sie als Mittel zum Betrug verwendet werden können, und in der Regel auch hiezu verwendet werden.

So ergibt sich die Münzfälschung, bei der durch Fälschung der gesetzlich anerkannten Werthzeichen das auf sie gesetzte allgemeine Vertrauen und damit die Sicherheit des rechtlichen Verkehrs angegriffen wird; die Urkundenfälschung, bei der ein zum Beweise einer rechtlich erheblichen Thatsache geeigneter und bestimmter Gegenstand gefälscht, verfälscht wird, und damit das auf ein derartiges Beweismittel gesetzte Vertrauen, die *publica fides* angegriffen wird; die Fälschung von Mass, Waage und Gewicht, auf deren Aechtheit das Publikum durch den Verkehr und im Verkehr genöthigt ist, sich zu verlassen; die widerrechtliche Bezeichnung von Waaren oder deren Verpackung mit einem gemäss dem Markenschutzgesetz zu schützenden

Waarenzeichen, auf deren Richtigkeit in der Bezeichnung das Publikum sein Vertrauen setzt; und endlich die Fälschung von Nahrungs- und Genussmitteln, zu deren Aufstellung theils sanitäre Gründe, theils die durch den Verkehr für den Käufer gebotene Nothwendigkeit, sich auf den äussern Schein der Waare verbunden mit den Aussagen des Verkäufers zu verlassen, geführt hat.



Elben, Karl,

Zur Lehre von der Waarenfälschung hauptsächlich in geschichtlicher
Hinsicht

1881

Crim. 80 mw

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11583902-5